21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“

Wortprotokoll
der 30. Sitzung

Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie und Lehren für zukünftige pandemische Ereignisse“
Berlin, den 12. Oktober 2026, 14:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Michael Hose, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite 4**

„Bildungssystem und die junge Generation“

Anwesende parlamentarische Mitglieder der Kommission

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Hose, Michael Müller, Axel Rohwer, Lars Wittmann, Mechthilde	
AfD	Baum, Dr. Christina Ziegler, Kay-Uwe	Dietz, Thomas
SPD	Peick, Jens Rinkert, Daniel Seitzl, Dr. Lina	Machalet, Dr. Tanja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gumnior, Dr. Lena Piechotta, Dr. Paula	Heitmann, Linda Loop, Denise
Die Linke	Gürpinar, Ates (digital)	

Anwesende sachverständige Mitglieder der Kommission

Fontana, Prof. Dr. Sina
Herrgott, Christian
Kießling, Prof. Dr. Andrea
Kluge, Prof. Dr. Stefan
Kubbe, Carolin
Lausen, Tom
Müller, Michael
Pfeil, Dr. Beate Sibylle
Rosenbrock, Prof. Dr. Rolf
Salzberger, Prof. Dr. Bernd
Weidner, Prof. Dr. Christian

Liste der Sachverständigen:

Amy Kirchhoff
Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz

Wendelin Haag
Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings

Prof. Dr. Ludger Wößmann
Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik

Yukiko-Mathilda Siber
Schülerin

Doreen Siebernik
Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Prof. Dr. Sabine Walper
Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Dr. h. c. Sabine Andresen
Professorin für Familienforschung und Sozialpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Stefan Düll
Präsident des Deutschen Lehrerverbandes

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Einziger Tagesordnungspunkt

„Bildungssystem und die junge Generation“

Der **Vorsitzende**, Abg. **Michael Hose** (CDU/CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste auf den Tribünen, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und der Landesregierung, vor allen Dingen aber auch liebe Expertinnen und Experten, ich begrüße Sie zur öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission zum Thema „Bildungssystem und die junge Generation“.

Wir haben heute wieder verschiedene Gäste aus den Bereichen, die uns heute interessieren, um einen möglichst breiten Austausch zu ermöglichen. Deswegen begrüße ich:

- Amy Kirchhoff, Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz,
- Wendelin Haag, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings,
- digital zugeschaltet ist Professor Dr. Ludger Wößmann, Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik,
- Yukiko-Mathilda Siber, Schülerin,
- Doreen Siebernik, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
- Frau Professorin Dr. Sabine Walper, Professorin für allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der LMU in München,

und schließlich, auch hier im Saal:

- Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.

Vielen Dank, dass Sie sich heute alle die Zeit für uns genommen haben, um Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen zu teilen. Ich erkläre kurz das heutige Verfahren. Zunächst hat jeder unserer Gäste die Gelegenheit für ein fünfminütiges Eingangsstatement. Anschließend haben wir zehn Fragerunden. Für jeden Frage- und Antwortblock stehen insgesamt fünf Minuten zur Verfügung. Davon sollten höchstens zwei Minuten für die Frage genutzt werden, damit unsere Gäste ausreichend Zeit für eine Antwort haben. Die Reihenfolge in den Fragerunden lautet wie folgt: Runden eins bis zwei: CDU/CSU, AfD, SPD, Grüne und Linke, Runde drei bis vier: CDU/CSU, AfD, SPD und Grüne, Runden fünf bis sechs: CDU/CSU, AfD und SPD, Runden sieben bis zehn: CDU/CSU. Die Fragerunden sind so aufgeteilt, dass rechnerisch jedes Kommissionsmitglied fünf Minuten Fragezeiten hat. Ich darf sowohl die Fragenden als auch die Gäste bitten, sich möglichst kurz zu fassen, damit gegebenenfalls noch Nachfragen innerhalb der fünf Minuten möglich sind. Ich werde Sie höflich bitten, zum Schluss zu kommen, wenn das Ende Ihrer Redezeit erreicht ist bzw. naht. Die Redezeituhr wird auf der Medienampel – Sie sehen sie da schon– angezeigt. Sobald die fünf Minuten vorbei sind, kommt auch noch zusätzlich ein Gong. Liebe Gäste – wie gesagt –: Jedes Mitglied hat nur eine begrenzte Zeit für Fragen. Daher bitte ich Sie, sich in Ihren Antworten entsprechend auf das Wesentliche zu konzentrieren und Zeit für Nachfragen einzuplanen. Liebe Kommissionsmitglieder, wir haben uns darauf verständigt, dass Unterbrechungen maßvoll genutzt und so artikuliert werden, dass wir in ein gutes und respektvolles Gespräch kommen. Das bedeutet, dass wir einander aussprechen lassen und den Gästen bei der Antwort auch Zeit geben, in der Frage enthaltene Thesen zu adressieren. Ein Hinweis für alle: Die Sitzung wird live im Parlamentsfernsehen übertragen und danach in der Mediathek des Bundestages zur Verfügung gestellt. Außerdem wird ein Wortprotokoll erstellt. Wie immer noch der Hinweis an die Gäste auf der Besuchertribüne: Beifallsbekundungen und Zwischenrufe sowie die Nutzung von Kameras sind nicht gestattet. Auch das Tragen von politischen Botschaften ist bei uns nicht gestattet. Wir hören die Eingangsstatements in folgender Reihenfolge – ich lese sie kurz vor –: Frau Kirchhoff, Herr Haag, Herr Professor Wößmann, Frau Siber, Frau Siebernik, Frau Professorin Walper und Herr Düll. Dann sind wir auch schon so weit. - Frau Kirchhoff, Sie haben als Erste das Wort. Bitte schön.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Vielen Dank, dass ich da sein darf. Ich bin Amy Kirchhoff, Generalsekretärin der Bundesschüler/-innen-Konferenz. Die Bundesschüler/-innenkonferenz, kurz BSK, ist der Dachverband von 15 Landesschüler/-

innenvertretungen. Wir vertreten damit rund acht Millionen Schüler/-innen in Deutschland. Ich werde mich in meinem folgenden Statement natürlich auf die Pandemie beziehen. Die Zahlen, die ich gegebenenfalls nennen werde, kommen aus dem Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung, der COPSY-Studie [Corona-und-Psyche-Studie] aus dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und aus der Trendstudie „Jugend in Deutschland“. Ich möchte darüber sprechen, wie die Erfahrung von Jugendlichen war, was gefehlt hat, was daraus gefolgt ist und was es jetzt braucht. Ich versuche mich natürlich an dieser Stelle möglichst kurz zu fassen. Ganz grundsätzlich ist zu Beginn festzustellen, dass die Erfahrung von Jugendlichen in der Corona-Pandemie extrem standortabhängig war. Wir hatten sehr unterschiedliche Erfahrungen von Schulen, die die Pandemie sehr gut aufgefangen haben, die eine gewisse digitale Ausstattung hatten, die ansprechbar waren. Es hat aber auch Schulen gegeben, wo wochenlang, monatelang niemand erreicht werden konnte, kein Unterricht und kein Auffangbecken stattgefunden hat. Wir sind hier sehr abhängig von der Ausstattung der Schulen gewesen und insbesondere vom Engagement der Lehrkräfte, die vor Ort waren. Da sehen wir auch direkt, was gefehlt hat. Es hat gefehlt an Sicherheit, was kommt. Viele Eltern, Lehrkräfte, Schüler/-innen haben sich sehr alleingelassen gefühlt. Sie wussten nicht so genau: Wie ist die Regelung in zwei Wochen? Muss ich in zwei Wochen wieder in die Schule gehen oder nicht? Wie lange sitze ich zu Hause? Trotzdem muss man an dieser Stelle feststellen, dass natürlich die Schulschließungen ein wichtiger Schritt waren, um die Sicherheit der Gesellschaft zu gewährleisten und auch die Sicherheit von Schüler/-innen, Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Und das sage ich als Person, die zur Hochrisikogruppe gezählt hat zu diesem Zeitpunkt. Die Digitalisierung an dieser Stelle hat auch an den meisten Schulen gefehlt. Wie gesagt, es war sehr standortabhängig. Einige Schulen haben es auffangen können. An vielen Schulen hat es an digitaler Ausstattung gemangelt. Hier wurde nachgesteuert mit dem „DigitalPakt Schule“. Doch auch dieser – wir wissen es inzwischen – hat nicht ausgereicht, weswegen ein neuer Digitalpakt vergangenen Monat angelaufen ist. Hier ist aber nach wie vor Nachholbedarf. Dazu später mehr. Was auch gefehlt hat, ist der Raum für Austausch. Kinder und Jugendliche und die Meinungsbildung im Jugendalter leben davon, gemeinsam zu diskutieren, zu debattieren, verschiedene Standpunkte und Lebensrealitäten kennenzulernen. Das ist weggebrochen. Wir hatten weder die Schule als Raum dafür noch den Pausenhof, noch das sportliche Angebot nach der Schule und schon ganz zu schweigen von den Diskotheken am Abend. Wir haben hier also einen Raum, der weggebrochen ist und eine Meinungsbildung, die nicht stattfinden konnte. Diese ganzen Unterstützungssysteme, die dadurch auch gestellt werden, im Thema der Kinder- und Jugendhilfe, im Thema der Sozialsysteme, ist für Schüler/-innen weggefallen. Aber natürlich haben auch Systeme für Lehrkräfte, Schulverwaltung und Eltern gefehlt. Es gab inhaltlich nicht genügend Vorbereitung für den Unterricht zu Hause und auch gesundheitlich war nicht allumfänglich dafür gesorgt, dass hier insbesondere beim Thema mentale Belastungen gegengesteuert werden kann. Hier kommen wir auch schon zu den Folgen. Mentale Belastungen sind während Corona stark angestiegen. Wir haben eine ungefähre Verdreifachung der Zahlen von depressiven Episoden bei Kindern und Jugendlichen gesehen, inzwischen sind wir bei dem Doppelten vom vorpandemischen Niveau. Das stagniert aber seit Jahren. Wir sehen, dass die Corona-Krise einen Einschnitt in die mentale Gesundheit hinterlassen hat und dass diese aktuell nach wie vor nicht gut aufbereitet werden. Auch das führt zu großer Unsicherheit. Wenn es mir mental nicht gut geht, dann liegt es oft daran, dass ich nicht genau weiß, wohin mit mir, dass mir Zusammenhalt fehlt. 21 Prozent von Schüler/-innen haben 2024 gesagt, dass sie sich psychisch belastet fühlen. Dieses Jahr sind es 25 Prozent. Viele leiden unter Zukunftsängsten und Leistungsdruck. Diese Unsicherheiten, die spiegeln sich auch in der politischen Debatte wider. Wir sehen das beim ganzen Thema dessen, wo gerade Zugehörigkeit gesucht wird, politisch und in Gruppen am Nachmittag. Die dritten Orte, die während Corona zusammengespart und danach nicht wieder aufgebaut wurden, die fehlen nach wie vor. Die Kultur nach Corona hat gelitten und wurde nicht ausgeglichen. Der Raum für Meinungsbildung fehlt – und er fehlt immer noch und er wird weiter gekürzt. Da kommen wir jetzt auch zu meinen letzten Punkten. Was braucht es denn nun? Genau

hier möchte ich auch ansetzen. Wir brauchen Räume. Wir brauchen Räume für Meinungsbildung, zum Erleben von Kultur und Gemeinschaft. Wir müssen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich gegenseitig kennenzulernen, Lebensrealitäten kennenzulernen und dabei auch Schule als bestehende Infrastruktur mitdenken. Schulen haben Aulas. Schulen haben Räume. Schulen können die aktuell nicht vorhandenen Räume stellen. Wir brauchen dafür aber Geld und wir brauchen dafür Personal. Wir brauchen insgesamt mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche. Wir müssen die Anliegen ernst nehmen. Wir müssen dabei Kinder und Jugendliche partizipieren lassen, Schüler/-innen müssen mitgestalten dürfen. Wir brauchen eine Verbesserung der Schulsituation im Bereich der Partizipation, im Bereich der mentalen Gesundheit. Wir brauchen eine bessere Vorbereitung von Schulen. Es muss eine größere Resilienz geben. Schule als System muss resilienter sein. Die Digitalisierung ist ein wichtiges Stichwort. Schüler/-innen müssen resilienter sein, aber natürlich auch das Personal und die Eltern. Ein Katastrophencurriculum wäre zum Beispiel hier eine Idee. Handeln ist vor der Krise angesagt, nicht währenddessen. Und vor allem danach ist die Aufarbeitung wichtig. Aber genau hier müssen wir aus der Aufarbeitung ins Handeln kommen. Resiliente Menschen sind krisenfester. Krisenfeste Menschen haben mehr Sicherheit. Mehr Sicherheit schafft Vertrauen und Vertrauen stärkt die Demokratie. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, dass Sie sich auch an die Zeit gehalten haben. - Und als nächster ist Herr Haag dran. Bitte schön.

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank für die Einladung zu dieser öffentlichen Anhörung, die sich für uns gut an die entsprechende Anhörung in der Kinderkommission im Frühjahr des Jahres anschließt, und wo wir einmal kurz festhalten wollen: Das fanden die jungen Menschen, die sich in Jugendverbänden engagieren, ein gutes Signal, dass mit ihnen und ihrer Zielgruppe in der Aufarbeitung der Corona-Pandemie begonnen wurde. Ich möchte für den Deutschen Bundesjugendring, in dem sich in seinen Mitgliedsorganisationen sechs Millionen Menschen außerschulisch, freiwillig, ehrenamtlich engagieren, heute vor allen Dingen zwei Botschaften hervorheben. Erstens, wenn wir aus der Corona-Pandemie für zukünftige Krisen lernen wollen, dürfen wir Bildung nicht auf Schule reduzieren. Und zweitens, wenn wir jungen Menschen nach der Pandemie Priorität einräumen, dann können Sie als Abgeordnete bereits jetzt im parlamentarischen Haushaltsverfahren handeln. Bildung findet auch und gerade dort statt, wo junge Menschen freiwillig zusammenkommen, sich selbst organisieren, Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit Gleichaltrigen ihre Lebenswelt und die demokratische Zivilgesellschaft gestalten. Genau das geschieht in Jugendverbänden, Jugendringen und anderen außerschulischen Bildungsorten. Diese Räume sind kein Zusatzangebot zur eigentlichen Bildung. Sie sind vielmehr ein eigenständiger und unverzichtbarer Teil davon. Junge Menschen lernen dort Demokratie. Sie lernen, unterschiedliche Interessen auszuhandeln, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Gerade diese Bildungsräume sind aber während der Pandemie weitgehend aus dem Blick vieler politischer Entscheidungsträger/-innen geraten. Junge Menschen wurden in der öffentlichen Debatte vor allen Dingen als Schüler/-innen, Auszubildende oder Studierende betrachtet. Ihre Lebensrealität wurde damit auf formale Bildungswege verengt. Gleichzeitig brachen Jugendgruppen, Ferienfreizeiten, internationale Begegnungen, Bildungsangebote und Möglichkeiten für selbstbestimmtes Engagement weg. Natürlich war es wichtig, Schulen und Kitas in der politischen Abwägung ab einem gewissen Zeitpunkt besonders zu berücksichtigen. Aber die Priorisierung formaler Bildung darf nicht bedeuten, dass außerschulische Bildungsräume unsichtbar werden. Forschungsergebnisse zum ehrenamtlichen Engagement junger Menschen zeigen: Gruppenangebote und Ferienfreizeiten wurden in der Pandemie über längere Zeit unterbrochen, Qualifizierungsangebote gingen zurück, Engagementverläufe rissen ab und erfahrene Ehrenamtliche gingen verloren. Damit wurde nicht nur ein einzelnes Angebot unterbrochen, es wurden auch Bildungsprozesse und die Weitergabe von Verantwortung und Erfahrungswissen zwischen Generationen gestört.

Besonders deutlich wird das bei der europäischen und internationalen Jugendarbeit, die von langfristigen Partnerschaften und kontinuierlichen Bildungsprozessen lebt. Das müsste eine zentrale Lehre für zukünftige Krisen sein, und da stimmen wir ausdrücklich überein: Infrastruktur muss vor der Krise vorhanden und abgesichert sein. Jugendverbände brauchen deshalb eine verlässliche und auskömmliche Regelförderung, Sonderprogramme können nur akute Krisen abfedern. Für die bundeszentrale Struktur ist der Kinder- und Jugendplan des Bundes das zentrale Förderinstrument. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Erhöhung und anschließende Dynamisierung der Förderung ist deshalb aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt, um sich auch in Zukunft resilienter gegen Krisen aufzustellen. Dasselbe gilt für Jugendbildungsstätten sowie gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten. Die Pandemie hat ihre wirtschaftliche Situation erheblich verschärft. Wir brauchen deshalb neben einer verlässlichen Regelförderung eine dauerhafte Investitionsstrategie für die außerschulische Bildungsinfrastruktur. Diese unterstützt als Struktur die Bedarfe der jungen Menschen individuell. Was aber sind unsere zentralen Forderungen aus der Pandemie heraus? Erstens, Bildung muss umfassend gedacht werden. Krisenmaßnahmen müssen alle Bildungsprozesse berücksichtigen. Zweitens, es braucht eine systematische Bildungsfolgenabschätzung, die auch den außerschulischen Bereich mit einbezieht. Drittens, die außerschulische Bildungsinfrastruktur muss krisenresilient sein. Viertens, junge Menschen müssen an Krisenentscheidungen beteiligt werden, und zwar gerade in Krisen. Fünftens, wir müssen besser erforschen, was passiert, wenn außerschulische Bildungsprozesse ausfallen. Denn junge Menschen sind mehr als Schüler/-innen, Bildung ist mehr als Unterricht und Jugendpolitik ist mehr als Krisenkommunikation. Vielleicht ist das die wichtigste Erkenntnis aus der Pandemie. Politik kann und muss im Interesse junger Menschen handeln. Ich möchte das ganz konkret machen abschließend: Im Bundeshaushalt brauchen wir Jugendverbände aktuell zwei Millionen Euro als Inflationsausgleich mehr als in den Vorjahren. Das sind 0,0003 Prozent der Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes und nur ein Teil dessen, was im Koalitionsvertrag zugesagt wurde, um unsere Arbeit angesichts von Preissteigerungen vollumfänglich weitermachen zu können. Sie als Abgeordnete können hier konkret im parlamentarischen Haushaltsverfahren handeln. Jetzt sofort. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. - Dann kommen wir zu Professor Dr. Ludger Wößmann.

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Vielen Dank für Ihre Einladung. Also die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, wie sehr die Gesellschaft auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Schul- und Bildungssystems angewiesen ist, sowohl bei der geregelten Vermittlung von Wissen und Kompetenzen als auch als sozialem Ort für Kinder und Jugendliche. Die Schulen waren viele Monate lang geschlossen, deutlich mehr als in anderen Ländern. Aufgrund der sozialen Kontaktbeschränkungen konnten die Kinder phasenweise kaum Freunde treffen oder an Jugendgruppen teilnehmen, wir haben es gerade gehört. Das hat die Entwicklung der kognitiven und der sozioemotionalen Kompetenzen der Kinder deutlich behindert, und das wird sich dauerhaft im Qualifikationsniveau der Bevölkerung zeigen. Ich werde jetzt zunächst auf die Situation des Bildungssystems in der Pandemie eingehen, dann auf die langfristigen Auswirkungen und schließlich auf mögliche Lehren für die Zukunft. Repräsentative Befragungen von Eltern, die wir in beiden Phasen der deutschlandweiten Schulschließungen durchgeführt haben, zeigen, dass sich die Lernzeit der Schulkinder während der ersten Schulschließung im Frühjahr 2020 im Durchschnitt halbierte, von etwa siebeneinhalb auf gut dreieinhalb Stunden pro Tag, und während der zweiten Schließung Anfang 2021 nur geringfügig auf gut vier Stunden angestiegen ist. Nur sechs Prozent der Schülerinnen und Schüler hatten im ersten Lockdown täglich gemeinsamen Online-Unterricht. Bei weit über der Hälfte war das nicht mal einmal pro Woche der Fall. Noch seltener hatten die Schülerinnen und Schüler individuellen Kontakt mit ihren Lehrkräften. Anfang 2021 hatte immer noch nur ein gutes Viertel täglich gemeinsamen Online-Unterricht. Entsprechend unserer Daten hat gerade die Umstellung auf täglichen Online-Unterricht zu mehr Lernzeit geführt und andere Maßnahmen wie Lernvideos

oder Lernsoftware hatten da keinen Effekt. Aufgrund der fehlenden Unterstützung beim selbstgesteuerten Lernen haben leistungsschwächere Schulkinder und Kinder mit geringerer familiärer Unterstützung besonders gelitten. Die Leopoldina-Stellungnahme zu den ökonomischen Konsequenzen der Pandemie hat Mitte 2021 einige strukturelle Probleme aufgezeigt. Beispielsweise hatten Schulen oft nur ein oder zwei Tage Zeit, um kurzfristige Öffnungen vorzubereiten. Die Schulen hatten den Kontakt zu einzelnen Kindern und Jugendlichen komplett verloren. Die digitalen Plattformen waren meist nicht auf die notwendigen Kapazitäten ausgelegt. Für Videokonferenzen fehlten rechtssichere und datenschutzkonforme Lösungen. Als mögliche Ursachen nennt die Leopoldina-Stellungnahme die Komplexität der föderalen Zuständigkeiten, ganz besonders zwischen Ländern und kommunalen Sachträgern und fehlende klare politische Leitlinien durch die zuständigen Ministerien, zum Beispiel Vorgaben zu verpflichtenden Kontakten der Lehrkräfte oder täglichem Online-Unterricht. Nach dem Ende der Schulschließung hat es kaum ernsthafte Anstrengungen zum Aufholen des Ausgefallenen gegeben. Die Erkenntnislage ist mittlerweile erdrückend, dass es zu erheblichen Verlusten bei der Entwicklung der kognitiven Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen gekommen ist. Beispielsweise zeigt der aktuelle PISA-Test [Programme for International Student Assessment], dass der Rückgang der Mathematik- und Leseleistung der 15-Jährigen zwischen 2018 und 2025 weit mehr als einem ganzen Schuljahr entspricht, fast anderthalb Schuljahren. Der Rückgang findet sich sowohl im unteren als auch im oberen Bereich des Leistungsspektrums. Sicherlich hat die Corona-Pandemie deutlich dazu beigetragen, auch wenn sich ihr genauer Beitrag wissenschaftlich nicht seriös beziffern lässt. Anhand der internationalen Leistungstests wurde zudem gezeigt, dass die Verluste dort deutlich größer waren, wo die Schulen länger geschlossen blieben, unabhängig von der Stärke der Pandemie. Auch die sozio-emotionale Entwicklung vieler Kinder und Jugendlicher wurde beeinträchtigt, wobei die Befunde hier insgesamt eher gemischt sind. In der empirischen Wirtschaftsforschung gibt es kaum robustere Befunde als den positiven Einfluss von Schulbesuch und Kompetenzerwerb auf wirtschaftlichen Wohlstand. Wenn Kompetenzen, die am Arbeitsmarkt erforderlich sind, nicht erworben werden, wird dies auf lange Sicht die Einkommen und auch das volkswirtschaftliche Wachstum erheblich senken. Für die Zukunft besteht die grundlegende Erkenntnis darin, dass alles daran gesetzt werden muss, dass alle Kinder und Jugendlichen umgehend wieder lernen und Kontakt zueinander haben können. Erstens sollte – wo immer das infektiologisch möglich ist – Präsenzunterricht aufrechterhalten werden. Zweitens sollte bei Schließungen umgehend und flächendeckend täglich Online-Unterricht für alle stattfinden, verbindlich und qualitativ hochwertig. Krisensituationen sind auch leichter zu meistern, wenn die politische Führung Verantwortung für wichtige Entscheidungen übernimmt, klare Anweisungen gibt und besser kommuniziert. Zu prüfen wäre, inwieweit die föderalen Zuständigkeiten neu zu regeln sind, um sich proaktiv auf Unvorhergesehenes vorzubereiten und schnell und effektiv auf Krisen reagieren zu können. Schließlich sollten gezielte Fördermaßnahmen und ernsthafte Aufholprogramme gerade für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler und für Kinder aus bildungsfernen Schichten geplant werden. Außerschulische Zusatzangebote, wie Nachhilfeunterricht und Mentoringprogramme können zusätzlich sehr effektiv helfen. Insofern sollten die aktuell vorgesehenen Streichungen von Bundesprogrammen akut in diesem Bereich überdacht werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für Ihre Stellungnahme und wir kommen zu Yukiko-Mathilda Siber. - Bitte schön.

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Yukiko-Mathilda Siber. Zunächst bedanke ich mich für die Einladung heute an der Enquete-Kommission als Sachverständige teilnehmen zu dürfen. Ich bin 15 Jahre alt. Zu Beginn der Maßnahmen an meiner Schule in Schleswig-Holstein war ich neun Jahre alt, zunächst auf der Grundschule, dann am Gymnasium. Ich war damals eine sehr gute Schülerin. Ich hatte viele Freunde und ich bin gern zur Schule gegangen. Ich hatte viele Träume und ich war glücklich. Dann begannen die Maßnahmen. Ich hatte aus gesundheitlichen Gründen einen

Maskenattest. Corona-Tests wurden zu Hause durchgeführt und eine Impfung gegen COVID-19 hatte ich nicht. Ab diesem Moment sah mein Schulalltag anders aus als der meiner Mitschüler. Ich musste in der Ecke sitzen, allein, hinter einer Plexiglaswand. Diese Wand musste ich morgens mit in den Klassenraum tragen und am Nachmittag wieder wegräumen. Oft saß ich am offenen Fenster, auch im Winter, ohne dass ich eine Jacke anbehalten durfte. Es war ja zum Schutz der anderen. Beim Sportunterricht und beim Lauftag im Wald musste ich allein laufen, mit Abstand zur Gruppe, weil ich keine Maske trug. Auf den Fluren musste ich immer Abstand von den anderen halten, während ich zusah, wie die anderen Kinder miteinander geredet und gelacht haben. „Wie lange wird das noch so gehen?“, habe ich mich gefragt. Doch das war nur der harmlose Anfang. Der enorme Druck, Corona-Tests zu machen und sich impfen zu lassen, war für mich und viele meiner Mitschüler täglich spürbar. Ich wurde vor der Klasse von Lehrern als Gefährdung dargestellt und verspottet – wenn ich überhaupt wahrgenommen wurde, denn die meiste Zeit war ich für die Menschen unsichtbar. Ich fühlte mich unerwünscht und fehl am Platz. Dies führte dazu, dass ich jede Nacht Albträume hatte und sogar Angst hatte, zur Schule zu gehen. Ich hatte über 500 Fehlstunden und ich bekam sehr starke Konzentrations- und Lernschwächen. Kurz darauf fing das Mobbing an. Meine Eltern haben mir zu Hause Mut gemacht und versuchten, mir zu helfen. In der Schule half das jedoch nicht mehr. Sobald ich in die Schule kam, wurden gemeine Sachen gerufen. Ich wurde beleidigt. Ich verlor alle meine Kontakte. Mir wurde gedroht und ich wurde sogar teilweise von Mitschülern nach der Schule in Gruppen verfolgt. Doch da hörte es nicht auf. Dazu wurde ich auch online in Gruppen attackiert. Die Gruppen wurden nach mir benannt und ich wurde stundenlang beleidigt. Mir wurde beispielsweise gesagt, ich solle mich umbringen, weil ich keine Maske trage. Da war ich gerade mal zehn. Dies war mein normaler Alltag. Meine Erfahrungen haben mir damals auch gezeigt, wie wichtig die Reaktion der Erwachsenen in einer solchen Situation ist. Ich sage bewusst: Das waren nicht alle Lehrkräfte und ich will hier keine Berufsgruppe verantwortlich machen. Viele Lehrer waren selbst überfordert und haben versucht, fair zu bleiben. Aber es gab eben auch Fälle, in denen Erwachsene an den Schulen genau das Gegenteil von dem gemacht haben, was Kinder in dieser Situation gebraucht hätten. Statt Unterstützung und Gemeinschaft wurden Kinder ausgegrenzt und teilweise sogar als Problem behandelt. Diese Angst haben wir täglich gespürt, egal ob mit oder ohne Maske. Für mich persönlich hat sich das über Monate angefühlt, wie das, was ich für mich heute „Undercover-Diktatur“ nenne. Ein Alltag, in dem ständig kontrolliert wurde, wer sich anpasst und wer nicht, ohne dass man als Kind irgendeine Möglichkeit hatte, sich dagegen zu wehren oder gehört zu werden. Wir Kinder wurden als Objekt behandelt, als Inzidenz und nicht wie Menschen. So ging es nicht nur mir. Ich war nie ein Einzelfall. Ich kenne mehrere Freunde aus dieser Zeit, die Suizidversuche unternommen hatten, die depressiv wurden, die in psychiatrische Behandlung mussten, soweit dort überhaupt ein Platz frei war. Das sind keine Einzelfälle, die ich aus zweiter Hand erzähle. Das sind Menschen. Das sind Menschen, die ich kenne und Menschen, mit denen ich zur Schule gegangen bin. Viele konnten nie verarbeiten, was damals passiert ist und leiden bis heute leise und allein. Ich erzähle Ihnen das nicht, um jede einzelne Maßnahme als falsch darzustellen. Ich möchte Ihnen sagen, was diese Zeit mit uns Kindern gemacht hat. Wir waren Kinder und mussten mit einer Situation umgehen, auf die wir keinen Einfluss hatten. Für viele von uns war das nicht einfach eine Zeit, die irgendwann vorbei war. Sie hat Spuren hinterlassen, die heute noch da sind. Verlorene Freundschaften, Ausgrenzungen und ständige Angst. Wir wurden im Stich gelassen. Und bis heute haben wir kaum das Gefühl, dass wirklich jemand verstanden hatte, was uns diese Zeit gekostet hat. Uns wurde ein Teil unserer Kindheit genommen. Und diese Jahre werden wir nie wieder zurückbekommen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für Ihren Bericht. - Wir kommen zu Frau Doreen Siebernik. Bitte schön.

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Von mir einen schönen guten Tag in die Runde. Ich bedanke mich für die Möglichkeit der Stellungnahme. Ich vertrete die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die größte Bildungsgewerkschaft unter dem Dach des

Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Corona-Pandemie und ihre Folgen stellen eine tiefe Zäsur dar. Wie unter einem Brennglas hat die Krise die strukturellen Herausforderungen im gesamten Bildungsbereich offengelegt. Vier zentrale Schlaglichter verdeutlichen dies eindringlich. Der eklatante Fachkräftemangel in allen Bereichen, von der Kita über die Schulen zu den beruflichen Schulen und auch in den Bereich der Hochschulen. Der enorme Sanierungsstau an und in Gebäuden. Erhebliche Defizite im Digitalen sowie ein vernachlässigter Arbeits- und Gesundheitsschutz. Rückblickend muss das eklatante Fehlverhalten im Krisenmanagement betont werden. Ein unvorbereitetes Fahren auf Sicht dominierte das Handeln der Politik. Das Ausblenden sozialer Ungleichheiten sowie das Ignorieren physischer und psychischer Belastungen von Beschäftigten und Lehrenden und Lernenden treten dabei besonders negativ hervor. Die Folgen wirken bis heute nach. Und wie Amy Kirchhoff bereits gesagt hat, das deutsche Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung belegt eindrücklich: Die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen nimmt nach der Pandemie erstmals wieder zu. Ein Viertel aller Schüler/-innen beschreibt sich als psychisch belastet – ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren. Auch hier ist die soziale Herkunft entscheidend. Kinder aus einkommensschwachen Familien berichten überdurchschnittlich häufig von psychischer Belastung, geringem schulischem Wohlbefinden und einer niedrigen Lebensqualität. Diese Befunde sind besorgniserregend und zeigen Handlungsbedarf. Eine zentrale Lehre aus der Pandemie muss lauten, die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen darf niemals von den finanziellen Ressourcen der Eltern abhängig sein. Die Versorgung mit schulpsychologischen und therapeutischen Angeboten sowie die Schulsozialarbeit müssen flächendeckend ausgebaut und qualitativ verbessert werden. Das Wohlbefinden von Lernenden und Beschäftigten gehört zwingend als Qualitätsindikator für gute Schule etabliert. Kürzungen bei der sozialen Infrastruktur sind angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Krisen und globalen Verunsicherungen der völlig falsche Weg. Was hätte Politik anders machen können? Kinder und Jugendliche gehören zu den Haupttragenden der Krise und wurden bei Entscheidungen jedoch lange übergangen. Politik hätte fragen können und fragen müssen: Wie geht es euch? Wie geht es euren Freunden? Wie sieht es bei euch aus in der Schule, wenn ihr euch nicht mehr seht? Welche Unterstützung braucht ihr? Ebenso hätten auch Beschäftigtenvertretungen, gewählte Personal- und Betriebsräte und auch wir Gewerkschaften als gewichtige Stimme einbezogen werden sollen. Als GEW [Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft] haben wir damals und auch heute gemeinsam mit Verbänden, mit der Wissenschaft, mit dem DGB [Deutscher Gewerkschaftsbund] einen nationalen Bildungsrat eingefordert. Ein solches Gremium wäre auch heute das geeignete Instrument, um im Dialog mit allen beteiligten Akteuren drängende Zukunftsfragen zu erörtern und trotz föderaler Gegebenheiten ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln zu ermöglichen. Um in Bildungseinrichtungen von Kita bis Hochschule krisenfest, gerecht und zukunftsfähig diese aufzustellen, braucht es tatsächlich politische Reformen. Für die Kita: Ein verlässlicher Betreuungsschlüssel ist unverzichtbar. Seit den Bund- und Ländergesprächen schon im Jahr 2015 wissen wir, dass es für eine verlässliche Strukturqualität bundesweit vergleichbare und einheitliche Standards braucht. Der neue Gesetzentwurf zum Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz [Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz] lässt diese Chance jedoch ungenutzt und ein wirksamer Hebel bleibt damit sozusagen weiterhin ungenutzt. Es braucht auch für Kitas präventive Gesundheitsschutzkonzepte, die dauerhaft etabliert sein müssen, die vorbereitet sind und die in Krisensituationen noch abrufbar sind. Für die Schulen braucht es eine dauerhafte – natürlich – Personalaufstockung. Wir brauchen multiprofessionelle Teams. Bildungserfolg muss konsequent von Herkunft entkoppelt werden und das Geld muss dem Bedarf folgen – das heißt für Schulen in sozial benachteiligten Quartieren. Darüber hinaus braucht es verlässliche digitale und räumliche Infrastrukturen, moderne Lernplattformen, Belüftungssysteme sowie den Plan B. Was machen wir denn in so einer Krise? Wie kürzen wir Curricula? Wie haben wir Unterstützungsmaßnahmen auch für Prüfungssituationen? Dafür brauchen Pädagog/-innen Zeit für Fort- und Weiterbildung. Den Bereich der Hochschulen lasse ich dann mal aus. Vielleicht fragt das jemand nach.

Der **Vorsitzende**: Genau, vielleicht. - Dann als nächstes Frau Professorin Dr. Sabine Walper. Sie haben das Wort. Ich hoffe, Sie können uns auch hören.

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ja, vielen Dank. Ich kann Sie sehr gut hören und ich hoffe, Sie hören mich auch.

Der **Vorsitzende**: Ja, wir sehen und hören Sie. Bitte schön.

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ja, sehr viel ist schon gesagt worden und sehr richtig herausgestellt worden. Ich will versuchen, sechs kurze Punkte zu machen und halte mich kurz, da wohl schon von anderen auch Zahlen geliefert worden sind, aber trotzdem seien sie noch mal erwähnt. Ich versuche an manchen Stellen vielleicht den Blick noch mal stärker auf die frühe Bildung zu lenken, weil wir sehr stark immer den Fokus auf Schule haben – natürlich auch zu Recht, aber wir dürfen die vorgelagerte Phase überhaupt nicht geringschätzen. Sie ist für die Kinder enorm wichtig. Das Erste wurde schon erwähnt. Amy Kirchhoff hat es stark gemacht, Ludger Wößmann. Wir waren einfach überhaupt nicht vorbereitet, was die digitale Ausstattung und überhaupt die Ideen von Unterricht oder überhaupt Bildung auf Distanz angeht. Wir wissen, dass die Schülerinnen und Schüler nur wenig Kontakt zu den Lehrkräften hatten. 32 Prozent hatten gerade mal wöchentlich digitalen Lehrerkontakt. 40 Prozent der Lehrkräfte haben eben nicht alle ihre Schüler/-innen erreicht. Vor allen Dingen in den Grundschulen muss man sagen, war die Erreichbarkeit der Schüler oder überhaupt das Bemühen um digitalen Kontakt sehr gering. Nur 23 Prozent der Schüler/-innen im Grundschulbereich hatten überhaupt nur mehrmals pro Woche Kontakt zur Lehrkraft. Das zeigt so ein bisschen, dass wir oft bei den jüngeren Gruppen gedacht haben: „Die brauchen es nicht so sehr“ oder auch: „Da wird es gar nicht gehen auf digitalen Wegen“. Deshalb denke ich, wir werden wirklich in die digitale Ausstattung investieren müssen, so sehr wir auch skeptisch sind gegenüber dem, was wir uns einhandeln. Aber wir werden nicht umhinkommen, auch digitale Bildung für unsere Kinder anzubieten, um sie wirklich zu souveränen Navigatoren der digitalen Welt zu machen. Und das eben nicht erst ab der achten Klasse – wie es mitunter jetzt diskutiert wird –, sondern wirklich auch schon möglichst früh kontrolliert in den Schulen mit den Tablets, die nötig sind. Der zweite Punkt wurde auch schon angesprochen. Die Bildungsinstitutionen als soziale Lebenswelt für Schülerinnen und Schüler ganz klar, Freundschaften entstehen hier, aber auch für junge Kinder ist das nicht zu unterschätzen. Wir haben gesehen, gerade im Kita-Bereich waren die Kontakte enorm mager, dachten erst die Erzieher/-innen vielleicht gar nicht, sie sind wichtig. Aber tatsächlich haben diejenigen Kinder besser durch die Pandemie kommen können, die auch Kontakt hatten zu ihren Erzieher/-innen. Deshalb wird es darauf ankommen, auch zukünftig Raum zu schaffen für soziales Miteinander, nicht nur im Schulbereich, sondern auch im Bereich Kita. Und da spielt die Elternarbeit eine ganz entscheidende Rolle. Dritter Punkt. Wir haben die Schutzrechte sehr stark gegenüber dem Förderrechten von Kindern priorisiert. Wir haben gehört, wie die Lernzeiten sich reduziert haben. Und schon im Mai 2020 hat „Die Deutsche Liga für das Kind“ einen Brief geschrieben. Man möge doch bitte auf die Forschungsbefunde gucken, um zu entscheiden, wo geschützt werden muss. Corona-Kita, die Studie von RKI [Robert Koch-Institut] und DJI [Deutsches Jugendinstitut] hat in der Hinsicht ganz wichtige Erkenntnisse gebracht, aber sie sind erst viel zu spät in die Politik eingeflossen und deshalb denke ich, auch da müssen wir wirklich stärker noch auf die Befundlage achten und denen auch die entsprechende Priorität im politischen Handeln einräumen. Wir müssen das auch jetzt vor allen Dingen noch mal vorantreiben, weil wir gesehen haben, dass auch die Einrichtungs- und Gruppenschließungen im Kita-Bereich sozial selektiv ausgefallen sind, vor allen Dingen dort hoch waren, wo auch ein hoher Anteil von sozial benachteiligten Kindern betreut wurden. Vierter Punkt. Ich glaube, da brauche ich gar nicht viel dazu sagen. Die Kompensationsmöglichkeiten von Familien haben wir grandios überschätzt. Wir wissen, dass es für Eltern enorm anstrengend war, Homeoffice und Kinderbetreuung zu kombinieren, was für viele einfach notwendig war und gerade bei geringem sozialem und Bildungskapital war es schwierig, den Bildungsweg der Kinder zu unterstützen. Fünfter Punkt: Wir haben den

Kindern nicht zugehört. Auch das wurde schon betont. Beteiligung wäre dringend nötig gewesen. Aus vielen Gründen, aber auch, um die guten Ideen der Kinder und Jugendlichen mitzunehmen, die sie durchaus hatten. Gerade für die Gestaltung ihres Kontexts der Bildungseinrichtungen hätten wir viel mehr auf Schülerinnen und Schüler hören müssen. Der sechste Punkt ist mehr ein allgemeiner, dass ich denke, dass wir viel zu sehr die Interessen der Erwachsenen priorisiert haben gegenüber dem, was die entwicklungsbezogenen Bedürfnisse von Kindern sind. Und dazu gehört Spiel, soziales Zusammensein. Ich bedanke mich.

Der **Vorsitzende**: Wir bedanken uns ebenso. - Als Letzter in der Runde hat Stefan Düll das Wort. Bitte schön.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Danke, dass ich hier sein darf und quasi für 165 000 Einzelmitglieder unserer vier Verbände sprechen darf. Wir sind ein berufsständischer Dachverband. Wir vertreten als berufsständische Organisation nicht rein gewerkschaftliche Interessen, wir vertreten eben auch die Interessen der Bildung und damit der Schülerinnen und Schüler, die uns anvertraut sind. Wir haben viele negative Dinge gehört, die da waren. Und ich will auch nicht versuchen, das in Abrede zu stellen. Vieles ist nicht gut gelaufen. Brauchen wir überhaupt nicht reden. Ich bin selber Schulleiter gewesen während der Corona-Zeit. Ich bin es immer noch. Vorher, während und danach. Ich habe die Schüler jeden Tag. Ich komme mit ihnen zusammen. Aber es sind nur meine Schüler. Und meine Schule ist nicht typisch für alle anderen. Was uns aufgefallen ist, ist, dass wir alle uns darüber wohl einig sind – hier bei den Experten und Sachverständigen –: Es ist nicht gut gewesen, dass die Schulen so lange geschlossen waren. Das war ein Fehler. Man hätte die Schulen früher aufmachen müssen. Aber im Nachhinein wissen wir alles immer besser. Was mir aber auch aufgefallen ist in der ganzen Zeit, bei all dem Negativen - - Ich will nicht sagen, dass es großartig war, aber letztendlich war das Schulwesen resilienter, als man hätte annehmen müssen. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich – auch wenn einiges daneben gegangen ist – ins Zeug gelegt. Wir haben die digitale Herausforderung nämlich selber finanziert. Die Lehrerdienstgeräte kamen als Corona vorbei war. Das muss man mal ganz offen so sagen. Die Kolleginnen und Kollegen haben das finanziert. Übrigens, die Familien haben es auch finanziert. Noch gab es keine Geräte, die der Sachaufwandträger gebracht hätte. Auch erst mit Ende von Corona kam das. Also sprich, Eltern und Lehrer haben das Digitale gestemmt. Nicht immer gut. Viele Schulen haben überhaupt kein vernünftiges Internet gehabt, sodass man von da aus auch nicht arbeiten konnte als Lehrer, nur von zu Hause. Aber da ist eine ganze Menge gelaufen. Wir haben auch gehört, dass es für die Kinder psychisch eine riesige Belastung gewesen ist. Nicht nur für die Kinder, sondern auch für die jungen Leute, für die Heranwachsenden. Darum haben wir ja geschaut, dass wir wenigstens die Abschlussjahrgänge hinbekommen. Auch das, muss ich sagen, ist eine Riesenleistung letztlich gewesen, dass wir alle Abschlussjahrgänge wieder recht früh hineinbringen konnten in die Schulen und dass wir es ihnen ermöglichen konnten, einen Abschluss zu machen. Ja, wir trugen Maske. Ja, wir haben getestet. Ja, wir haben Impfangebote gemacht. Und ja, es wurde mitunter auch Fehler gemacht im Umgang mit jenen, die gesagt haben: „Ich lasse mich nicht impfen“, „ich will keine Maske tragen“, „ich will mich nicht testen lassen“ – definitiv gab es alles. Aber insgesamt war es nicht so, dass alle brutalst darunter gelitten hätten. Das wäre falsch, das zu behaupten. Aber es wäre auch falsch, behaupten zu wollen, dass es das nicht gegeben hat. Die Empfehlungen, die wir haben: Bei zukünftigen Pandemien und vergleichbaren Krisen muss man eine Möglichkeit finden, Präsenzunterricht beizubehalten. Wir brauchen ein abgestuftes Konzept, um gegebenenfalls in Hybrid- und dann in Distanzunterricht zu gehen. Das ist notwendig. Und das können wir leisten. Nebenhinweis: Das brauchen wir auch unabhängig von einer Pandemie. Das brauchen wir bei Hitzewellen, Eis, Regen oder bei Bedrohung durch Drohnen oder wenn der Strom ausfällt und dergleichen mehr. Wir brauchen da sowieso etwas im Rahmen der All-Gefahrenabwehr. Dafür braucht es an den Schulen Sicherheitsbeauftragte, die auch entlastet werden von den sonstigen Verpflichtungen, die sie haben, damit sie das im Sinne der All-Gefahrenabwehr vernünftig machen können. Da geht übrigens auch die Verkehrssicherheit mit rein. Aber es kann nicht sein, dass der Datenschutzbeauftragte in unseren

Ländern eine Anrechnungsstunde – also eine Entlastungsstunde – bekommt, der Sicherheitsbeauftragte aber nicht. Immer noch nicht. Das ist ein Punkt, den können Sie dann an die Bundesländer auch gerne weitergeben. Der Punkt digitale Ausstattung, das ist etwas, was sehr deutlich geworden ist, dass wir das an den Schulen verbessern müssen. Da brauchen wir einen „DigitalPakt 3.0“. Ich denke nämlich schon mal sehr viel weiter, nicht bloß bis 2.0, weil irgendwann wird das Geld ja wieder aus sein und dann müssen wir neues Geld haben. Auch das ist eine Notwendigkeit. Das „Startchancen-Programm“ gilt es weiter auszubauen. Wir haben es gehört, gerade jene, die aus den nicht so gut gestellten Lernbedingungen gekommen sind, wo es häuslich schwierig war etc., wo man nur einen Raum hatte für zwei Kinder und so, wo es die Geräte und so weiter nicht gegeben hat. Für diese Kinder müssen wir es tun. Da braucht es ein „Startchancen-Programm“, das weiter ausgebaut wird, und zwar auch ausgebaut wird in den Bereich des informellen Lernens. Das ist jetzt nicht das, was die klassische Bildung ist, aber der Kollege neben mir hat es auch sehr deutlich gesagt: Wir müssen die Möglichkeiten bieten, in der Jugendarbeit und in der Vereinsarbeit entsprechend zu punkten. Ich sage es jetzt mal so. Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland keine Sportstätten mehr haben, aber jede Menge junger Menschen, die gerne Sport machen wollen.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Damit sind wir mit den Eingangsstatements durch. Wir kommen zur ersten Fragerunde, beginnen bei der Union. - Frau Wittmann, bitte.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender und an alle Vortragenden. Ich darf vielleicht vorausschicken, Herr Haag, dass ich mich sehr gefreut habe über die Erwähnung der Kinderkommission, die positive, die in einem sehr geschützten Raum für die Jugendlichen alle Möglichkeiten geboten hat, wirklich einmal von der Seele weg zu reden und dann nicht irgendwelchen Kommentaren ausgeliefert zu sein. Deswegen darf ich für meine Fraktion feststellen, dass wir von einer Befragung einer Minderjährigen heute absehen wollen, genau um sie im öffentlichen Raum, den wir gar nicht kontrollieren können durch die Streams, vor genau sowas zu schützen, insbesondere als in den Unterlagen ja schon beschrieben wurde, wie erschreckend und wie schwierig der Umgang damit sein kann. Ich darf zu meiner ersten Frage kommen, an Sie, Herr Professor Dr. Wößmann. Sie haben bei Ihrer ifo-Befragung gezeigt, dass diese Schulschließungen Anfang 2021 deutlich weniger Zeit für schulische Tätigkeiten als vor der Pandemie hatten. Elternangaben zu Lernzeit messen jedoch nicht unmittelbar erworbene Kompetenzen. Deswegen die Frage an Sie: Welche Daten brauchen Schulen und Bildungspolitik, um nach einer Unterbrechung des Präsenzunterrichts tatsächlichen Förderbedarf zu erkennen, ohne Lernzeit mit Lernerfolg gleichzusetzen? Kurz und gut bitte noch mal: Könnten Sie noch mal intensiver eingehen auf den von Ihnen schon richtig getroffenen Sachverhalt, dass natürlich auch die unterschiedlichen Bedingungen irgendwie aufgefangen werden müssen, unter denen Kinder in so einer schwierigen Situation lernen müssen?

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Ja, gerne. Sie haben absolut recht. Alles, was wir sozusagen in der Zeit der direkten Schulschließungen erheben konnten, waren Zeitnutzungsstudien, wo angegeben wurde, wie lange die Kinder ihre Zeit verbringen. Das ist nicht das Gleiche wie Lernen. Und das ist schon gar nicht das Gleiche wie generelle Kompetenzen zu erwerben, aber es war in der Zeit nicht möglich, tatsächliche Kompetenztests durchzuführen. Als erstes sollten wir eben sicherstellen, dass Schulen nicht per se geschlossen sind, sowohl präsenzmäßig - - aber, dass das Lernen nicht aufhört. Das heißt, wenn die zu sind, täglich Online-Unterricht stattfindet und dementsprechend eigentlich dauerhaft auch dann die Lehrkräfte sehen können, wie sich die verschiedenen Schülerinnen und Schüler entwickeln. Natürlich brauchen wir regelmäßige Dinge wie Lernstandserhebungen. Und ich glaube, das ist auch in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gelaufen, aber danach hat es zum Teil zu Beginn des Schuljahres dann Erhebungen gegeben, wo die Schülerinnen und Schüler eigentlich stehen und versucht, darauf aufzubauen. Ich glaube, sowas in planerischer Weise besser vorzusehen, weil wir uns vorher nicht vorstellen konnten, dass wir so eine Pandemie erleben, es aber nun erlebt haben und eigentlich uns für die nächsten potenziellen Pandemien vorbereiten

wollen, hilft sehr. Da geht es natürlich um die Basiskompetenzen im Deutschunterricht, im Mathematikunterricht, in älteren Jahrgängen vermutlich auch Englisch, im naturwissenschaftlichen Bereich. Ich glaube, da liegen uns ganz viele Lernstandserhebungsformate vor, die wir nutzen können, um dann zu sehen, wo die Schülerinnen und Schüler stehen. Und dann müssen natürlich die Lehrkräfte darauf aufbauen und eigentlich auch den Anspruch haben, Dinge wieder aufzuholen, die eben nicht stattgefunden haben.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich würde ganz gerne noch eine kurze Nachfrage dazu melden. Nämlich die Frage: Wie sollten zusätzliche Förderungen zugeteilt werden, damit sie am festgestellten Bedarf ansetzen und bestehende Bildungsunterschiede nicht vergrößern – und ich darf das wirklich mit aller Empathie sagen –, natürlich auch durch den Elternbereich, wo unterschiedliche Voraussetzungen gegeben sind und wo auch mit unterschiedlichen häuslichen Ressourcen zu arbeiten ist? Nämlich die Frage, kann ein Elternteil sich widmen in dieser Zeit oder müssen beide vollständig arbeiten? Ergänzt auch kurz um die Nachfrage, wie Sie dieses aus Sicht von mehreren Kindern sehen.

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Die Frage ist, wo man genau ansetzt. Ich glaube, wenn man es professionell machen will, dann schaut man sich natürlich einfach an, wie sind die Kompetenzbereiche. Und dann schaut man gerade bei den Kindern, wo es besonders niedrig ist, muss man besonders gezielt fördern, auf verschiedenste Art und Weise. Das kann durch Förderunterricht in den Schulen entstehen. Es kann aber auch - - Man könnte sich überlegen, Dinge zu nutzen, wie Nachhilfeunterricht. Ich hätte aber auch in der Zeit mir ganz einfache Dinge vorstellen können, wie zum Beispiel - - wir hätten sagen können – und das hätte quasi ein Kultusminister sagen müssen –: Jede Lehrkraft darf drei oder vier Kinder in ihrer Schulklasse benennen, die besonders hohen Förderbedarf haben und für die haben wir Zusatzunterricht. Und da kommen wir dran. Ich glaube, das hätte total viel gebracht, wäre relativ leicht gewesen. Und weil die Lehrkräfte am meisten sehen – wo sieht es eigentlich wie aus? – hätte man ohne wilde Testverfahren auch sehr leicht hinkommen können, gezielt zu unterstützen. Aber gemacht hat man das in der Form eben nicht.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Wir kommen zur AfD-Fraktion. Frau Dr. Baum, bitte.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Ich habe einige Fragen an Yukiko Siber. Ist das in Ordnung, wenn ich Sie mit Vornamen anspreche?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Vielen Dank. In der letzten Anhörung haben wir von Filip Dimov – das war damals ein Schüler, 15 Jahre so alt wie Sie heute – erfahren – er war damals ungeimpft –, dass er im Winter am offenen Fenster sitzen musste, abgesondert. Das haben Sie auch geschildert. Allein das ist schon schlimm genug. Jetzt haben Sie sogar vorgetragen, dass Sie ohne Jacke am offenen Fenster sitzen mussten. Das ist für mich eine Form von Folter. Wenn man schon zitternd dem Unterricht nicht folgen kann, wurden Sie dann auch noch der Gefahr einer Erkältung ausgesetzt. Das ist für mich einfach unvorstellbar, was damals in den Schulen passiert ist. Aber nun meine Frage: Wie haben denn die Lehrer das begründet, dass Sie ohne Jacke im Winter am offenen Fenster sitzen müssen?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Also die Begründung war tatsächlich einfach, dass es als unhöflich gilt, in dem Klassenraum Jacken, Mützen, sonstiges zu tragen. Wir mussten das alles abnehmen. Die Ausrede war dann einfach, dass man sich nicht anstellen solle und einfach wärmer anziehen sollte im Winter.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Ja, kein Kommentar. Ich gehe noch mal auf ein anderes Thema ein aus Ihrer Stellungnahme. Sie haben nämlich geschrieben und auch vorgetragen, dass Sie vor der Klasse von Lehrern als Gefährdung dargestellt und verspottet wurden. Nun sind die Schüler für die Lehrer Schutzbefohlene. Sie haben also den Auftrag, sie zu schützen. Aber anstatt Sie zu schützen, wurden sie an den Pranger gestellt. Also ich weiß nicht, wie Sie, liebe Kollegen, darüber denken, aber für mich gehören solche Lehrer sofort entlassen. Die haben in einem Schulbetrieb nichts zu suchen. Und jetzt meine Frage an Sie, Yukiko. Sie haben geschildert, Sie waren eine gute Schülerin. Ich gehe davon aus, Sie

hatten auch ein gutes Verhältnis. Aber erzählen Sie doch bitte mal, wie war denn das Verhältnis zu den Lehrern vor Corona und wie hat sich das dann ausgestaltet nach Ihrer Demütigung und Stigmatisierung vor der ganzen Klasse?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Das war so, vor den Maßnahmen waren die Lehrer für mich wie Vertrauenspersonen. Ich konnte ganz einfach mit ihnen reden und es war alles sehr einfach. Aber ich kann mich an den Tag erinnern, wo die Maßnahmen anfingen für mich in Schleswig-Holstein, war das so - - Am ersten Tag kam ich mit einem Maskenattest zur Schule und hatte keine Maske an. Ich bin dann das Treppenhaus hochgegangen mit meinen Eltern und dann kam da eine damalige Lehrerin auf mich zu und hat mich angeschrien und meinte, ich sollte meine Maske anziehen und dass ich ohne Maske nicht rein darf. Erst nachdem sie die Papiere und Beweise gesehen hat – wegen meinem Attest –, hat sie mich in Ruhe gelassen. Seitdem ist irgendwie alles anders geworden. Das ist so ein negatives Gefühl einfach. Und auch heute noch. Ich halte Abstand zu den meisten Lehrern, weil es mir schwerfällt, mittlerweile mit Lehrern zu reden.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Dann habe ich nochmal diesbezüglich eine weitere Frage: Haben Sie durch diese massive Ausgrenzung und das Mobbing jemals daran gedacht, die Maske trotz Ihrer gesundheitlichen Einschränkungen – Sie hatten ja ein Attest, das hat ja einen Grund, dass Sie keine Maske getragen haben –, diese Maske dann trotzdem zu tragen, um dieser unerträglichen Situation aus dem Wege zu gehen? Haben Sie jemals diesen Gedanken gehabt?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Den Gedanken gehabt, eine Maske trotzdem anzuziehen, hatte ich tatsächlich nie. Ich wusste trotzdem zu dem Zeitpunkt, dass es für mich richtig war. Und ich habe dazu natürlich auch mitbekommen - - die Schüler von mir, die die Maske tragen mussten, wollten das natürlich auch nicht. Die meisten haben die Maske nicht mal richtig angehabt im Unterricht, während die Lehrer irgendwie nicht aufgepasst haben oder so. Es wäre natürlich einfacher gewesen, einfach die Maske anzuziehen, aber das war für mich nicht der Fall. Ich wollte halt einfach zu meiner Meinung stehen.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Ich habe gehört, dass Schüler teilweise dann die Maske auch manipuliert haben, also Löcher reingemacht haben oder irgendwelche Folien weggemacht haben, damit sie überhaupt Luft bekommen. Ist Ihnen das auch bekannt?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Das habe ich mitbekommen, aber selbst gesehen habe ich das natürlich nie. Also bei mir war das einfach der Fall, dass die Maske unter die Nase gezogen wurde zum Atmen.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Aber Sie haben schon auch von Ihren Mitschülern mitbekommen, dass die sozusagen Probleme hatten, die Maske zu tragen. Denn wir haben ja eben auch schon gehört – von einigen Sachverständigen –, dass die Schüler überhaupt kein Problem hatten oder viele Schüler kein Problem hatten. Also ich habe das anders wahrgenommen und mir wurde es auch anders erzählt.

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Das empfinde ich auch anders. Also meine Klasse – da gab es jetzt wirklich keine Schüler, die sich nicht beschwert haben über die Maske. Und wenn die Lehrer nicht da waren, wurden die Masken auch nicht anbehalten.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Wir kommen zur SPD. - Frau Dr. Seitzl, bitte.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, dass Sie heute hier bei uns sind. Ich will festhalten, dass auch wir als SPD von der Anhörung oder von Fragen an eine Minderjährige aus den von Kollegin Wittmann genannten Gründen absehen werden. Meine erste Frage geht an Frau Kirchhoff. Sie haben geschildert, wie die Situation für Schülerinnen und Schüler in der Zeit war. Sie haben auch geschildert, dass es ja auch immer eine Frage der Risikobegrenzung war. Vielleicht könnten Sie noch mal aus Sicht der Bundesschüler/-innenkonferenz darlegen, wie Sie den Umgang der individuellen Schulgemeinschaft mit der Pandemie erlebt haben – also der Schülerinnen und Schüler zusammen mit den Lehrkräften und auch den Eltern natürlich und der Schulleitung.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Sehr gern. Also auch hier würde ich wieder darauf verweisen, dass es immer sehr, sehr individuelle Erfahrungen waren, die gemacht wurden. Ich glaube, in den meisten Schulgemeinschaften war es auf alle Fälle Konsens, dass alle sehr viel Unsicherheit in sich getragen haben. Das war ja – egal, ob ich jetzt in die Grundschule gehe, in die weiterführende Schule - - Ich war zum Zeitpunkt der Pandemie im Übrigen 13, also auch noch recht jung, bin gerade noch recht frisch in die Oberschule gestartet. Und es war auch bei uns auf alle Fälle ein Ding, dass niemand so genau wusste, wohin es geht. Und es wusste ja oft auch die Politik nicht. Also wenn irgendwie die E-Mail von der Schulleitung kam, die nächsten zwei Wochen machen wir Online-Unterricht oder die nächsten zwei Wochen dürfen wir irgendwie zwei von drei Tagen in die Schule kommen oder so, war das ja immer etwas zeitlich Begrenztes. Diese Unsicherheit gab es, glaube ich, überall. Und zeitgleich hat, sobald die Schulgemeinschaft darüber gesprochen hat, hat das auch ein gewisses Gefühl von Sicherheit wieder zurückgebracht. Also wenn ich nicht genau wusste, wie es weitergeht, dann hat es auf alle Fälle geholfen, im Austausch zu sein. Ich würde auch sagen, dass trotzdem sich in der ganzen Zeit der Corona-Pandemie bei Schüler/-innen ein großes Gefühl von Verantwortungsübernahme und Verantwortungsbewusstsein gebildet hat. Weil natürlich zu Hause zu bleiben, eine Maske zu tragen, sich impfen zu lassen, das waren alles große Fragen. Und die waren natürlich – ich kann mir auch gut vorstellen – von dem Umfeld jeweils beeinflusst. Zeitgleich war es ja aber auch ein medial großes Thema. Und da hatten glaube ich viele Kinder und Jugendliche auch gelernt, was es heißt, als Individuum gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Und das war gar nicht so ein großes Ding von: „Ich habe kein Problem damit, eine Maske zu tragen“, sondern es war – glaube ich – ein großes Thema von: „Ich möchte für die Gemeinschaft, in der ich bin, verantwortlich sein, in meinem Schulkontext, aber auch, wenn ich meine Oma besuchen fahre.“

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Ja, vielen Dank. Sie haben gerade erläutert, wie wichtig dieses Gefühl von Mitbestimmung und Teilhabe und Beteiligtsein war in dieser Situation. Inwieweit wurde denn die Bundesschülerkonferenz während der Pandemie in die Abwägung von Entscheidungen, die Auswirkungen auf den Alltag von Schülerinnen und Schülern hatten, involviert und welche Rolle würden Sie sich für die BSK und vielleicht auch anderen Schüler/-innenvertretungen in einer zukünftigen Pandemie – die hoffentlich nicht kommen wird – wünschen?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Also die Bundesschüler/-innenkonferenz hat sich medial wirksam aufmerksam gemacht. Es war aber auf alle Fälle Präsenz, die stark erkämpft wurde. Und das war jetzt nichts, was politisch groß gewollt oder eingefordert wurde, sondern es war schon ein sehr, sehr proaktives: „Wir sagen aus Schüler/-innenperspektive, was gebraucht wird.“ Zukünftig ist genau hier, glaube ich, ein guter Ansatz, zu sagen: Wir haben diese etablierten Strukturen. Wir haben sie als Dachverband in der Bundesschüler/-innenkonferenz, wir haben sie aber auch in den Landesschülervertretungen und wir haben sie sogar auf Schulebene mit einem Schülerrat. Da tatsächlich aktiv das Gesprächsangebot zu stellen und zu sagen: „Hey, wir können uns jetzt nicht an den Konferenztisch setzen, aber lasst uns mal eine WebEx-Konferenz machen und da gemeinsam darüber sprechen, was gerade eure Einschätzung ist.“ Weil natürlich der Austausch zwischen den Schüler/-innen trotzdem noch ein engerer war über die WhatsApp-Klassengruppen, über Telefonate etc. als zwischen Lehrkräften und Schülern stattgefunden hat.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank. Die gleiche Frage würde ich auch gerne an Herrn Haag weitergeben. Welche Rolle sollten Jugendvertretungen, Jugendverbände in einer künftigen Pandemie bei politischen Entscheidungen spielen?

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Jugendverbände – und das steht im Sozialgesetzbuch drin – vertreten ja die Interessen und Anliegen junger Menschen. Und es sollte unbedingt – sogar vorrangig – so stattfinden, dass in einer zukünftigen Krisensituation vorrangig die Interessen und Anliegen junger Menschen gehört, wahrgenommen, aufgenommen werden. Und wir haben mit der Fach- und Koordinierungsstelle für Jugendbeteiligung dort intern einen großen Schritt gegangen, die Ihnen allen auch zur Verfügung steht. Wir arbeiten jetzt

seitdem mit verschiedenen Ministerien, aber auch mit dem Jugendausschuss zusammen. Die dortige Ausschussvorsitzende hat jetzt zweimal im Jahr junge Menschen direkt eingeladen, die eben auch andere junge Menschen vertreten können. Das Format könnte verstetigt werden. Grundsätzlich wollte ich noch anmerken, dass ich es richtig fand, dass Sie als Corona-Enquete auch viele Kinder und Jugendliche eingeladen haben in den Deutschen Bundestag zur Aufarbeitung und dass dort in einem entsprechend altersgemäßen Format auch sie ihre Perspektiven schildern konnten.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Dr. Gumnior.

Abg. **Dr. Lena Gumnior** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. Ich würde mit Fragen an Frau Walper starten. Sie hatten schon berichtet, dass vor allem auch die Kinder- und Jugendbeteiligung besser hätte funktionieren können, als es tatsächlich der Fall gewesen ist, weil auch Kinder und Jugendliche gute Ideen auch für die schulische Bildung gehabt hätten. Deswegen würde mich noch mal interessieren: Wie bewerten Sie insgesamt den Umgang der Politik mit Kindern und Jugendlichen während der Pandemie? Vielleicht noch mal mit besonderem Schwerpunkt auf die Kinder- und Jugendbeteiligung. Und was hätte Politik anders machen können? Welche Beteiligungsformate schweben Ihnen da vor?

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ja, ich meine, nach der Pandemie oder gegen Ende ist, glaube ich, allen klar geworden – auf jeden Fall vielen, auch hier in Bayern –, dass man junge Leute viel früher hätte hören sollen, dass man sie wirklich dringend einbeziehen muss und zwar spätestens da, wo dann die Befragungsergebnisse auf dem Tisch waren. Über 60 Prozent sagen, sie haben das Gefühl, die Politik interessiert sich überhaupt nicht für sie, die Politik sieht sie nicht. Das war natürlich eine ganz schlechte Botschaft. Und deshalb ist dann noch mal durch so ein Ruck - - die Sache in Bewegung gekommen. Aber ich habe nicht so den Eindruck, dass es wirklich nachhaltig Dinge verändert hat. Und Politik ist ja auch nur ein Player im Ganzen. Das muss man sehen – aber ein wichtiger, weil wir gleichzeitig ja auch sehen: Demokratie-Skepsis wächst auch unter jungen Leuten. Es sagen nur noch so gerade die Hälfte, dass sie Demokratie doch auch die beste Staatsform finden. Da hatten wir mehr in der Vergangenheit. Institutionen – ja das Vertrauen ist auch nicht mehr so richtig da. Deshalb – wir müssen ja etwas tun, um junge Leute auch davon zu überzeugen, dass diese Gesellschaft gut funktioniert und in ihrem Sinne funktioniert. Das ist vielleicht erst mal so das Wichtigste. Und ich denke aber auch, das muss durch alle Institutionen gehen. Und da ist dann auch Schule gefragt.

Abg. **Dr. Lena Gumnior** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche Möglichkeiten könnte man jetzt noch ergreifen, um dann auch Vertrauen in demokratische Prozesse, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Resilienz vielleicht auch nachträglich wieder zu verbessern? Gibt es da Möglichkeiten?

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Also Anhörungen sind sicherlich ein Punkt, wenn sie auch breit gestreut sind. Ich finde es richtig, sich auf jeden Fall an gewählte Vertreter von Jugendorganisationen zu halten. Aber wir müssen auch sehen, viele junge Leute sind gar nicht mehr so in dem Sinne organisiert. Auch da hat sich vieles geändert mit der Bindung an Verbände, an Vereine. Und von daher müssen wir auch da noch mal andere Wege gehen und versuchen, wirklich so die größere Breite der jungen Gesellschaft auch mit an den Tisch zu holen. Ich denke vor allen Dingen haben wir ein Problem mit jungen Leuten auch aus sozial benachteiligten Lebensverhältnissen, die oft dann auch aus Scham sich gar nicht nach vorne stellen würden. Wo es wirklich gezielte Einladungen braucht, Ermutigungen braucht, sich einzubringen. Das braucht dann auch unter Umständen Zeit, aber Zeit, die glaube ich wirklich lohnt, um zu zeigen, dass unsere Gesellschaft eben auch alle am Tisch haben will. Und von daher denke ich, wir müssten wirklich viel mehr noch investieren in diese Beteiligungsprozesse, die – im Prinzip in allen Institutionen, wo Kinder und Jugendliche sich bewegen, leben, aufhalten – überall in diesen Institutionen auch mitgeleistet werden kann. Und sei es ein Teil auch der Schutzkonzepte, die schon angesprochen worden sind. Aber ich sehe es noch wesentlich breiter einfach als ein Mitmachen an der Demokratie in dieser Gesellschaft.

Abg. **Dr. Lena Gumnior** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Vielleicht gebe ich die Frage noch mal weiter an Frau Kirchhoff. Welche möglichen Beteiligungsformate sehen Sie denn, um auch Vertrauen in den Rechtsstaat wieder zu stärken?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Also ich glaube, eine Einladung zur Partizipation braucht es auf alle Fälle und dafür braucht es definitiv Zeit. Dafür braucht es aber auch die richtigen Formate. Und es ist super, dass wir heute als Bundesschüler/-innenkonferenz auch hier sein können. Ich glaube, wie gesagt, das ist auch ein wichtiger Faktor, weil er sehr einfach zu handhaben ist. Zeitgleich braucht es basisnahe Angebote. Da geht es darum, dass wir Schüler/-innen in der Schule abholen, in ihrer Lebensrealität abholen, dass wir – auch von uns schon genannte – dritte Orte schaffen, weil ich glaube, auch da können wir wieder Sicherheit und Vertrauen in Demokratie schaffen, indem ich einfach Kindern und Jugendlichen Raum gebe, Raum zu gestalten. Und ich glaube, dass wir da ganz, ganz basisnah arbeiten müssen. Ich glaube auch, dass die Politik da eine Verantwortung hat, den Raum auch anzubieten und zu sagen: „Kommt gerne zu uns. Wir erklären euch gerne, was passiert. Wir kommen auch mal in die Schule. Wir gehen da auch mal hin.“ Sichtbar und ansprechbar zu sein. Und das nicht nur per E-Mail, die man über drei Klicks auf der Bundestagswebseite findet, sondern bestenfalls auch mit einer Instagram-DM [Direktnachricht], weil das einfach in der Lebensrealität doch noch mal näher dran ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zu den Linken. - Herr Professor Rosenbrock, bitte.

SV **Prof. Dr. Rolf Rosenbrock**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir reden ja heute über unerwünschte Wirkungen bei der Bekämpfung einer Pandemie, die wir immer abzuwägen haben gegen die erwünschten Wirkungen. Das geht dann ein bisschen manchmal verloren. Aber ich habe die sehr gewichtigen Statements der Sachverständigen mit großer Anteilnahme zur Kenntnis genommen. Einigkeit besteht ja darin, dass die soziale Ungleichheit verstärkt worden ist, die ohnehin schon überdurchschnittlich groß in Deutschland ist. Und Einigkeit bestand auch darin, dass nicht nur in der Schule die großen Defizite waren, sondern in der Schließung außerschulischer Bildung und des informellen Lernens. Jetzt hätte ich zunächst eine Frage an Frau Professorin Walper: Ist es eigentlich möglich, diese Entwicklungen, die sich durch die Bekämpfung der Pandemie ergeben haben, und die negativen Erfahrungen mit der Demokratie, von denen Sie sehr nachdrücklich gesprochen haben, zu kompensieren? Was kann einem dazu einfallen? Ich sage gleich meine zweite Frage dazu, weil ich auch nur fünf Minuten Budget habe. Die zweite Frage ist: Wenn man über Möglichkeiten der Kompensation nachdenkt, stellt sich aber die Frage: Was ist denn schon in der Pandemie gut gelaufen? Woran kann man anknüpfen, wenn man es nächstes Mal besser machen will? Und da würde ich Sie gerne fragen – und zwar eigentlich dann alle, Herrn Düll, Herrn Haag, Frau Kirchhoff und Frau Siebernik –: Wissen Sie Models of Good Practice, die uns dabei helfen könnten, das nächste Mal besser zu sein? Danke schön.

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ich starte mal mit der ersten Frage, mit der Antwort. Wir wissen ja aus einer Reihe von Studien, dass das Schulklima, die Beteiligung junger Leute an Entscheidungen in der Schule, vor allen Dingen auch die Gestaltung des sozialen Miteinanders unter Gleichaltrigen – wenn da Raum ist, zu diskutieren, ohne dass man sich irgendwie unflätig ins Wort fällt –, dass alles das auch eine gute Basis ist für demokratische Haltungen. Das zeigen Langzeitstudien mit Mehr-Ebenen-Analysen und weiß der Himmel was. Von daher, das ist auf jeden Fall ein Rezept, das Schulen gut beherzigen können, das Klima so zu gestalten, dass sie auch wirklich die Schüler stärker einbeziehen. Wir sehen ja auch im Schulbarometer – Frau Kirchhoff hat es schon zitiert –, dass da der Wunsch wesentlich größer ist als das, was realisiert wird in den Schulen aktuell und sehen gleichzeitig auch, dass diejenigen, die ihre Beteiligung erleben und die sagen: „Ich habe hier Einflussmöglichkeiten“, dass die auch ein wesentlich höheres schulisches Wohlbefinden haben, also eher das Gefühl haben: „Hier bin ich richtig und hier werde ich auch gesehen“. Von daher ist das mit Sicherheit ein Punkt, an dem man ansetzen kann und sollte. Und ich denke auch – im Sinne ihrer zweiten Frage –, es hat ja Schulen gegeben, die haben sich sehr bemüht und wahrscheinlich müssen wir da noch mal eher

fragen, was die günstigen Rahmenbedingungen waren, die es ihnen erlaubt haben oder ob es dann doch einfach eine andere Haltung, eine andere Vorerfahrung waren. Aber da gebe ich die Frage direkt weiter.

Der **Vorsitzende**: Ich würde vorschlagen, wir fangen mit Herrn Düll an. Vielleicht, wenn Sie sich alle kurzfassen, dann kommen Sie auch alle dran.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Der Grundsatz, dass das Schulklima letztendlich entscheidend ist, der gilt nicht nur für eine Pandemie, der gilt auch für den grundsätzlichen Bildungserfolg der jungen Leute. Schüler müssen sich mit ihrer Schule identifizieren, mit dem sozialen Umgang dort. Das ist der Hauptgrund, warum man eigentlich zur Schule geht als junger Mensch, weil man dort diejenigen trifft, mit denen man gern zusammen ist. Erst in zweiterlei Hinsicht werden sie sagen: „Ich möchte diesen oder jenen Bildungsgang erfolgreich zu Ende bringen.“ Was ich mir vorstellen kann, ist beispielsweise die Einführung von Schülerparlamenten, was schon einige Schulen auch gemacht haben. Aber hier auch noch der Hinweis: Es ist gar nicht so leicht, junge Menschen zu begeistern, so ein Schülerparlament zu entwickeln. Denn eigentlich sollte es ja nicht von oben her – also von den Erwachsenen – entwickelt werden, sondern von den jungen Leuten selbst. Und ich versuche es gerade an der eigenen Schule. Das ist nicht so einfach. Ich warte auf die nächste SMV-Generation, ich sage es mal so – Schülermitverantwortung, Entschuldigung.

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Wir fanden positiv, dass überall dort, wo wir vor der Pandemie in digitale Jugendarbeit investieren konnten, sich das mehr als ausgezahlt hat. Und wir fanden sehr positiv, dass ganz viele junge Menschen in Jugendverbänden kreativ geworden sind und sich zum Beispiel in der Nachbarschaftshilfe eingebracht haben, indem sie Essen, Verpflegung für ältere Menschen, für Risikogruppen besorgt haben, insbesondere auch in diesen Lockdowns. Das heißt, für uns ist von jungen Menschen in der Pandemie ein Signal der intergenerationalen Solidarität ausgegangen, wo sich die jungen Menschen bei uns wünschen würden, dass das auch wieder auf sie positiv zurückkommt.

Der **Vorsitzende**: Genau. Die Zeit ist jetzt um. Aber die anderen Fraktionen haben ja die Möglichkeit, diese Frage auch noch mal weiterzugehen. - Wir kommen jetzt zur Union. Bitte schön, Frau Wittmann.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Professor Dr. Wößmann, ich würde bei Ihnen noch mal kurz ansetzen wollen zu Ihrem ersten Teil und Ihrem Vortrag vor allen Dingen. Sie haben dort festgestellt oder - - Nach Ihren Feststellungen haben nur sechs Prozent der Schülerinnen und Schüler tatsächlich jeden Tag Online-Unterricht erhalten, in jener schwierigen Phase. Jetzt darf ich feststellen: Meine Kinder waren zwölf und vierzehn und haben jeden Tag zuverlässig Online-Unterricht – und zwar vollumfänglich – erhalten. Was uns zu einer schwierigen – aber ich glaube schon anzugehenden – Frage führt, nämlich: Gab es denn föderale Unterschiede? An was meinen Sie, könnte man die festmachen? Und könnten wir uns vorstellen, dass wir auch föderale Zuständigkeiten in besonders zugespitzten Krisenlagen – das nächste muss nicht zwingend eine Pandemie sein – an der einen oder anderen Stelle versuchen, durch ein übergeordnetes Einverständnis anzugleichen, damit gerade unsere Schwächsten in der Gesellschaft möglichst gleichbehandelt, aber vor allen Dingen gut gefördert werden?

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Ja, das ist eine große Herausforderung. Ich glaube jetzt nicht, dass es ein Bundesland gab – weil Sie die föderale Ebene ansprechen –, wo das flächendeckend gut gelaufen ist. In der zweiten Welle hat Bremen einiges mehr hinbekommen. Interessant vielleicht eben, weil da das Bundesland und die Schulverantwortung zusammenfällt, weil es quasi die Kommune und das Land ist. Ich glaube jetzt deswegen nicht, dass das jede einzelne Gemeinde selbst machen sollte. Aber ich glaube, was am allerwichtigsten war und was gefehlt hat, war, da klare Ansprüche zu sagen und Forderungen, die die Politik selber eben den Kopf rausstrecken muss und machen. Und die Politik heißt eben hier die Kultusministerien. Wir haben gesehen, dass es etliche Schulen gab, die das über Nacht versucht haben zu machen. Und zwar sehr stark, einfach nur aus eigenem Antrieb. Und das Interessante ist, dass sie das quasi innerhalb

von ein, zwei Wochen immer ans Laufen bekommen haben. Ich glaube nicht, dass es eine Schule gab, wo man es nicht hinbekommen hätte, wenn man es politisch gewollt hätte, dass innerhalb von zwei Wochen alle Kinder einen Laptop zu Hause stehen haben und der Unterricht hätte stattfinden können. Dann gab es die großen Diskussionen darum: Kann man Zoom nutzen? Wie ist das? Und da sind sicherlich Datenschutzansprüche deutlich über andere Ansprüche gestiegen, wo wir im Nachhinein sehen müssen, das hat wahrscheinlich sozusagen - - haben wir da nicht gut genug abgewogen. Und das sind aber doch Dinge, die wir heutzutage jetzt problemlos für die nächste Runde vorbereiten könnten, wo wir eben sagen: Okay, hier ist ganz klar, jedes Bundesland - - es ist die Kulturhoheit in den Bundesländern, darum sind die verantwortlich und zuständig, aber dann müssen die das eben auch machen und sagen: „Okay, hier ist unsere Planung, wenn wieder etwas zusammenbricht“, oder – wie Herr Düll das gesagt hat – : „Wenn jetzt andere Dinge auf uns zukommen, warum wir die Schulen zuhaben müssen, dann muss doch jetzt klar sein“ – und das darf nicht jede Schule selber entwickeln müssen –, wie wir jetzt dann eben digitalen Unterricht machen. Dafür braucht man Infrastruktur, aber das haben wir doch heutzutage alle. Wir sitzen ja hier gerade auch so zusammen und ich kann mit Ihnen sprechen. Ich glaube, da ist erstens politische Verantwortung gefragt, dass man das macht. Und ich glaube, dann muss man sich natürlich anschauen, wie kriegen wir es hin, dass eben auch Kindern in Familien – Sie haben das vorhin angesprochen, wenn man gerade mehrere Kinder hat, aber vor allem eben auch, wo das finanziell oder aus anderen Gründen zum Beispiel der Laptop nicht da ist – sichergestellt wird, dass der von der Schule kommt; aber alle Schulen hatten gewisse Laptop-Sätze, die sie quasi verteilen konnten. Wir haben auch mal gefragt, wie groß der Anteil war, wo die Eltern gesagt haben: „Mein Kind hätte jetzt irgendwie ein Gerät hier zu Hause zur Verfügung.“ Das war glaube ich bei etwa 90 Prozent und die restlichen 10 Prozent hätten wir problemlos über Schulsätze machen können. Es ist wirklich eine Frage des Wollens, aber dann eben auch - - muss man dann eben Vorgaben machen und sagen: „Wir sind hier für die Bildung im Bundesland zuständig und ab morgen passiert hier täglicher Online-Unterricht." Ich kann Ihnen auch sagen, ich hatte auch drei Kinder in der Zeit in der Schule und sicherlich sozusagen nicht in der Brennpunktschule, aber täglichen Online-Unterricht hat es da nicht gegeben.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Das ist die Steilvorlage für eine kurze Anschlussfrage. Sie haben im Online-Bildungsmagazin „News for Teachers“ im Februar 2025 angeregt, Online-Unterricht mehrmals im Schuljahr zu üben. Das müsste dann eigentlich die Struktur unterlegen, die wir dafür brauchen können. Können Sie dazu zwei, drei vielleicht kurze Anmerkungen noch machen, wie man das gestalten kann?

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Vielleicht auch etwas, was Herr Düll noch viel klarer sagen wollte, aber ja: Wir müssen doch jetzt, gerade - - haben wir doch die Zeit, das zu machen, dass wir eben sagen – wir haben es auch vorhin gehört, wir müssen auch die Kinder in den digitalen Kompetenzen fit machen, die meisten sind es sowieso –, zwei, drei Mal im Jahr: „Okay, heute ist jetzt Online-Unterricht“, um zu sehen, dass es funktioniert. Und dann muss halt jeder gucken, wie es funktioniert und dass es funktioniert. Entsprechend mit den Planungen und Vorgaben, wie es zu sein hat, und das ist aus meiner Sicht eben nicht die Aufgabe der einzelnen Schule, sondern das kann man ja zentral und muss man eigentlich zentral regeln, wie es gehen soll.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Zur AfD kommen wir als nächstes. Frau Dr. Pfeil, bitte.

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Zunächst ein ganz herzliches Danke nochmals an Frau Siber für Ihre mutige Aussage hier als Betroffene. Meine Fragen gehen an Herrn Düll. Herr Düll, wir sind uns im Prinzip – denke ich – einig: Die Maßnahmen haben schwerste Schäden bei Schülern hinterlassen, an Psyche, Körper, Bildung, Entwicklung in den Familien und durch verschärfte Ungleichheit. Ich erinnere hier an das Fazit von Professor [Michael] Klundt 2020 vor der Kinderkommission: Aus dem Schutz von Kindern sei eigentlich nur der Schutz vor Kindern geworden. Absolut unvereinbar mit dem Prinzip der Menschenwürde. Herr Düll, meine ersten drei Fragen sind kurz, und ich bitte Sie, aus Zeitgründen nur mit Ja oder Nein zu antworten. Es kommen dann noch ausführlichere Fragen.

– Was gibt es hier zu lachen, bitte? Die erste Frage: Das Robert Koch-Institut sah schon im Februar 2020 Kinder nicht als wichtige Glieder in Übertragungsketten an. Auch die STIKO [Ständige Impfkommission] stellte dies im Juni 2021 ausdrücklich fest. War Ihnen das bekannt?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Also, wir leben ja Gott sei Dank in einem freien Land. Und in einem freien Land steht es einem Menschen zu, frei zu antworten. Nicht nur mit Ja oder mit Nein. Wir sind ja nicht vor Gericht. Da könnte man das so machen, aber selbst im Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland wird so nicht gefragt. Dann, erstens: Wir sind uns nicht einig, dass es schwerste Schäden bei allen Kindern und Jugendlichen hinterlassen hat. Das hat es auch Gott sei Dank nicht bei allen Erwachsenen -

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Aber Herr Düll, es geht hier um Erkenntnisinteresse. Und wir haben hier das Recht zu fragen. War Ihnen bekannt, dass Kinder keine -

Der **Vorsitzende**: Wir halten jetzt mal die Uhr kurz an. Ich habe vorhin gesagt, wir lassen – kurze Antworten, ja – den Befragten zumindest die Chance, ihre Gedanken mal kurz auszuführen, Frau Dr. Pfeil. Und dann können Sie natürlich eine Nachfrage stellen. Aber wenigstens den Satz zu Ende bringen, das wäre schon nett. Also, bitte, Herr Düll.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Wir haben tatsächlich Belastungen gehabt, psychischer Art. Wir haben aber auch – und da wurde auch gerade vorhin darauf hingewiesen – erlebt, dass junge Menschen in Verantwortung gegangen sind. Wir haben ihnen viel zugemutet. Aber sie haben den Mut besessen, diese Verantwortung vielfach aufzugreifen. Sie haben Verantwortung für ihre Eltern, für ihre Großeltern und sonstigen Angehörigen genommen. Und, was mir sehr positiv auffällt, seit Corona, sie haben Verantwortung übernommen für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler. Das heißt, sie melden, dass sie bei einem Mitschüler, einer Mitschülerin feststellen, da könnte irgendetwas nicht stimmen –

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Entschuldigung, Herr Hose. Ich hätte ein Interesse dran - - der Herr Düll darf das gerne auf andere Fragen - - also meine Frage ist unbeantwortet geblieben und wir dürfen, wir haben hier das Recht, als Sachverständige zu fragen. Wussten Sie, dass Kinder nicht wesentliche Treiber der Pandemie waren?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Die Diskussion habe ich damals sehr interessiert verfolgt.

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Ja, okay. Und das Zweite ist: Der Sachverständigenausschuss der Bundesregierung hat 2022 kritisiert, dass keine wirklich systematische Folgenabschätzung stattgefunden hat, Stichwort Kollateralschäden. Und der dritte Punkt ist: Derselbe Ausschuss konnte die Wirksamkeit der Maskenpflicht an Schulen nicht abschließend beurteilen. War Ihnen dieses bekannt?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Das war mir schon bekannt, bevor die es bekannt gegeben haben, weil ich mich mit der Materie als Schulleiter, der in Verantwortung ist, grundsätzlich durchgehend beschäftigt habe. Sie haben überhaupt keine Vorstellung, mit was für Themen ich mich damals auseinandergesetzt habe, um an meiner Schule und auch in meiner Verbandsarbeit Sicherheit zu vermitteln. In einer Phase, wo es unsicher war, was überhaupt irgendwie funktioniert. Ob wir an die Masken geglaubt haben oder nicht, ob wir an die Testungen geglaubt haben oder nicht – der entscheidende Punkt war, es war ein Versuch wert und er hat nicht gegen Artikel 1 Grundgesetz verstoßen.

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Ich darf einwenden, Zweifel dürfen nicht zulasten der Grundrechtsträger – hier der Schüler – gehen. Und all diese Punkte betreffen die Verfassungsmäßigkeit sämtlicher Maßnahmen. Aber ich habe verstanden -

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Deswegen habe ich alle Schüler in meine Schule kommen lassen, die sich an gewisse Maßnahmen nicht gehalten haben.

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Meine letzte Frage betrifft tatsächlich die Situation der Frau Siber. Auch die Aussage des Herrn Klundt, Kinder wurden als Objekte teilweise behandelt, die Frau Siber in ganz besonderem Ausmaß als Maskenbefreite. Auch Lehrer, die das Narrativ hinterfragt haben, hatten Probleme. Ich denke an

die Pädagogen für Menschenrechte. Was können wir anders machen, um dieser Entmenschlichung – wie ich es jedenfalls sehe – entgegenzuwirken für die Zukunft?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ich finde einfach, wir müssten mehr auf uns Kinder achten und nicht auf die Erwachsenen.

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Genau. Und Herr Düll, Frage an Sie. Wie können wir künftig solche Situationen verhindern, wie Frau Siber? Ich denke an § 171 Strafgesetzbuch, die Fürsorge und Erziehungspflicht gegenüber Minderjährigen.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Also zunächst einmal – ich habe es ja schon gesagt in Bezug auf meine Schule und so habe ich das überall auch vertreten –, auch wenn jemand sich an gewisse Maßnahmen nicht gehalten hat, hat man mit Augenmaß und im Rahmen der Verhältnismäßigkeit gehandelt und das gilt auch für die Zukunft. Das meiste ist übrigens über den Verordnungsweg gekommen und war nicht Gesetz. Auch das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Vielleicht sollten wir an der Stelle aber auch durchaus die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen schulen, was eine Verordnung ist, eine Ausführungsbestimmung und was ist das Gesetz. Dafür gibt es Fachleute.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Wir kommen zur SPD-Fraktion. Wer stellt die Fragen? Herr Müller, bitte.

SV **Michael Müller**: Vielen Dank. Ich möchte noch mal konkret Frau Siebernik ansprechen. Wir sind ja trotz der richtigen Ermahnung bei Bildung nicht nur an Schule zu denken, doch jetzt sehr stark in der Schule und Schülerinnen- und Schüler-Situation. Aber können Sie, Frau Siebernik, doch noch mal was sagen auch zum Kita- und vor allen Dingen auch zum Uni-Bereich? Auch das war ja nicht einfach an den Kindertagesstätten für die Familien die Situation. Und es hat da auch Kolleg/-innen gegeben, die sehr bemüht waren, aber auch voller Sorge, genau wie an der Schule, ob sie sich nicht tatsächlich auch anstecken können. Auch das kam ja noch erschwerend hinzu, dass man das nicht vergessen darf, dass auch die Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher Betroffene waren und erst mal nicht so genau wussten, wie sie damit umgehen sollen. Mich interessiert aber tatsächlich neben diesem Bereich auch noch mal sehr der Uni-Bereich. Mein Eindruck ist, dadurch, dass das alles junge Erwachsene waren, haben wir die ein bisschen aus dem Blick verloren und dachten: Das kriegen die schon irgendwie gut hin. Aber die hatten auch Probleme und wussten nicht - - erst mal war alles weg: Job, Fitnessstudio, Kino, Club, Uni, alles war weg und die wussten auch nicht: Wie geht es jetzt weiter mit dem Uni-Betrieb? Auch weil die Professorinnen und Professoren natürlich unsicher waren. Wie ist da Ihre Erkenntnis und haben Sie gegebenenfalls auch einen Hinweis einer Schlussfolgerung, wie auch die Unis jenseits von Schule sich auf solche möglichen neuen Krisen besser einstellen können?

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Vielen Dank für die komplexe Fragestellung. Um nur einmal in die Kita abzulenken – und insofern Frau Professorin Walper, vielen Dank, sie hat da etwas breiter ja schon zu Stellung genommen –, aber in der Erinnerung systemisch bedacht: Wann ist die Berufsgruppe der Erzieherinnen tatsächlich systemrelevant geworden? Und dann waren sie systemrelevant und auch Erzieherinnen sind Mütter, also auch selbst sozusagen in der Notsituation gewesen. Von daher kann eigentlich für die Zukunft ja nur gelten, dass wir von Anfang an und ganz grundsätzlich das Fazit ziehen, Bildung ist präventive Sozialpolitik und wir müssen alles tun, damit die finanziell und personell dauerhaft ausgestattet ist. Aber ich habe das ja vorhin tatsächlich nicht geschafft, auf den Bereich der Hochschulen auch noch mal abzubiegen und in der Tat ist das auch ein besonderer Bereich, den wir alle angucken sollten und Herr Müller, Sie haben tatsächlich recht – die Erstsemester erlebten damals die totale Anonymität. Die haben keine Präsenzlehre, kein Seminarunterricht, nichts erlebt, sondern saßen da einsam und allein in einem WG-Zimmer oder vielleicht noch zu Hause im Kinderzimmer und waren völlig vergessen. Sie wurden als erwachsene Menschen per se erstmal wahrgenommen – das sind sie ja auch –, aber grundsätzlich als Studierende sind sie vergessen worden. Es war die Einsamkeit im digitalen Raum auf der einen Seite, das Lernen des digitalen Raums, weil auch Studierende noch nicht in der Lage waren und wussten: Wie lernen wir dann eigentlich digital

und wie begegnen wir uns? Die Lehrenden hatten auch das Problem, dass es keinen zusätzlichen Support gab, dass es kein Verständnis von Digitalität und Didaktik in der Lehre anbelangte und auf der anderen Seite gab und gibt es eben auch in der Lehre nach wie vor prekäre und befristete Arbeitsverträge und dann ist die eigene Existenzangst in solchen Umständen, wo viel geschlossen wurde, persönlich auch da. Und für künftige Anforderungen braucht es tatsächlich psychosoziale Beratungsstellen. Die Studierendenwerke sollten von Anfang an mit einbezogen sein. Sie müssen gestärkt werden. Das muss ausgebaut werden und die Beschäftigung im Wissenschaftsbetrieb ist letztendlich dauerhaft und auch krisenfest auszugestalten, auszufinanzieren. Und da will ich nur zwei Stichpunkte nochmal nennen: Schluss mit sachgrundlosen Befristungen und Kettenverträgen. Und wir brauchen auch in dem Bereich der studentischen Hilfskräfte den TVStud [Tarifvertrag für studentische Beschäftigte], der bundesweit in Anwendung gebracht wird, um hier wirklich auch für die Zukunft ein Krisensystem zu schaffen, was es rahmt und was Sicherheit geben kann.

Der **Vorsitzende**: Okay, vielen Dank. Dann kommen wir zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Frau Professorin Fontana, bitte.

SV **Prof. Dr. Sina Fontana**: Ja, vielen Dank. Ich würde gerne nochmal einen Punkt von Ihnen, Frau Professorin Walper, aufgreifen. Und zwar hatten Sie gesagt, dass die Kompensationsmöglichkeiten überschätzt wurden – also die Kompensationsmöglichkeiten, die von Eltern geleistet wurden. Haben sich da auch in besonderem Maße Ungleichheiten gezeigt zwischen den Schüler/-innen?

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ja, auf jeden Fall. Ich meine, die sind nicht neu. Das wussten wir auch schon vor der Corona-Pandemie, dass Eltern mit geringem kulturellen Kapital, mit geringerem Bildungsstand eher sagen, sie haben das Gefühl, sie können ihre Kinder nicht so fördern, wie sie gerne möchten. Ihnen fehlt die Zeit, Ihnen fehlt das Geld, Ihnen fehlt aber auch oft die Kenntnis des Lernstoffs. Also, wenn ich selber nicht mit höherer Mathematik zugange war, ja, dann kann ich es auch schlecht vermitteln. Hinzu kommt, dass die Schulen ja auch immer gerne nochmal ihre Ansätze und Strategien selbst in der Mathematik verändern. Also, von daher sind die Möglichkeiten der Eltern wirklich sehr sozial unterschiedlich gradiert, ihren Kindern in solchen Fällen zur Seite zu stehen und sie wirklich gut zu fördern. Und das, denke ich, ist auch das, was wir sehen jetzt in den Daten, wo die soziale Schere stärker auseinandergeht, obwohl Schule sich sicherlich vielfach bemüht, gegenzusteuern. Das ist ja eine wichtige Aufgabe auch von unseren Bildungsinstitutionen. Aber da haben wir in der Pandemie einfach auch wirklich eine entscheidende Chance verloren, wo die Familien zu stark am Ruder waren und – das kommt ja auch dazu – viele Eltern wirklich so stark angestrengt waren. Die sind vielleicht gerade noch durch die Lockdown-Phasen gekommen, aber dann anschließend auch selber oft psychisch in die Knie gegangen.

SV **Prof. Dr. Sina Fontana**: Vielen Dank. Herr Düll, ich habe Sie eben im Nicken sehen, möchten Sie noch etwas ergänzen zu der Frage? Nein? Aber ich hätte an Sie noch eine andere Frage, und zwar, Herr Düll, der Aspekt der Digitalisierung, der ist jetzt schon mehrfach genannt worden, und da wäre meine Frage: Was braucht es da? Also sicherlich ja Infrastruktur, aber was ist mit Fortbildung, Übungen – also woran hängt es noch?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Die Herausforderung der Digitalisierung besteht letztlich darin, dass ich mich ständig weiterbilden muss. Und im Schulbereich ist es so, dass ich 40 Minuten, sage ich mal, Unterrichtszeit habe, sagen wir ehrlich, 40, nicht 45. Und wenn die schiefgelaufen sind – ich drücke es so aus –: Ich kann sie nicht wiederholen. Die sind weg. Ich kann nicht sagen, wir machen heute eine gemeinsame Überstunde, damit es dann besser wird, oder nächste Woche. Sondern das sind diese 40 Minuten. Da muss es laufen. Und das ist eine Riesenherausforderung, ein ganz schöner Druck. Und deswegen brauche ich Zeit, dass die Kolleginnen und Kollegen gewisse Dinge ausprobieren, üben können und systematisieren können. Wir müssen hier quasi zu einem gewissen Standard an Kompetenzen kommen bei den Kolleginnen und Kollegen, dass wir sagen können: „Das können sie alle.“ Dass wir immer noch dann eine Avantgarde haben, die immer weiter voraus

sein wird, das ist normal. Aber wir müssen diese Standards hinbekommen. Und ich muss persönlich allerdings sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen unheimlich viel dazugelernt haben in Corona. Im Moment würde ich sogar frei sein zu behaupten, sie sind vermutlich gerade weiter als viele, viele andere Akademiker in der freien Wirtschaft. Denn es gilt ja der Grundsatz bei Lehrern immer: Entdecke die Unmöglichkeiten. Also entdecke das, was heute mal wieder nicht funktioniert oder anders funktioniert, und dann musst du dich wieder darauf einlassen. Und sobald ich mal eine andere Schule besuche – meine Referendare zum Beispiel –, die haben dann auch diese wunderbare Herausforderung. Die benutzen was ganz anderes, als wir es vorher hatten und so weiter und so fort. Ich glaube, ich brauche es nicht näher erläutern. Es leuchtet ein.

SV **Prof. Dr. Sina Fontana**: Ja, danke schön. Frau Kirchhoff, aus Ihrer Perspektive – digitale Kompetenzen der Schüler/-innen, was braucht es da?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich glaube, da braucht es an allererster Stelle Lehrkräfte, die ein gewisses Niveau alle miteinander haben, und das ist gerade das, was fehlt. Also wir haben das ja auch mit dem „DigitalPakt 2.0“ gerade, dass versucht wird nachzusteuern in genau diesem Bereich der Fort- und Weiterbildung, der im „DigitalPakt Schule“ nicht mit abgedeckt wurde. Also wir haben Schulen zwar ausgestattet und dann waren die Laptops da, aber ich hatte niemanden, der den Laptop tatsächlich anmachen und ordentlich bedienen konnte. Das versuchen wir gerade aufzuarbeiten. Zeitgleich ist es natürlich nicht damit getan, dass wir einfach nur alle zwei, drei bis fünf Jahre irgendwelche Sofortprogramme machen, sondern wir brauchen eine Kontinuität. Und die muss auch vom Bund gestellt werden und da erfordert es eine ganz enge Zusammenarbeit auf alle Fälle. Ich glaube, dass Schüler/-innen an der Stelle oft weiter sind als viele Lehrkräfte. Also ich glaube – vor allem beim Thema KI haben wir das jetzt festgestellt –, dass das bei Schüler/-innen schneller zur täglichen Nutzung geführt hat, als es bei den Lehrkräften gemacht hat. Und ich glaube, dann braucht es auch eine gute Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Schüler/-innen an den Schulen, um die gegenseitigen Kompetenzen anzuerkennen und zu nutzen. Es braucht aber vor allem Lehrkräfte, die ausgebildet sind und das darf nicht erst im Arbeitsprozess beginnen, sondern das muss ganz eindeutig in der Ausbildung stattfinden.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. - Professor Rosenbrock für die Linke, bitte.

SV **Prof. Dr. Rolf Rosenbrock**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich hatte in der ersten Runde gefragt, ob es Möglichkeiten gibt, diese negativen Entwicklungen und auch diese negativen Erfahrungen zu kompensieren und in dem Zusammenhang auch nach Models of Good Practice gefragt, also wo es wirklich gut funktioniert hat. Ich möchte die Frage einfach weiterverfolgen, weil sie nicht vollständig beantwortet worden war, vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt der Verminderung der sich ja vergrößert habenden sozial bedingten Ungleichheit von Bildungschancen und Lebensqualität. Also wo könnte man da - - was kann da gemacht werden? Und bitte, deren Antworten auch zu Fragen - - zum Gesichtspunkt zu berücksichtigen, ob Sie Ansätze zu solcher kompensatorischer Politik in den derzeitigen Kürzungspolitiken der Bundesregierung, die ja auch Kinder, Jugendliche und Bildung betreffen, wiederfinden. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Fangen wir jetzt mit Frau Kirchhoff an.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich glaube, Sie haben eigentlich den wichtigsten Punkt schon angesprochen, und zwar leben wir gerade in der Kürzungspolitik, was vor allem den Themenbereich Kinder, Jugend und Bildung angeht. Und ich glaube, genau hier müssen wir politische Priorität setzen und genau dagegensteuern, dass es einfach generell mehr Geld gibt, weil egal, um welche Best-Practice-Beispiele es geht, die kosten immer. Zeitgleich gibt es natürlich Dinge, die wir tun können. Eine Sache, die tatsächlich nichts kostet, außer ein bisschen Zeit, ist die Frage: „Wie geht's euch denn?“ Und ich glaube, das ist was, was ganz wichtig ist im Schulalltag, dass wir Raum dafür schaffen, mit Kindern und Jugendlichen darüber zu sprechen, wie es ihnen tatsächlich geht. Das ist was, was aktuell zu wenig Raum einnimmt. Was aber auch daran liegt, dass wir zu wenig Zeit haben und zu wenig Personal haben, das das machen kann.

Deswegen, auch hier ist am Ende des Tages eigentlich das fehlende Geld das Problem. Ich glaube, was wir ansonsten auch noch machen müssen, ist, über diesen ganzen Bereich der Leistungsabfragen, des Leistungsdrucks zu sprechen. Wir wissen, dass über 50 Prozent aller Schüler/-innen darüber sprechen, dass sie sich unter extremem Leistungsdruck belastet fühlen. Und ich glaube, hier müssen wir schauen, welche alternativen Formate von Leistungsbefragungen können wir einführen, können wir schaffen, um den Druck zu reduzieren und auch die mentale Belastung, die damit einhergeht. Außerdem – wie gesagt – Schule an sich strukturell resilienter und vor allem demokratisch partizipierbarer zu machen. Schüler/-innen müssen mehr mitgestalten können.

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Vielleicht darf ich das auch noch mal kurz ergänzen, auch noch mal bezogen auf Ihre erste Frage. Tatsächlich gibt es dem kaum was zuzufügen, aber ich möchte doch den Blick noch mal auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten am Ort oder im Ort von Bildungseinrichtungen hinweisen. Es braucht tatsächlich an vielen Stellen Entlastung. Es braucht Entbürokratisierung. Es braucht Unterstützung. Es braucht tatsächlich den Aufbau multiprofessioneller, multifunktionaler Teams. Da rede ich von Kindertageseinrichtungen genauso wie von Schulen. Es braucht die dauerhafte Anstellung von Psycholog/-innen, von IT-Fachkräften in dem Bereich. Sozialarbeit auszubauen, sowohl als Kita-Sozialarbeit als auch Schulsozialarbeit. Wir brauchen einen klaren Blick auf Kinder und junge Menschen in diesem Land. Wir brauchen eine besondere Fürsorge für Kinder aus armutsgefährdeten Familien. Wir brauchen den besonderen Blick auf Kinder, die in beengten Wohnverhältnissen zu Hause sind. Und wir brauchen Kinder, die hier in unserer Gesellschaft mit Deutsch als Zweitsprache aufwachsen. Und auch da braucht es Strategien und Ressourcen, damit wir diese Kinder tatsächlich auch in der Chancengleichheit nicht aus dem Blick verlieren.

SV **Prof. Dr. Rolf Rosenbrock**: Herr Haag, haben Sie auch noch etwas beizutragen?

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Ja, Sie haben das richtig gesagt. Bei jungen Menschen kann man nicht sparen, sondern nur kürzen. Weil selbst wenn man das etwas monetarisierte Menschenbild hat, dass irgendwie das Geld sich auszahlen muss, dann ist es auf jeden Fall so, dass die nachhaltigste Anlage junge Menschen sind. Und ich habe es ja vorher auf unser Handlungsfeld Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit deutlich gemacht. Die bundeszentrale Infrastruktur von uns ermöglicht uns eben krisenresilient uns aufzustellen. Und junge Menschen leben eben nicht nur nach der Pandemie, sondern auch in der Klimakrise, erleben Kriege, erleben Angriffe insbesondere von Rechtsextremisten auf die demokratische Verfasstheit etc. Und uns wären im parlamentarischen Haushaltsverfahren zwei Millionen ein Ausgleich für die Inflation, sodass wir unsere Arbeit weitermachen können. Und ich denke, das ist das Mindeste, was getan werden sollte. Und das kann man jetzt tun.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Bevor wir zur nächsten Runde kommen, wir haben eine Hand oben. Frau Professorin Walper. Warum ist Ihre Hand oben? Sie wollten noch was zu Herrn Rosenbrock -

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ich wollte einen Punkt dazu sagen.

Der **Vorsitzende**: Es ist leider keine Zeit mehr, aber wir nehmen es zur Kenntnis. Vielleicht stellt eine andere Fraktion noch die Frage. Ich wollte es zumindest aufklären, dass Sie sich noch gemeldet haben. - Dann machen wir weiter mit der Union. Frau Wittmann, bitte schön.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Haag, dass Sie auch noch mal erwähnt haben, welchen Belastungen die Jugendlichen derzeit zusätzlich ausgesetzt sind, wo es in einer solchen Dimension persönlich beängstigende Ereignisse kaum jemals vorkamen. Ich darf noch kurz ergänzen, auch die linksextremistischen Tätigkeiten der letzten Zeit sind da nicht ohne. Leider. Jetzt würde ich aber ganz gerne Herrn Düll noch mal zum Thema das Üben von Online-Unterricht fragen, wie Sie das sehen, wie Sie sich vorstellen können, dass man das einrichten könnte. Wir wollen noch mal auf etwas zurückkommen, was sich erst scheint zu widersprechen, aber es

wohl doch nicht tut. Sie haben – und da danke ich Ihnen dafür – uns auch mal dargestellt, wie sehr die Lehrer sogar auf eigene Kosten ihre Geräte, Ausrüstung und Ähnliches aufgerüstet haben, um den Kindern bestmögliche Unterrichtschancen im Online-Verfahren zu geben, jedenfalls die allermeisten. Und gehen Sie davon aus, dass die Meldungen, die wir jetzt haben, nämlich dass so und so viele Geräte in 2025 gar nicht erst angeschaltet wurden, die ausgeliefert wurden - - Ich darf mal erwähnen, in Berlin 10 316 von 40 854 wurden neun Monate nach Auslieferung noch nicht mal in Betrieb genommen, ähnliche Zahlen aus anderen Bundesländern, teilweise noch erschreckender, Wuppertal über 60 Prozent und so weiter. Könnte man davon ausgehen, dass dieses auch damit einhergeht, dass die Menschen eben gut eingeübte, vergleichsweise vernünftige Modelle haben? Das ist das eine. Und dann würde ich ganz gerne an Sie – jetzt muss ich mich entschuldigen, ich habe auch nicht mehr alle Namen im Kopf – Frau Siebernik – entschuldigen Sie bitte – noch mal eingehen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie noch mal schildern könnten: Die Belastung auch in den Hochschulen. Ich glaube, das ist ein Segment, das am allermeisten vergessen worden ist. Das waren Jugendliche, die eigentlich noch fast Kinder waren, dann aber schon draußen in der Welt waren, aber eigentlich gar nicht draußen, eingesperrt, ohne Eltern, ohne Hilfe, ohne Unterstützung. Bitte dazu vielleicht auch noch mal. Vielen Dank.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Dann fange ich mal an. Es ist tatsächlich so, dass die Kolleginnen und Kollegen Geräte dann nicht benutzen, wenn das, was sie sowieso in privater Nutzung haben, deutlich besser ist. Ich muss es knallhart so sagen. Ich habe ein Ausbildungsgerät und ich habe ein Lehrer-Dienstgerät. Das Lehrer-Dienstgerät ist gut. Das Ausbildungsgerät ist das Gerät für das Studienseminar. Da bin ich auch im Austausch mit dem Kultusministerium. Das ist nicht das Gelbe vom Ei, um es vorsichtig auszudrücken. Hier wurde falsch beschafft aus meiner Sicht. Hart, dass ich das so sagen muss. Das macht man nicht mit Absicht. Solche Dinge passieren leider Gottes. Und dann, wenn es auf große Skalierung ist, ist es blöd. Aber das Lehrer-Dienstgerät ist gut. Das wird auch gerne benutzt. Und das mag jetzt von Bundesland zu Bundesland, von Sachaufwandsträger zu Sachaufwandsträger etwas unterschiedlich sein. Wir müssen halt die entsprechenden Geräte nehmen, die State of the Art sind und können nicht hergehen und nach irgendwelchen Kriterien vorgehen, die Unfug darstellen. Ich muss es mal so formulieren. Aber das lässt sich ja regeln. Das lässt sich ja machen.

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Schauen wir noch mal rein in die und tatsächlich in die Dramatik der Erst- und Zweitsemester an der Stelle. Und Sie können sich sicherlich auch mit wenig Fantasie vorstellen, wenn jemand in einer neuen Bildungseinrichtung, einen neuen Lebensabschnitt beginnt und es ist überhaupt nichts klar und ich darf an den Ort nicht hingehen, sondern ich kriege dann irgendwann das erste Mal einen Link zugeschickt, weil vorher habe ich das in der Schule auch noch nicht gelernt, bis hin sozusagen dann wirklich in die Vernetzung zu kommen. Das ist das eine. Ich kann mich dann schon auch digital, nachdem ich weiß, wie ich dann mal Zoom, Webex – was auch immer – aufbekomme, mich in die Lehre begeben. Aber ich habe die eigene innere Leere, weil ich komme nicht in Kontakt mit den Studierenden. Ich kann keine Lernbekanntschaften, keine Lerngruppen, kein gemeinsames Aufbauen - - Es gab natürlich viele Versuche, sich auch dann zu begegnen und auch Lernräume zu schaffen, aber das war im ersten Jahr, im Besonderen der Pandemie, eine ganz große Herausforderung an der Stelle. Und dann haben wir alle Herausforderungen in einer vergleichbaren Qualität – auch letztendlich, wie sie in dem Schulbereich auch von Herrn Düll bereits beschrieben wurden –, weil auch Hochschulen an der Stelle nicht digitalisiert vorbereitet waren, weil an der Stelle es an Endgeräten fehlten, weil es an wirklich der Didaktik, der Methodik und Didaktik der Lehre fehlte. Das ist alles „by the way on the step“. Das haben andere gut hingekriegt, andere weniger gut hingekriegt, aber es war an der Stelle schlecht vorbereitet und viele Hochschulen, viele Universitäten waren wirklich auf das eigene Engagement zurückgeworfen. Dass man, wenn man von oben drauf schaut, sagt: „Wir haben ja ein gutes Krisenmanagement gehabt“, das muss man leider deutlich verneinen.

Abg. **Mechthilde Wittmann** (CDU/CSU): Ganz kurz, würden Sie sagen, dass auch der Sprung aus dem verschulten Lernen in das völlig neue studentische Lernen eine völlig abartige Herausforderung war?

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Na klar, das war eine totale Herausforderung. Es ist an sich überhaupt mit großer Aufregung verbunden, aus dem schulischen Lernen in den normalen Unibetrieb zu wechseln. Da, glaube ich, könnte Frau Kirchhoff ganz viel erzählen, die demnächst anfängt.

Der **Vorsitzende**: Dazu haben wir ja noch ein paar Runden. Dazu haben wir noch ein paar Runden. - Jetzt kommen wir zur AfD-Fraktion. Herr Ziegler, bitte.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Bevor ich anfange, noch mal ganz kurz. „Junge Menschen sind in Verantwortung gegangen.“ Das hat Herr Düll gesagt. Wissen Sie was? Die sind gezwungen worden. Die sind da reingezwungen - - Nichts von dem, was sie damals machen mussten, haben sie freiwillig gemacht. Sie sind vorher nicht gefragt worden. Wenn Sie jetzt sagen, sie sind in Verantwortung gekommen, dann ist das wirklich ein brutaler Euphemismus. Da sollte man sich wirklich überlegen, ob man sowas benutzt. Wenn Sie mit dieser Altersgruppe noch mal sprechen würden, ob die das alles freiwillig gemacht haben, dann würden Sie sicherlich etwas anderes hören. Aber das nur mal so kurz zur Erklärung. Die Union, die SPD hat jetzt hier im Vorfeld gesagt, sie würden sich heute schützend vor die Befragung einer Minderjährigen stellen. Ich frage mich: Was haben Sie denn damals gemacht? Niemand von Ihnen ist schützend vor die Minderjährigen getreten. Das haben Sie nicht gemacht. Niemand hat gesagt: „Wir müssen diese Maßnahmen beenden“, obwohl man hätte wissen können, dass die Maßnahmen für Kinder und Jugendliche völlig übertrieben waren. Sie haben das nicht gemacht. Sie hatten eine Bundeskanzlerin, die hat gesagt: „Man könnte doch vor offenem Fenster Kniebeugen machen“. Das sind Ihre Antworten gewesen damals. Das waren Ihre Antworten. Erzählen Sie uns doch heute nicht, dass Sie sich schützend vor die Jugendlichen stellen. Damals hätten Sie es machen müssen. Sie haben es aber nicht getan. Darüber müssten Sie - - Wir wollen niemanden einsperren. Wir wollen niemanden einsperren, Herr Müller. Damit auch alle hören, wer hier - - Ja, Herr Müller, Verantwortung übernehmen, bedeutet auch, rückblickend mal zu überlegen, was wir verkehrt gemacht haben. Das würde mir persönlich ja schon reichen. Das würde mir reichen. Vielen Dank. Meine Frage geht an die Frau Siber: Wie präsent sind Ihnen die Erlebnisse von damals heute noch? Gibt es bestimmte Situationen, an die Sie sich heute noch besonders deutlich erinnern?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ich habe natürlich das meiste jetzt schon versucht auszublenden und einfach stehen und liegen zu lassen. Aber natürlich ist mir aufgefallen, wenn ich jetzt zum Beispiel versuche, neue Freundschaften zu knüpfen oder neue Leute kennenzulernen, dass ich mich natürlich extrem erstmal zurückhalte und es mir schwerfällt, irgendwie mit anderen Leuten zu reden. Ich habe bis heute noch Albträume ab und zu von der damaligen Zeit, weil es halt für mich und viele anderen damals nicht einfach war.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Nachfrage: Wenn Sie heute Menschen mit Masken auf der Straße sehen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, macht das noch was mit Ihnen? Oder blenden Sie das aus?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Also ich habe da nur eine Frage, und zwar: Wieso? Mehr sage ich dazu nicht.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Danke. Ich habe Ihr Statement gelesen. Sie sagten „Ich musste“ – da wird Ihr Schulalltag früh beschrieben – „Ich musste in der Ecke der Klasse sitzen, allein hinter einer Plexiglaswand. Diese Wand musste ich morgens mit in den Klassenraum tragen und am Nachmittag wieder wegräumen“. Sie haben also die Wand, hinter der Sie sitzen mussten, selber aufstellen müssen, haben sich dann hinter die Wand gesetzt und haben da den ganzen Tag den Unterricht mitmachen müssen? Ist das richtig so?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja, genau.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Sie saßen also als einzige in Ihrer ganzen Klasse hinter der Plexiglaswand?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Hat der Rest Ihrer Klasse jemals dazu was gesagt? Haben da Ihre Mitschüler vielleicht gesagt: „Finde ich nicht so

gut, dass du da sitzen musst“ oder haben die darauf nicht reagiert?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Die sind darauf nicht eingegangen.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Und die Lehrer haben das damit begründet, weil Sie keine Maske tragen und Sie eventuell infektiös sein könnten? Oder was? Wie ist das gelaufen?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja, genau.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): In der letzten Enquete-Kommission hatte der Herr Dimov erklärt, dass die Corona-Tests teilweise in der Schule stattgefunden haben. War das bei Ihnen in Ihrer Schule auch so, dass dort vor dem Unterricht getestet worden ist?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja, jeden Morgen vor dem Unterricht einmal und falls jemand positiv war, hatten wir einen Mini-Lockdown quasi. Also die ganze Schule wurde dann für einen Tag dichtgemacht oder die ganze Klasse.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Muss ich mir das so vorstellen, dass Sie als Neunjährige oder Zehnjährige sich ein Stäbchen in die Nase machen mussten?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Die ganze Klasse?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja, genau.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Und dann wurde der Test vor der ganzen Klasse quasi ausgewertet, wer eventuell positiv ist oder wer nicht?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Und die sind dann an dem Tag nach Hause geschickt worden?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Wenn er positiv war, ja.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Wie hat sich das angefühlt für Sie jetzt, wenn da jemand positiv war? War das: „Gott sei Dank kann ich nach Hause gehen und muss nicht zur Schule“, oder war das irgendwas, was Sie als unangenehm empfunden haben?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Es gab viele Mitschüler, die dadurch Angst empfunden haben, als jemand positiv war.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Wir kommen zur SPD und Frau Dr. Seitzl.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Siebernik. Wir haben das ja jetzt schon mehrfach besprochen. Ich finde, der Herr Düll hat es zu Beginn sehr gut zusammengefasst. Es ging sehr viel um das Abwägen zwischen dem Recht auf Arbeits- und Gesundheitsschutz auf der anderen Seite und dem Recht auf Bildung. Ich wollte Sie fragen, ob es Ihres Gefühls nach, die Entscheidungsträger geschafft haben, einen angemessenen Mittelweg zu finden. Ich nehme an, das war im Verlauf der Pandemie auch unterschiedlich. Falls nicht, was müsste im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bei einer nächsten Pandemie besser gemacht werden?

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Der Arbeits- und Gesundheitsschutz war tatsächlich ein riesengroßes Thema. Die Frage von Gefährdungsbeurteilung der Arbeitsplätze, die ja ein implementiertes Instrument sind, daraus haben wir erst im Verlauf der Pandemie dann wirklich gelernt, damit umzugehen und diese Instrumente jetzt so zu nutzen, um egal - - es sind ja hier schon mal Beispiele aufgezeigt worden, was es für mögliche Situationen auch geben kann. Wir müssen uns sicher sein: Wie funktionieren die Systeme? Wir müssen uns sicher sein, dass die Menschen, die Pädagog/-innen, die Beschäftigten an der Stelle ein Recht darauf haben, gesund zu bleiben am Arbeitsplatz. Sie waren genauso verunsichert, wie die gesamte Gesellschaft an der Stelle verunsichert war. Die Angst vor Ansteckung war unter den Kolleg/-innen genauso weit verbreitet, wie aber auch das große Bedürfnis, sicherzustellen, dass das Recht auf Bildung möglich gemacht wird, unter den Bedingungen, dass viele Kolleginnen damals noch nicht mal eine dienstliche E-Mail hatten und von eigenen Endgeräten ganz die Rede. Von daher der Arbeits- und Gesundheitsschutz - - zu investieren in Gebäude - - und wir haben heute noch Gebäude, wo sich keine Fenster öffnen lassen, weil wir von Sanierungsstau reden, wir reden von

Luftfiltermöglichkeiten der Räume, die wir in infektiösen, pandemischen Krisen dringend brauchen, weil die Erkenntnis da ist: Die Bildungseinrichtungen müssen offenbleiben. Wir brauchen einen Personalschlüssel in dem Bereich der Bildung, der auch Wechselunterricht, Vormittags- und Nachmittagsunterricht, Digitalunterricht auch zulässt. Jede Fußballmannschaft hat die Ersatzbank und in Schulen sind wir Spitz auf Knopf genäht. Eine Kollegin fällt aus und schon ist das Problem einfach groß. Es gibt viele Stellschrauben an der Stelle, die notwendig und wichtig sind und es ist genauso gepaart mit der technischen Ausstattung, die da eben dringend und zwingend einhergehen muss.

Abg. **Dr. Lina Seitzl** (SPD): Vielen Dank. Meine nächste Frage geht an Herrn Professor Wößmann. Sie hatten vorhin über verschiedene Maßnahmen des Bundes auch gesprochen, verschiedene Programme, die wichtig waren und sind. Es gab von der Bundesregierung, dem damaligen BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend], das Investitionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ mit einem Volumen von zwei Milliarden Euro. Wie bewerten Sie dieses Programm und können Sie dazu was sagen?

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Ja, ich glaube, das Programm hat tatsächlich nicht sehr gezielt angesetzt daran, das, was verloren gegangen ist, aufzuholen. Man wollte es damals sehr unbürokratisch und unproblematisch machen – was ja auch sympathisch ist –, aber es hat dann dazu geführt, dass eigentlich, wer auch immer wollte, Mittel beantragen kann und Mittel vergeben wurden. Das Einzige, was an Evaluierung da gemacht wurde, war später eine Liste der geförderten Programme zu setzen. Es hat da eben gerade nicht – wo wir vorhin darüber gesprochen haben – Dinge gegeben, wie zunächst zu gucken: Wo sind die größten Belastungen im kognitiven Bereich, im emotionalen Bereich? Und dann zu gucken: Wie können wir da fördern und wie können wir das wieder aufholen? Es hat tatsächlich da Unterstützung für Programme gegeben, die plattdeutsch gemacht haben und ich finde da – bei aller Liebe für solche Programme – ist aber die Ernsthaftigkeit aufzuholen, was in Corona verloren gegangen ist, nicht gegeben gewesen und da hätte man sicherlich anders rangehen müssen. Ich möchte zusätzlich dann auch dazu sagen, solange eben - - Wenn die Länder immer betonen, dass sie die Kultushoheit haben, dann muss man schon sagen, dass sie auch in dem Bereich dafür zuständig sind, diese Dinge eben gezielt anzugehen. Der Bund mag vielleicht durch entsprechende Programme da finanziell unterstützen, aber er darf ja gar nicht gezielt da reingehen. Das gleiche gilt zum Beispiel für den „DigitalPakt“. Und ich glaube auch da müssen wir natürlich – wenn das eine Daueraufgabe ist – einfordern, dass die Länder ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung nachkommen und auch klar sagen, wie sie damit umgehen möchten.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wer fragt? Frau Loop.

Abg. **Denise Loop** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde das Stichwort gerne aufnehmen, weil wir haben jetzt viel über junge Menschen im schulischen Kontext gesprochen, aber ich glaube, der außerschulische Kontext - - und da ist dieses Programm auch sehr sehr wertvoll gewesen, nicht nur junge Menschen als Schülerinnen und Schüler zu nehmen, sondern auch als junge Menschen, die sich engagieren in zum Beispiel Jugendverbänden. Deswegen wäre jetzt das Stichwort an Wendelin Haag vielleicht auch noch mal kurz zu der Wirksamkeit und zu diesem –wirklich aus meiner Sicht, auch aus der Jugendverbandsarbeit – guten Programm, aber auch einmal zu sagen, wie haben der DBJR [Deutscher Bundesjugendring] und ihre Mitgliedsverbände die Pandemie erlebt? Was waren da die größten Herausforderungen und welche Bedeutung hatten Sie aber auch als Verbände sozusagen während der Zeit?

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Genau, vielen Dank. Ich möchte zu Beginn noch mal kurz klarstellen, dass es einen Unterschied gibt zwischen jungen Menschen miteinbeziehen, sie zu beteiligen, sie anzuhören, ihnen Frage zu stellen und sie zu instrumentalisieren. Ich hatte an der einen oder anderen Stelle hier in der Runde den Eindruck, dass besonders von einer Fraktion hier Instrumentalisierung vorliegt. Ich bin nicht ganz bei der Sicht des Professors bezogen auf die

Programme während der Pandemie. „Aufholen nach Corona“ hat es relativ unbürokratisch geschafft, dass bis hin vor Ort viele Angebote möglich und gut finanziert waren. Da haben also unsere Strukturen davon profitiert und auch ganz viele junge Menschen vor Ort. Die Herausforderung war, dass „Aufholen nach Corona“ bereits während der Pandemie endete, also das Aufholen nach Corona dadurch gar nicht möglich war. Das ist das eine. Und, dass ich eben sagen würde, diese einzelnen Programme können für ein, zwei Jahre helfen. Grundsätzlich braucht es aber eine Investition in die Infrastruktur, unabhängig von Krisen. Das macht erst Resilienz möglich. Genau. Zweitens, während der Pandemie gab es auch das Sonderprogramm „Jugend“ [Sonderprogramm Kinder- und Jugendbildung, Kinder- und Jugendarbeit], das es eben ermöglicht hat, die Jugendbildungsstätten und andere gemeinnützige Freizeit- und Übernachtungsstätten durch die Pandemie zu bringen, auch gerade durch die Lockdowns, wo sie leer stehen mussten. Und auch da ähnlich: Das hat vielen gemeinnützigen Trägern, vielen Jugendverbänden geholfen, über die Pandemie durchzukommen. Aber das endete auch viel zu früh, weil die aufgebrauchten Eigenmittel eben für die Zeit nach der Pandemie nicht zur Verfügung standen. Und vielleicht nochmal ein Switch in die aktuelle Lage. Die Bundesregierung plant ja eine Strategie für die mentale Gesundheit junger Menschen. Das halten wir für hilfreich, für notwendig, für spät – aber immerhin. Und wir haben nur die Bitte – weil sich da auch ganz viele hier in der Runde einig waren – dazu unbedingt bei der Entwicklung der Strategie eben junge Menschen aus der Bundesschülerkonferenz, aus Jugendverbänden, junge Menschen, die Sport machen etc. entsprechend zu beteiligen, dass hier der Bedarf wirklich an den Interessen, Anliegen und Bedarfen von jungen Menschen andockt und nicht an ihnen vorbeigeht.

Abg. **Denise Loop** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich hätte noch eine Frage. Das knüpft vielleicht auch so ein bisschen an den letzten Satz an. Das wurde jetzt auch schon öfter angesprochen, aber nochmal sehr pointiert vielleicht: Wie können wir Jugendverbände für mögliche neue Krisen und Pandemien stärken? Auch an dich, Wendelin Haag.

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Genau. Also erstmal sind ja in Jugendverbänden primär junge Menschen unterwegs und das heißt alles, was sie tun, um die Lebenswelt von jungen Menschen zu verbessern, macht das Miteinander in Selbstorganisationen junger Menschen stärker. Und da sind viele Punkte, die aktuell nicht im Koalitionsvertrag stehen: Kinderrechte ins Grundgesetz, eine signifikante Absenkung des Wahlalters, eine Reform der Jugendhilfe, die nicht unter dem Paradigma von Kürzungspolitik funktioniert. All das würde jungen Menschen helfen. Und vielleicht gerade auch da, wo sie angewiesen sind auf unsere Strukturen und das sind eben viele junge Menschen, denen das Elternhaus Dinge nicht finanzieren kann wie anderen. Für die zum Beispiel die Ferienfreizeit vor Ort das einzige Urlaubserlebnis, der einzige Freiraum ist, den sie im Jahr zur Verfügung haben.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Für die Union fragt Frau Kubbe.

SV **Carolin Kubbe**: Ja, vielen Dank. Ich würde mich ganz gerne an Frau Kirchhoff noch mal wenden. Sie hatten ja ein sehr umfassendes und fundiertes und lösungsorientiertes Eingangsstatement gegeben, da würde ich gerne ansetzen wollen. Aus Ihrer Perspektive der Bundesschülerkonferenz: Welche Formen des Unterrichts und der Kommunikation und auch der Unterstützung haben denn Schüler in der Pandemie besonders unterstützend empfunden? Und was können wir dafür auch dauerhaft erhalten, beziehungsweise sollte vielleicht auch in den Schulalltag integriert werden?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Also ich glaube, was wir vor allem von der Lernform in der Pandemie gesehen haben, ist sehr viel selbstorganisiertes Lernen. Und das ist auch was, was wir gerade in verschiedensten Studienlagen immer wieder sehen, dass selbstorganisiertes Lernen sich extrem positiv auch auf Stress auswirkt, sich darauf auswirkt, Selbstwirksamkeit zu fühlen und zu spüren und ich glaube, dass das auf alle Fälle eins der wichtigsten Formate ist, die wir mit in den Schulalltag integrieren müssen. Wir können nicht mehr Schule machen, indem eine Lehrkraft vorne steht und 30 Menschen einfach nur einen Vortrag hält, sondern die Menschen müssen tatsächlich ins Tun kommen. Dazu zählt, dass Lehrkräfte natürlich die Zeit haben, entsprechende Formate zu entwickeln, dass es die Ausstattung dafür gibt,

sowohl räumlich, also da geht es ja auch darum, dann Gruppenarbeiten zu ermöglichen etc. Da geht es aber natürlich auch darum, dass das Wissen dann vorhanden ist. Und wir glauben aber, dass selbstorganisiertes Lernen an der Stelle ein sehr essentieller Schlüssel dafür ist. Was dabei aber nicht vernachlässigt werden darf, ist, dass damit es tatsächlich selbstwirksam ist und Resilienz schaffen kann, diese ganze Kommunikation dazu und auch Lernen auf Augenhöhe stattfinden muss. Lehrkräfte und Schüler/-innen müssen einen gemeinsamen Lernweg bestreiten und es ist nicht ein „Ich erkläre dir jetzt die Welt“, sondern „Wir finden gemeinsam raus, was interessiert dich, wie funktionieren Dinge“ und dann ist, glaube ich, ein ganz, ganz essentieller Schlüssel, dass wir wirklich Schule als Ort des gemeinsamen Lernens verstehen auf Erwachsenen- und Kinderseite.

SV **Carolin Kubbe**: Vielen Dank. Die Pädagogen unter uns wissen wahrscheinlich, was selbstorganisiertes Lernen ist. Können Sie kurz einen Einblick geben, vielleicht für die Allgemeinheit? Danke.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Genau, selbstorganisiertes Lernen, da geht es im Endeffekt darum, dass ich mich als Schüler/-in selber mit Inhalten auseinandersetze, also eben nicht dieses klassische Frontalmodell habe, sondern dass ich mir Themen suche, gegebenenfalls Anstöße bekomme, vielleicht gibt es irgendwie gewisses Informationsmaterial. Je nach Auslage geht es auch darum, tatsächlich am Ende die Leistungen oder die Leistungsüberprüfung selber zu gestalten: Mache ich eine Facharbeit, mache ich einen Film, schreibe ich eine Klausur? Das sind dann Dinge, die beim selbstorganisierten Lernen auch mitgedacht werden können, dass man sozusagen schaut: „Wie eigne ich mir das Wissen an?“ Und das mache ich selbstständig. Also ich bringe mir selber Dinge bei und habe eine Lehrkraft, die ich fragen kann. Und wie zeige ich am Ende auch, dass ich was gelernt habe?

SV **Carolin Kubbe**: Das bedeutet, wir sprechen über das individualisierte Lernen, weil Lernen ja doch was sehr Individuelles für jede Person ist und am Ende dann auch Überprüfungsformate im Zeitalter der KI - - dass wir dahingehend nochmal Änderungen und Anpassungen vornehmen müssen.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Auf alle Fälle.

SV **Carolin Kubbe**: Ein weiterer Themenschwerpunkt in der Bundesschülerkonferenz ist ja die Resilienz.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ja.

SV **Carolin Kubbe**: Und es gab natürlich große mentale Belastungen und wurde aus Ihrer Sicht etwas, was schon frühzeitig aufgegriffen wurde für Schülerinnen und Schüler in Angriff genommen? Und was müssten vielleicht Schulen in einem Krisenfall grundsätzlich als Mindeststandards haben, um auch gut und respektabel reagieren zu können?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich glaube, damit Schulen in der Krise vor allem im Bereich der mentalen Belastungen sicher oder gut reagieren können, müssen wir Schule endlich als Schutzfaktor verstehen. Was aktuell ja die Lage ist, ist, dass Schule ein Risikofaktor für Kinder und Jugendliche darstellt. Schule ist eher Belastung als Entlastung und genau das müssen wir umdrehen. Schule muss ein Raum werden, wo ich gerne hingehe, wo ich gerne lerne, wo ich gegebenenfalls auch Zuflucht finde. Weil natürlich viel Belastung in der Schule passiert, aber auch im Elternhaus oder eben in dem aktuell sich als dritten Raum auftuenden Internet. Das ist ja genau das, was aus der Kürzung der dritten Räume erfolgt ist, dass man viel Kommunikation und Freizeit ins Internet verlagert hat und das muss natürlich auch aufgefangen werden. Damit man das ordentlich einordnen und die Kompetenzen an die Hand geben muss, brauchen wir auf alle Fälle Schule als Ort. Ich glaube, das ist einer der großen Schlüssel. Beim Thema mentale Gesundheit brauchen wir natürlich aber auch die Ressourcen in Schule an sich. Wir brauchen multiprofessionelle Teams, Lehrkräfte, die sensibilisiert sind – das Thema Medienkompetenz habe ich gerade schon angesprochen. Ganz konkret sind unsere zehn Forderungen am Ende als Bundesschüler/-innenkonferenz ja auch gerade im Rahmen der Kampagne „UNS GEHTS GUT?“ nochmal verankert, wo wir ja auch nicht allein dastehen, sondern wo ja auch einige von den Akteuren, die hier mit am Tisch sitzen, dabei sind, wo es auch

nochmal konkretere Ideen gibt. Ich glaube, langfristig ist wichtig, dass alle diese Themen in Verantwortung des Bundes gesehen werden müssen und in Verantwortung der Länder und in Verantwortung der Kommune. Das, was aktuell ja passiert ist, dass sich die Verantwortung – für zum Beispiel auch das Thema Schulsozialarbeit – zwischen Kultus und Sozialem oft hin und her geschoben wird auf jeglichen Ebenen und genau das müssen wir stoppen. Wir müssen da endlich zusammenarbeiten und sehen, dass dieses ganze Thema Bildung kein Bildungsthema an sich ist, sondern dass es ein gesamtgesellschaftliches Thema ist, was wir politisch betrachten müssen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Für die AfD fragt wer? Frau Dr. Pfeil, bitte.

SV **Dr. Beate Sibylle Pfeil**: Ich möchte zur vorigen Befragung noch kurz nachschieben. Ich habe den Eindruck, hier werden Themen diskutiert, die der zweite Schritt waren, bevor der erste gemacht wurde und deshalb möchte ich hier nochmal ganz klarlegen: Von Kindern ging keine relevante Infektionsgefahr aus. Damit ist das gesamte Konstrukt der Maßnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen an Schulen verfassungsrechtlich nicht akzeptabel. Es wurde keine ausreichende Folgenabschätzung vorgenommen. Es gab Zweifel an der Wirksamkeit der Tests. Es gab Zweifel an der gesundheitlichen Unbedenklichkeit der Masken und damit hätte man diese Maßnahmen einfach nicht erlassen dürfen. Sie alle haben Verantwortung für Kinder und Jugendliche übernommen, die Sie hier geladen sind, deshalb möchte ich Sie bitte daran erinnern. Und der letzte Punkt. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Hass und Hetze wesentliche Themen sind und ich erlebe hier und jetzt, dass die Aussagen von der Frau Siber hier anscheinend nicht aufgegriffen werden. Mir geht es tatsächlich darum: Wie kann man solche Situationen in Zukunft verhindern, auch gegenüber Lehrern, die sich hinter ihre Schüler gestellt haben? Und das ist keine Instrumentalisierung. Es geht, Herr Düll, nicht um Maskenverweigerer, sondern um Maskenbefreite und die dürfen nicht solchen Diffamierungen ausgesetzt werden.

Der **Vorsitzende**: Entschuldigung, halten Sie mal kurz die Uhr an, bitte. Sie können gleich dazu was sagen, Frau Dr. Baum. Frau Dr. Pfeil, das finde ich so ein bisschen schwierig im Umgang. Jetzt haben Sie ihn angesprochen, aber keine Frage gestellt. Ich finde das so ein bisschen schwieriger Umgang mit Menschen, die hier sind, weil ich finde das dann auch okay, wenn er eine Antwort geben dürfte. Deswegen würde ich Sie bitten zukünftig - - Sie dürfen Statements zu allem geben, das ist völlig okay, aber dann vielleicht auch den Menschen, den Sie ansprechen, auch die Chance zu geben, darauf zu antworten, weil das ist, glaube ich, ein fairer Umgang miteinander.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Das übernehme ich dann vielleicht.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Frau Dr. Baum. Und dann machen wir die Zeit weiter.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Aber zuerst möchte ich noch mal auf die Frage von Herrn Ziegler eingehen, der ja alle Fraktionen angesprochen hat. Wo war denn eigentlich Ihr Mitgefühl und Ihre Empathie gegenüber den Jugendlichen in der Corona-Zeit? Ich kann Ihnen eine Situation schildern, die ich erlebt habe. Ich war ja damals im Gesundheitsausschuss in Baden-Württemberg. Im September 2020 wurde nämlich dort eingeführt, dass die Kinder in den Schulen Masken zu tragen haben. Ich erinnere mich genau an die Sitzung im Gesundheitsausschuss. Und ich habe alle angesprochen: „Sie haben doch auch Kinder und Enkel. Das können Sie doch unseren Kindern nicht antun, dass sie acht Stunden lang Masken tragen müssen.“ Ich habe nur in leere Gesichter geschaut. Ich habe keine Antwort bekommen. So viel nur mal am Rande. Und jetzt möchte ich bitte nochmal Yukiko fragen. Yukiko, was oder wer hat Ihnen damals geholfen, diese schwierige Zeit zu überstehen?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Tatsächlich meine Eltern und meine Geschwister.

Abg. **Dr. Christina Baum** (AfD): Und jetzt komme ich zu Herrn Düll. Jetzt dürfen Sie nochmal. „Man konnte es nicht besser wissen“, haben wir heute auch schon mehrfach gehört. Ich glaube auch von Ihnen. Das ist aber falsch. Ich gehe davon aus, dass Sie – Sie haben sich ja sehr intensiv mit allem beschäftigt, haben Sie ja gesagt – die COPSY-Studien kannten zum psychischen Befinden der Kinder und Jugendlichen. Die erste gab es im Mai und Juni 2020. Die zweite im Dezember 2020 bis Januar 2021. Die dritte im September bis Oktober 2021. Und es gab noch mehrere. Alle haben

festgestellt, wie stark die Kinder und Jugendlichen darunter leiden. Also es war bekannt. Außerdem wurde heute auch schon mehrfach auf die Kinderkommission eingegangen. Professor Klundt wurde zitiert. Auch er sprach eindeutig im September 2020 im Deutschen Bundestag von der Kindeswohlgefährdung, die man damit heraufbeschworen hat durch diese Maßnahmen. Und jetzt frage ich Sie: Wie können Sie oder wie kann hier behauptet werden, man konnte es nicht besser wissen? Es ist definitiv nicht so gewesen.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Ich habe die Diskussion verfolgt. Ich war in der Diskussion beteiligt, vor Ort, aber auch in der Verbandsarbeit. Man wusste vieles nicht und vor allem: Man muss eine Entscheidung treffen. Man muss bewerten, auch wenn man wissenschaftliche Fakten hat. Und ich möchte darauf aufmerksam machen, Wissenschaft heißt auch, dass man einen Diskurs hat. Und wenn Sie sich das nochmal genau anschauen, diese Jahre der Corona-Zeit, dann ging der wissenschaftliche Diskurs mal in die eine und mal in die andere Richtung. Das hat es der Politik nicht leicht gemacht – und den Verantwortlichen dann – Entscheidungen zu treffen. Der entscheidende Punkt für mich war bei all dem immer, dass wir mit Augenmaß und mit Verhältnismäßigkeit an die Dinge rangehen und die Wertschätzung für alle Menschen aufrechterhalten, die vielleicht anderer Ansicht sind oder die eine Maßnahme nicht mitgehen wollen. Für mich waren Menschen, die keine Maske getragen haben, keine Maskenverweigerer oder so. Sie haben sich gegen eine Maßnahme gestellt. Oder aber sie hatten ein Attest, weswegen sie diese Maßnahme nicht umsetzen mussten. Das war mir alles bewusst, aber ich bin natürlich auch jemand, der aufgrund seiner Position hier entsprechend damit umgehen muss. Ich bin aber auch alt genug, um zu wissen, dass Politik dann Entscheidungen trifft. Und bei diesen Entscheidungen können tatsächlich Fehler geschehen. Auch das ist etwas - - aber das entspricht auch meinem christlichen Menschenbild, dass ich sage, der Mensch ist auch fehlbar. Und deswegen sitzen wir heute hier, um solche Dinge zu besprechen. Heute ist die 30. Sitzung und Sie werden noch weitere Sitzungen haben und der Blick nach vorne ist für mich das Wesentliche bei der ganzen Geschichte.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. - Für die SPD Frau Professorin Kießling, bitte.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Ja, vielen Dank. Ich möchte kurz auch in einem Satz kurz ein Statement für die Sachverständigen abgeben. Die juristischen Einschätzungen, die Sie von Frau Dr. Pfeil hören, sind eine absolute Einzelmeinung und so juristisch nicht unbedingt - - geben nicht den Stand wieder, wie er sonst in der Rechtswissenschaft vertreten wird. Ich habe eine Frage zunächst an Herrn Düll, aber dann auch an Frau Kirchhoff und Frau Siebernik, jeweils aus Ihrer Perspektive und aus Ihren Bereichen. Herr Düll, Sie hatten gerade gesagt: Wir wollen ja den Blick nach vorne wenden, schauen aber natürlich auch deswegen zurück und schauen, was ist damals vielleicht nicht ideal gelaufen, wie können wir das verbessern, auch mit Blick auf eine nächste Pandemie. Also wir können uns fragen: Welche Maßnahmen aus der damaligen Zeit würde man wieder ergreifen? Welche würde man ausdrücklich nicht nochmal wiederholen? Was würde man im Schulwesen, aber auch ansonsten im Bildungs- und Betreuungsbereich strukturell verändern? Ich möchte die Frage aber auch darauf zuschneiden – die nächste Pandemie kann ja vielleicht auch ein bisschen anders aussehen und zum Beispiel Kinder und Jugendliche - - auch besonders gefährlich für diese Personengruppe sein. Also es kann ein Erreger sein, wo gerade Kinder und Jugendliche zur Risikogruppe gehören und dann sind vielleicht die Überlegungen, die wir aus der Corona-Pandemie machen und dann nach vorne schauen gar nicht mehr passend, nicht mehr vollständig. Deswegen würde ich Sie gerne fragen, Sie alle drei, ob Sie auch in der Hinsicht aus Ihrer Sicht sich Gedanken gemacht haben, wie wir eben das Bildungssystem auf Pandemien vorbereiten können. Herr Düll, Sie können gerne anfangen.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Also ich denke, wir werden uns nicht allein auf eine neue Pandemiesituation einstellen müssen, sondern wir müssen Schule und Gesellschaft stark machen mit Herausforderungen, die gesamtgesellschaftlich auch schlagartig auftreten können, umgehen zu lernen. Das ist auch dieser sogenannte „All-Gefahren-Ansatz“. Das heißt, ich sollte lauter Maßnahmen ergreifen, die ich auch an anderer Stelle wieder nutzen kann. Deswegen ist es aus meiner Sicht – und darum

stelle ich diese Forderung immer wieder auf – notwendig, dass Schulen oder zumindest größere Einheiten – die meisten weiterführenden Schulen sind ja groß, Grundschulen können sehr klein sein –, dass es da Sicherheitsbeauftragte gibt, und zwar solche, die auch Zeit dafür haben, sich da entsprechend drum zu kümmern. Mit den Blaulichtorganisationen, die sich um den Schulsanitätsdienst kümmern können, der aus Schülern besteht – tolle Sache übrigens –, die Konzepte für die Schule machen, die aber auch die Gefährdungsbeurteilungen machen, wie sie vorhin angesprochen worden sind, am Arbeitsplatz. Alles Dinge, dass ich Strukturen habe, mit denen ich umgehen kann. Und ich bin der Meinung, Schule ist kritische Infrastruktur. Beziehungsweise, sie ist es zumindest in der Hinsicht, dass es notwendig ist für eine zukunftsorientierte Gesellschaft – und das sind wir ja wohl –, dass Bildung auch in Zukunft funktioniert. Das heißt, sie muss weiterlaufen, die Bildung. Und es muss möglich sein, dass Eltern an ihren Arbeitsplatz gehen können. Insofern hat Schule ja auch einen Betreuungscharakter. Das alles ist sehr wichtig, und insofern würde ich sagen, Schulen gehören zu KRITIS [Kritische Infrastrukturen] mit dazu, nicht nur Hochschulen oder Museen, sondern Schulen zuvorderst.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Frau Kirchhoff, ich würde Sie gleich - - wir haben ja sonst auch noch die nächste Runde, dann haben Sie ganz viel Zeit. Können Sie noch einmal, Herr Düll, was zu diesen Sicherheitsbeauftragten sagen? Gibt es dafür Regelungen?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Normalerweise hat jede Schule einen Sicherheitsbeauftragten, eine Person. Und das Klassische, wo Sie es als Schüler alle selber erlebt haben, ist, wenn die zwei Feueralarme stattfinden im Jahr. Aber darauf kann man es nun wirklich nicht beschränken. Ich habe bei mir in der Schulleitung jemanden, der für Sicherheit zuständig ist. Der kümmert sich auch um Amokprävention und was es alles da so gibt. Das ist ein großer Bereich. Der ist wahnsinnig wichtig, wie ich meine, und ich finde es absurd, darum habe ich das vorhin gesagt, dass für den Datenschutzbeauftragten eine Stunde Entlastung da ist, für den Sicherheitsbeauftragten aber nicht. Der hat wahnsinnig viel eigentlich zu tun, und das muss man irgendwie honorieren. Und je kleiner eine Schule ist, umso schwieriger ist es, hier Entlastung für den zu finden oder diese Person zu finden.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Danke schön.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich bin fix. Genau: Was wiederholen? Ich glaube, was in der Wiederholung wichtig ist, ist, dass wir – solange wir keine finalen Evidenzen haben und keine finalen wissenschaftlichen Erkenntnisse – erst mal nach einem Schutzgedanken handeln. Ich glaube, das ist was, was sehr grundlegend ist und was auch in der Pandemie durchaus sinnvoll war, dass wir erst mal schauen: Wie schützen wir den Großteil unserer Gesellschaft? Und dazu haben auch die Schulschließungen gezählt. Das war ein wichtiger Schritt. Im Nachhinein kann man natürlich immer alles besser einordnen. Im Nachhinein wissen wir, wie hoch ansteckend Kinder und Jugendliche waren oder nicht. Ich glaube aber, solange diese Datenlage nicht basiert, macht es Sinn, Kinder und Jugendliche auch als Gruppe an sich gegebenenfalls vor sich selbst zu schützen. Was würde ich anders machen? Mehr Partizipation. Wie bereiten wir das System besser vor? Ein grundsätzliches Umdenken. Wir müssen besser investieren. Wir brauchen mehr Sicherheit beim Thema Personal und Ausstattung.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Genau, es gibt ja noch eine nächste Runde. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Loop bitte.

Abg. **Denise Loop** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Amy Kirchhoff. Und zwar: Was haben wir Erwachsene aus der Politik auch mit Blick auf junge Menschen und die Pandemie noch nicht so richtig verstanden? Vielleicht ein bisschen provokativ auch, aber doch mal die Möglichkeit, alles loszuwerden.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Was wurde noch nicht verstanden? Ich glaube, es wurde am Ende noch gar nicht verstanden, wie krass die Auswirkungen dieser Pandemie heute noch sind. Also wir haben irgendwie zwei, drei Jahre nach Pandemieende noch gesagt: „Ja, wir machen immer noch Nachteilsausgleich und ihr habt zum Abitur eine halbe Stunde mehr Zeit oder zum Real- oder Hauptschulabschluss“ und damit hat sich alles ausgeglichen, was irgendwie verpasst wurde. Und

ich glaube, dass aber genau das eigentlich zu kurz gedacht ist. Also, dass wir nicht immer noch aktuell Nachteilsausgleiche machen. Zum Beispiel ist einer der Punkte, wo ich sagen würde: „Na ja, Chance verpasst“, weil die Kinder und Jugendlichen, die heute ihr Abitur schreiben, die dieses Jahr ihr Abitur schreiben, die auch 2028, 2029 noch Abi schreiben, auch die hatten krasse Einschnitte in ihrer Bildung durch die Schulschließungen, durch die fehlende Lehrkräfteausstattung etc. Und ich glaube, dass das einfach aktuell gar nicht so krass bewusst ist. Ich glaube, ein Teil, der auch nach wie vor - - wo es immer noch nicht so ganz angekommen ist, ist das ganze Thema der dritten Räume. Und wie stark heutige Kürzungen und dass wir heute immer noch einen so schlecht aufgestellten Kultursektor haben, wie stark das damit zusammenhängt und welche Auswirkungen das hat, seitdem wir Corona haben. Dass der Kulturpass zum Beispiel gekürzt wurde, ist, glaube ich, eine der dramatischsten Sachen für Kinder und Jugendliche. Das war eine wahnsinnig gute Sache, um da wieder ein bisschen Anschub reinzubringen. Das haben wir nicht mehr. Wir haben nicht mehr die Möglichkeit, Kulturgut zu besuchen. Kultur wird immer teurer, beziehungsweise auch einfach immer seltener. In meinen paar Jahren, die ich in Meißen ja dann doch noch jugendlich und ohne Corona-Pandemie aufgewachsen bin, haben von fünf Bars vier zugemacht und es gibt noch die eine Stammtischkneipe. Und wenn man da halt nicht hingehen will, dann kann man halt nichts machen, außer in die nächste Großstadt zu fahren, was aber wieder ein riesiger Kostenfaktor ist. Also ich glaube, diese Auswirkungen – vor allem in diesem soziokulturellen Bereich –, die sind auch nach wie vor extrem spürbar und da haben wir aktuell extrem schlechte politische Antworten drauf, weil die bestehende Infrastruktur – zum Beispiel auch an Schule – nicht als Konterpunkt gesetzt wird, sondern der Schulhof wird halt um 16 Uhr abgeschlossen, dann kommt da niemand mehr drauf, obwohl wir genau da halt erste Ansätze bringen könnten, Raum auch für Schüler/-innen zur Verfügung zu stellen, den zu gestalten.

Abg. **Denise Loop** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht, um nochmal die nicht-schulische Perspektive zu haben: Wendelin Haag auch nochmal die gleiche Frage – auch sozusagen als Berufsjugendlicher jetzt in der Form.

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Genau, mir kam jetzt gerade an mancher Stelle zu kurz, dass junge Menschen auch dankbar dafür waren, dass ältere Menschen geschützt wurden und auch, dass Gleichaltrige mit Vorerkrankungen geschützt wurden durch Maßnahmen. Und wäre es da gelungen von Anfang an die Jugendminister/-innen, den Jugendausschuss, die Jugendverbände, die Bundesschülerkonferenz mit einzubeziehen, auch in den Krisenstäben oder in der Beratung, wären die Prioritäten und die Details, die dann viel entschieden haben vor Ort, nochmal jugendfreundlicher ausgefallen. Was unseren jungen Menschen sehr wichtig ist, ist, dass die Pandemie enorme Reichweite und Nachwirkungen hat, aber dass sie als Krise nicht alleine steht, sondern es gibt nach wie vor die Klimakrise, die von manchen geleugnet wird, von allen anderen aber noch zu wenig bekämpft. Vor der sorgen sich junge Menschen. Es gibt wieder Kriege, auch in Europa und die Frage, wie wir uns da als Gesellschaft gegen Antidemokraten, autoritäre Staaten, Imperialismus resilient machen, ist auch ein Thema von jungen Menschen, das obendrauf kommt. Die Angriffe auf die Demokratie innerhalb des Landes hatte ich angesprochen. Wir haben als Jugendverbände mit der „Bedrohungsstudie“ nachweisen können, dass ein Drittel der Jugendverbände gerade durch rechtsextreme Angriffe Druck erlebt. Auch da sitzen junge Menschen, die das aushalten müssen. Und zu guter Letzt, die Pandemie war auch eine Phase, wo national viel gehandelt wurde und zu wenig europäisch und international. Und für junge Menschen ist Europa Lebensrealität und viele hätten sich an der Stelle gewünscht, dass zum Beispiel eine Grenzschließung zwischen Baden-Württemberg und dem Elsass nicht erfolgt wäre. Und zu guter Letzt, drei Zielgruppen: Von Armut betroffene junge Menschen, junge Menschen mit Migrationshintergrund und queere junge Menschen, die per se schon unter Druck stehen in ihrer Lebensrealität und die besonders betroffen sind und jetzt besonders gefördert gehören.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. - Für die Union, Frau Kubbe.

SV **Carolin Kubbe**: Zunächst würde ich Herrn Düll nochmal das Wort geben. Ich glaube, Ihr Statement war noch nicht ganz zu Ende geführt.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Das wäre was zu SOL [Selbstorganisiertes Lernen] gewesen.

SV **Carolin Kubbe**: Sehr gern.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Gut. Wir müssen auf jeden Fall darauf achten bei dieser Thematik, dass wir alle Schulformen im Blick behalten. Das heißt, wir müssen uns davor hüten, dass wir nur über Gymnasien reden oder vielleicht Gesamtschulen mit Abiturgängen. Wir sollten alle Schularten anschauen. Und natürlich ist eine Grundschule, wo ich gerade erst lesen und schreiben lerne, in einer komplett anderen Situation als die 13.-Klässler eines bayerischen oder württembergischen Gymnasiums. Das muss einfach bewusst sein. Und was das selbstorganisierte Lernen angeht: Es gibt auch jene Studien, die darauf hinweisen, dass gerade Menschen, die nicht aus den besten Unterstützungsbedingungen kommen oder die einfach von Natur aus, von ihrem Wesen her so nicht sind, dass es für die schwierig sein kann, sich selbst zu organisieren. Das ist also nicht das Allheilmittel, sondern es ist etwas, wo ich hingeführt werden muss. Und beim einen geht es recht zügig, beim anderen geht es äußerst langsam.

SV **Carolin Kubbe**: Vielen Dank. Frau Kirchhoff hatte ja gesagt, es hängt mit den kompetenten Lehrkräften zusammen. Das wäre ein guter Ausgangspunkt. Herr Haag, ich würde ganz gerne fragen wollen: Sie hatten ja zu Recht für den Bundesjugendring gefordert, dass außerschulische Bildungsorte weiterhin und auch in künftigen Krisen mitgedacht werden. Welche Angebote der Jugendarbeit sollen denn bei Einschränkungen als Mindestangebot gesichert werden? Und wie könnte man das gut begründen, bzw. wer sollte sich dem annehmen?

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Ich denke ja auch, dass wir Teil von öffentlicher Infrastruktur und Daseinsvorsorge für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind und entsprechend einkategorisiert werden müssten. Ich habe zum Beispiel erlebt, dass an der gleichen Jugendbildungsstätte Fortbildungen, berufliche Fortbildungen stattfinden konnten, Ferienfreizeiten für junge Menschen aber nicht. Und da hat meines Erachtens die Verhältnismäßigkeit nicht gestimmt. Was ich wichtig fände, wäre die Expertise der Menschen, die vor Ort tätig sind in der Jugendarbeit, mit einzubeziehen und ihnen einen Handlungsspielraum, Ermessensspielraum zu geben. Weil viele von uns wissen – das sagte eine Kollegin hier vorher auch schon –, welche fünf jungen Menschen aus ihrer Jugendgruppe vielleicht in dieser Phase einen Raum brauchen, den sie zu Hause vom Elternhaus nicht bekommen können. Und sei das – das haben wir gemacht – mit einzelnen jungen Menschen ein Stück spazieren zu gehen. Wir kennen da die Bedarfe und Anliegen junger Menschen bzw. wir sind so organisiert, dass die uns das auch in der Krise mitteilen.

SV **Carolin Kubbe**: Vielen Dank. Sie haben aber auch berichtet, Herr Haag, dass der ehrenamtliche Nachwuchs nach der Pandemie so ein bisschen ausblieb. Sie haben da Probleme im personellen Bereich. Was müsste denn getan werden, um die Strukturen wieder so aufzubauen wie vor Corona?

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Genau. Es gibt einfach ein, zwei Jahrgänge, die fehlen in vielen Jugendverbänden, egal ob das die THW-Jugend [Technisches Hilfswerk Jugend], die Jugendfeuerwehr, die Landjugend oder andere ist. Das berichten die alle. Das heißt aber nicht – und das ist mir sehr wichtig –, dass das Engagement junger Menschen zurückgegangen ist. Wenn wir uns die Zahlen anschauen, bei denen die Jugendleiter-Cards besitzen, da sind wir bald wieder auf Vor-Corona-Niveau. Das Einzige, was noch ein bisschen hinterherhängt, ist eben die internationale Jugendarbeit, weil es da länger braucht, das aufzubauen. Ich kann die Frage nur für die Bundesebene wieder so beantworten, dass es eine Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendplan des Bundes braucht und damit ist ein wichtiger Teil erfüllt. Die Länder und Kommunen sollten aber jetzt – auch, wenn irgendwie die Kasse wenig gefüllt ist – da noch mal drauf schauen, ob sie wirklich vorrangig nach der Pandemie jetzt die Interessen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Selbstorganisation als Priorität im Haushalt anerkennen können.

SV **Carolin Kubbe**: Noch mal auf die Schnelle: Außerschulische Bildung ist durchaus natürlich auch ein großes Thema in Schule und schulischer Bildung. Schweben Ihnen vielleicht Kooperationsmodelle vor, die auch gerade im

Hinblick an eine Pandemie oder schwierige Situationen gut passen würden?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich glaube, Kooperationen braucht es immer, unabhängig ob ich eine Krisensituation habe oder nicht. Ich glaube, vor allem in Krisensituationen muss geguckt werden, wo können wir uns vielleicht gegenseitig unter die Arme greifen, wo kann vielleicht das eine oder andere Kompetenzthema auch in Zusammenarbeit mit dem außerschulischen Träger stattfinden. Ich glaube, welche Träger hier ganz insbesondere zu nennen sind – abgesehen von den Engagementbereichen, die wichtig sind für Kinder und Jugendliche –: Im Betreuungssektor müssen wir ganz eng mit der Schulsozialarbeit zusammenarbeiten, die ja oft von außerhalb gestellt wird und da brauchst du dann entsprechend gute Konzepte, in denen alle vorbereitet und integriert sind. Was machen wir und wie arbeiten wir auch gemeinsam? Wie setzen wir uns gegebenenfalls auch in einem Jour fixe mal zusammen, wenn wir nicht in Präsenz gemeinsam im gleichen Gebäude sind?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Für die AfD fragt Herr Lausen.

SV **Tom Lausen**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Kirchhoff, vielen Dank erst mal für Ihre Ausführungen. Jede Maßnahme hat auch ihre Folgeschäden, ihre Möglichkeit, dass Schäden entstehen. Sie haben dennoch gesagt: Schulschließungen waren wichtig. Das war so in Ihrer Eingangsstellungnahme zu lesen. Die „Bundesschülerkonferenz.com“, bei der Sie ja die Generalsekretärin sind, die hat das am 16. März 2020 auch schon gesagt. Ist Ihnen bekannt, ob man dort gefragt worden ist, nach Folgen, die den Schülern so entstehen könnten? Denn wir haben ja heute den ganzen Tag schon zumindest durch Sie und durch Frau Siber gehört – und auch die anderen Sachverständigen –, dass es tatsächlich gesundheitliche Folgeschäden gibt. Sind Sie gefragt worden als Bundesschülerkonferenz, ob Sie eine Folgenabschätzung haben? Sind Sie eingebunden worden? Wissen Sie das?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Das habe ich auch schon gesagt. Die Bundesschüler/-innenkonferenz hat sich vor allem zum Thema der Corona-Pandemie selbstständig geäußert und war an keinen politischen Prozessen in dem Sinn involviert. Die Präsenz der Bundesschülerkonferenz hat in den Jahren insbesondere durch die mentale Gesundheitskampagne stark zugenommen. Deswegen bin ich, wie gesagt, auch sehr dankbar, dass wir heute hier sein können. Die Bundesschüler/-innenkonferenz hat damals meines Wissens nach keine Folgeabschätzung abgegeben. Es kann natürlich trotzdem sein, dass diese Frage gestellt wurde. Ich war zu dem Zeitpunkt -

SV **Tom Lausen**: Ja gut, aber das, was Sie wissen, ich weiß, Sie sind erst 25 -

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): - nicht Teil der Bundesschülerkonferenz. Es gab eine andere Generalsekretärin zu dem Zeitpunkt, die sich viel dazu geäußert hat. Das, was die Bundesschüler/-innenkonferenz gefordert hat, war abgestimmt mit dem Plenum, mit den damaligen Mitgliedsländern -

SV **Tom Lausen**: Ja, das ist ja ok, vielen Dank Frau Kirchhoff -

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): – wissenschaftlich basiert auf den Daten, die uns vorlagen.

SV **Tom Lausen**: Vielen Dank, also für mich ist es ja nur wichtig, weil Sie sagen „Schulschließungen waren wichtig“. War auch aus Ihrer Perspektive die Impfung wichtig für die Jugendlichen?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich bin keine Medizinerin und würde das jetzt einfach nicht einschätzen wollen.

SV **Tom Lausen**: Naja, Sie werden ja im Rahmen der Bundesschülerkonferenz sicherlich auch darüber mal gesprochen haben. Haben Sie darüber gesprochen, ob die Impfung für Jugendliche wichtig war? Denn Frau Siber hat ja hier geschildert, dass wegen einer nicht vorhandenen Impfung doch durchaus Mobbing entstanden ist. Deswegen frage ich Sie: Haben Sie darüber gesprochen? War das wichtig?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Wir haben über die Folgen der Corona-Pandemie gesprochen, insbesondere in Bezug auf die mentale Gesundheit.

Die mentale Gesundheit von Schüler/-innen in Deutschland ist katastrophal. Das Thema Mobbing ist in sehr, sehr vielen Punkten sehr, sehr schlimm –

SV **Tom Lausen**: In Bezug auf die Impfung und in Bezug auf Masken – bitte beantworten Sie doch das, was ich Sie frage.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Im Bereich der Impfungen ist das Thema nicht groß - - also ist am Ende des Tages so oder so egal, weil wir haben ja über die Aufarbeitung gesprochen und ob jetzt die Impfungen der essenzielle Part waren oder nicht, ist nicht an unserer Stelle einzuschätzen. Uns geht es darum, wie es Schüler/-innen ging, wie es Schüler/-innen heutzutage damit geht. Dazu kann ich Rede und Antwort stehen.

SV **Tom Lausen**: Haben Sie denn als Bundesschülerkonferenz die Impfung für die jungen Leute empfohlen?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Das können Sie gerne nachlesen. Meines Wissens nach haben wir uns dazu nicht geäußert, weil das keine schul- und bildungspolitische Frage ist. Wir als Bundesschüler/-innenkonferenz sind laut unserer Satzung für schul- und bildungspolitische Fragen zuständig und nicht für gesundheitspolitische.

SV **Tom Lausen**: Können Sie sagen – Sie waren ja selbst auch zu dem Zeitpunkt 13, wie Sie gesagt haben, sind gerade in die Oberschule gekommen, warum sich die jungen Leute um Sie herum haben impfen lassen?

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich kann nicht für andere Menschen sprechen, was diese persönliche Erfahrung angeht.

SV **Tom Lausen**: Können Sie uns Eindrücke davon schildern? Ich meine, wir haben jetzt zwei junge Leute hier, die in der Zeit dabei waren.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich sitze hier für die Bundesschüler/-innenkonferenz und als Generalsekretärin der Bundesschüler/-innenkonferenz. Ich kann Ihnen Rede und Antwort stehen auf Grundlage meiner Beschlusslage und meine Beschlusslage sieht nicht vor, mich dazu zu äußern, aus welchen persönlichen Gründen sich Menschen haben impfen lassen oder nicht.

SV **Tom Lausen**: Okay, vielen Dank. Dann würde ich gerne Frau Siber fragen. Können Sie noch mal sagen, aus welchen Gründen sich die Menschen um Sie herum haben impfen lassen?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ich würde auch einfach mal sagen, sie haben sich impfen lassen durch ihre Eltern natürlich, weil sie das selbst als Kinder noch nicht entschieden haben könnten. Ich würde auch sagen – wie ich das mitbekommen habe, von vielen Mitschülern von mir damals –, dass sie das tatsächlich auch aus Angst gemacht haben, weil sie nicht wollten, dass sie so behandelt werden wie ich damals.

SV **Tom Lausen**: Vielen Dank. Ich habe nach der letzten Kommissionssitzung auf dem Weg zu meinem Auto hier vor der Grundgesetzglaswand drei junge Leute getroffen, die im Alter von 19 bis 21 waren. Die standen vor den Grundgesetzen. Ich habe mich daneben gestellt und habe sie zu Corona befragt. Sie erkannten mich als jemanden, der in der Enquete-Kommission sitzt und fragten, warum hier keine Grafiken gezeigt werden dürfen und warum die Grünen das verboten hätten, dass hier Grafiken gezeigt würden, mit denen man Panik gemacht hat. Sind Ihnen quasi auch diese Grafiken bekannt, mit denen man quasi jeden Tag gezeigt hat, wie viele neue Infektionen da sind?

Der **Vorsitzende**: Die Fragezeit ist leider abgelaufen. Kleinen Moment. Es ist gerade behauptet worden, dass die Grünen das angeblich verhindert haben. Ich halte erst mal fest, dass die Grünen hier nicht über eine Mehrheit verfügen. Das geht einfach faktisch nicht. Es sind Mehrheitsentscheidungen und mir ist gerade vom Sekretariat noch einmal gesagt worden: Es darf gezeigt werden, aber eben nur als Tischvorlage. Das nur zur Richtigstellung von dem, was Herr Lausen gerade gesagt hat. - Und wir kommen jetzt zur SPD und es fragt Frau Professorin Kießling.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Vielen Dank. Frau Siebernik, wir hatten noch eine Frage offen.

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Vielen Dank. An der Stelle, was ist denn zu tragen? Was können wir

heute besser machen? Da will ich ganz klar an der Stelle mal den Corona-KiTa-Rat, der durch das Bundesfamilienministerium eingerichtet wurde und der tatsächlich Verbände, Gewerkschaften, Zivilgesellschaften an einen Tisch gebracht hat, hervorheben. Solche Instrumente helfen immer sich zu sehen, sich zu hören und eben auch insbesondere die Perspektive der Beschäftigten auch mit aufzunehmen. Es ist der Forderung nach einem nationalen Bildungsrat nicht entsprochen worden. Das habe ich im Eingangsstatement gesagt. Das würde ich immer wieder vorschlagen wollen, dass es sinnvoll und richtig ist, die Länder zu beteiligen und eben auch die Zivilgesellschaft, Verbände und Organisationen mit einzubeziehen, um in den Fragen zu sein. Dringend notwendig ist tatsächlich die gesamten Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes präventiv so zu implementieren, dass sie greifen können im Bedarfsfall und dass es nicht darum geht, dass sie gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass sie immer verknüpft sind mit dem Grundrecht auf Bildung und nicht gegeneinander gestellt werden. Wenn wir von Arbeits- und Gesundheitsschutz reden, dann will ich auch erinnern – ich sage mal, in unseren Bildungseinrichtungen war es damals zwingend erforderlich, um den Infektionsschutz auch anders zu gewähren – die Frage der Zwischenreinigung. Viele Schülerinnen und Schüler kennen heute die Reinigungskräfte in ihren Einrichtungen gar nicht, weil die nachts erfolgen. Wenn wir uns ein Schulgebäude vorstellen mit – was weiß ich – 400 Grundschülern, die da den ganzen Tag die Toiletten frequentieren, würde ich auch heute sagen, dass es Sinn macht, eine Zwischenreinigung von Toiletten vorzunehmen oder eben die großen Schulen - - Also solche Fragen, die ganz grundsätzlich und selbstverständlich sein sollten, die uns dann nicht vor die Frage stellen: Wie kriegen wir denn eine Zwischenreinigung ermöglicht? Ich glaube, da ist eine Menge drin, was tatsächlich umzusetzen ist, was in den Alltag zu übertragen ist. Es braucht das gesamte Dorf, damit wir Kinder gut groß werden lassen. Und die Frage von Kita-Sozialarbeit, die Frage von sozialen Orten im Kiez – wie können wir sozusagen auch das Schulgelände nach 16 Uhr zugänglich machen, damit dann auch Jugendorte entstehen können? Wie können wir aus Kindertageseinrichtungen Familienzentren werden lassen, damit hier wirklich Orte sind, wo der Kiez beteiligt ist, wo die Menschen, die da vor Ort zu Hause sind, die Bildungseinrichtungen eben auch als ihre Einrichtungen leben und verstehen? Es gäbe viel, viel Musik und da glaube ich, könnte ich mit Herrn Haag hier noch eine ganze Weile darüber reden, wie das auch gehen könnte.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Ja, vielen Dank. Das mit der Sozialarbeit, das hatte ja vorhin auch Frau Kirchhoff, glaube ich, am Ende gesagt mit der Schulsozialarbeit. Deswegen würde ich Sie auch gerne noch mal fragen – und sonst können die anderen auch gerne ergänzen –, wie das mit der Schulsozialarbeit an der Stelle geklappt hat. War das was, was auch was auffangen konnte? Oder ist das auch - - Also so wie Sie das jetzt aus Ihrer Perspektive sagen können, es gibt natürlich bundesweit wahrscheinlich sehr große Unterschiede.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Auf alle Fälle gibt es Unterschiede. Es gibt aber vor allem trägerhafte Unterschiede, weil Schulsozialarbeit ja weder auf Landes- noch auf kommunaler Ebene final geregelt wird, sondern ja am Ende Trägerfrage ist. Da sehen wir aber trotzdem das Problem, dass genau hier die Träger nicht die finanziellen Ressourcen haben, ausreichend Schulsozialarbeit zu stellen. Die Kommunen sagen: „Das Land gibt uns kein Geld“, das Land sagt: „Wir haben kein Geld.“ Also genau hier ist dieses klassische Verantwortungs-Pingpong in der Bildungspolitik, was ganz groß geschrieben wird, muss man ganz ehrlich sagen. Die Schulsozialarbeit ist eine extrem essentielle Stelle zum Auffangen. Schulsozialarbeit hat nämlich im Gegensatz zu den Lehrkräften immer den Vorteil, dass sie nicht bewertet und das heißt, es ist ein größeres Grundvertrauen einfach da. Das Problem, was wir damals wie heute haben, ist, dass Schulsozialarbeit nicht langfristig genug verankert ist an Schulen. Sondern dadurch, dass die Finanzierung so unsicher und vor allem auch oft jahresgebunden ist – mal drei Monate eine Person da ist, die dann nach sechs Monaten fehlt und dann kommt nach sechs Monaten eine andere Person für drei Monate – und diese Unsicherheit führt natürlich dazu, dass keine ausreichende Bindungsarbeit stattfinden kann. Deswegen: Schulsozialarbeit war zu Corona-Zeiten, wenn sie vorhanden war, eine große Ressource, ist es auch heute noch im Bereich der mentalen Gesundheit

und muss aber definitiv verstärkt finanziert werden, um eben diese Sicherheit und Kontinuität zu gewährleisten.

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Ich kann in den zehn Sekunden in einem Satz probieren: Der Rechtsanspruch auf Ganztag könnte zur Folge haben, wenn alles richtig gut läuft, dass freie Träger und Schulen auf Augenhöhe zusammenarbeiten und das wäre an dieser Stelle auch im Kontext der Schulsozialarbeit – aber auch für die Arbeit aller anderen freien Träger an Schulen – hilfreich und notwendig.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. - Die Union fragt mit Frau Kubbe weiter.

SV **Carolin Kubbe**: Vielen Dank. Ich würde ganz gerne an Professor Wößmann meine Fragen richten. Herr Wößmann, Sie haben eingangs darüber berichtet, dass die Lernzeiten sich halbiert haben. Frau Wittmann hat es schon angesprochen. Mir ist nur die differenzierte Antwort nicht mehr ganz klar. Lernzeiten bezogen sich auf Zeiten, die zu Hause verbracht wurden mit dem Lernen als solches analog zur Schulstunde?

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Es ging darum, wie viel Zeit Kinder mit irgendwas Schul-/Lernbezogenem verbracht haben. Das war während der Schulschließung, das heißt für die allermeisten hat das zu Hause stattgefunden. Man hat in der Zeit gesehen, dass eben statt dieser Zeiten, die da waren, die Kinder und Jugendlichen das vor allem – das haben wir eben auch mit erhoben – mit Fernsehen, mit sozialen Medien, mit Gaming und ähnlichem viel diese Zeiten wesentlich ausgebreitet haben, die der kindlichen Entwicklung generell nicht so besonders förderlich sind. Und auch nicht so andere Dinge, die man ja auch außerhalb der Schule machen könnte und die förderlich wären. Es ist nur ein Zeichen dafür eben zu sehen, wie können wir da hinkommen während einer Pandemie und wenn Schulschließungen da sind, die Kinder in konstruktive, produktive Tätigkeiten zu bringen. Gerade eben auch, was das Schulische betrifft – und ich halte das auch für sehr wichtig, wir haben ja relativ wenig drüber gesprochen –, aber eben auch zu sagen, wie die kognitive Entwicklung hier stattfinden kann. Aber eben das Gleiche gilt ja eben auch im sozioemotionalen Bereich.

SV **Carolin Kubbe**: Ich hatte nämlich so ein Déjà-vu. Ich hatte damals auch zwei Schulkinder und mein Sohn war in der Grundschule und hat quasi seine Aufgaben montags abgeholt, war Dienstag mit der Schule fertig und hatte die Woche über - - musste ich schauen, wie ich ihn beschäftige, weil doch Lernen etwas sehr Individuelles ist. Kinder brauchten dafür manchmal sehr lange. Manche haben das relativ schnell erledigt und mussten die Zeit anderweitig, beziehungsweise kreativ, nutzen. Wir haben über Kompetenzrückgänge gesprochen, die nach dem heutigen Forschungsstand feststehen. Welche sind denn tatsächlich pandemiebedingten Einschränkungen zuzuordnen oder lässt sich das gar nicht ablesen und fehlen dazu Daten?

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Ich glaube, das lässt sich wirklich nicht eng abgrenzen. Sie müssen das - - wenn Sie das wissenschaftlich ehrlich machen wollen, brauchen Sie eine Vergleichsgruppe. Wir waren halt alle dieser Pandemie ausgesetzt, das heißt, das ist sehr schwer zu erheben. Es gibt schon Studien darüber, die vergleichen, was ist geschehen entweder in Ländern – oder in den USA, auch in Gemeinden –, wo eben Schulschließungen länger oder kürzer waren und man versucht herauszurechnen, dass das eben nicht durch die Stärke der Pandemie getrieben ist. Und man sieht dann eben schon, dass diese Schulschließungen sehr viel dazu beigetragen haben, dass eben gerade da wenig gelernt wurde, wo Schulen zu waren und die Kompetenzentwicklung doch stärker da war, wo die Schulen offen waren. Ich glaube, das ist eine sehr klare Sache. Es ist halt schon auch so – was Sie vorhin gerade angesprochen haben, um das noch zu ergänzen –: In Bezug auf die reine Lernzeit sehen wir tatsächlich eben auch, dass nicht nur in den sehr benachteiligten Schichten, sondern auch rein in das Bildungsbürgertum die Zeit, die sich Kinder mit schulischen Dingen beschäftigt haben, komplett zurückgegangen ist, in dem gleichen Ausmaß. Was, glaube ich, nicht im gleichen Ausmaß zurückgegangen ist, ist eben die Kompetenzentwicklung, Sie haben das gerade selbst auch ein bisschen beschrieben. Die Kinder hatten dann mehr Unterstützung und da geht das natürlich schon auseinander. Und da ist, glaube

ich, schon auch ein Thema, was so ein bisschen zweischneidig ist in diesem Bereich: Man hat sozusagen zwangsläufig die Kinder – und zwar auch unvorbereitet – auf das selbstorganisierte Lernen geschmissen und wenn man da zu Hause eben nicht die Unterstützung hat, da reinzukommen und selber nicht ein leistungsstarkes Kind ist, dann hat man die großen Herausforderungen. Wir sehen eben gerade, dass das eine ist, sozioökonomische Unterschiede, das andere aber eben auch, dass gerade lernschwächere Kinder quasi keine Chance hatten, wenn Lehrkräfte sagen: „Okay, jetzt lest euch das zu Hause durch und dann macht euch das mal.“ Dann, wenn sie motiviert waren, haben sie es durchgelesen, aber nicht verstanden und dann fehlt eben die Pädagogin im Raum. Und ich glaube, darum müssen wir darüber nachdenken, dass dann eben auch Unterricht und Unterstützung stattfinden kann, die über das hinausgeht, nur Arbeitsblätter zu verteilen. Ich glaube, da müssen wir mehr darüber reden oder vorbereiten.

SV **Carolin Kubbe**: Sie hatten auch angedeutet, dass die Aufholmaßnahmen nicht so wirksam sind, wie man sich das gewünscht hätte. Ich war erst irritiert, denn in Hessen gab es auch ein Programm, das hieß „Löwenstark“. Wir konnten da sehr viel Personal, aber auch sachliche Mittel organisieren, die uns sonst nicht zur Verfügung standen, wo ich das als sehr wirksam empfunden habe. Gibt es denn Best-Practice-Beispiele aus der Forschung, die zeigen, was hätte gut funktionieren können?

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Ja, man sieht schon, dass sogar selbst Reihenprogramme, die auf Nachhilfe basieren - - oder man sieht sehr starke Effekte von Mentoring-Programmen, die individuell gerade benachteiligte Kinder unterstützen. Und das hat man auch – das ist vielleicht vorhin falsch rübergekommen - - bei den Bundesprogrammen sind durchaus Mentoring-Programme unterstützt worden, die, glaube ich, sehr wichtig und hilfreich waren. Aber ich glaube, man hat die rein kognitive Entwicklung, wie man dort aufholt, relativ wenig gezielt gemacht und war eher froh darüber, dass die Schule einfach wieder im normalen Trott läuft und nicht versucht, reinzugehen, wo wir aufholen müssen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Wir kommen zur AfD. Herr Ziegler, bitte.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht noch mal an die Frau Siber. „Beim Lauftag im Wald musste ich allein laufen, mit Abstand zur Gruppe, weil ich keine Maske trug.“ Ist irgendwie erklärt worden, warum das Laufen im Wald mit Maske stattfinden musste? Ist das irgendwie vorher vom Lehrer erklärt worden? Weil im Freien spielt das ja keine Rolle. Ist das irgendwie erklärt worden?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Dass das aufgeklärt wurde, daran kann ich mich tatsächlich nicht erinnern. Deswegen möchte ich jetzt auch nichts Falsches sagen dazu.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Alles klar. Haben Sie jetzt da hinter der Gruppe laufen müssen oder sind Sie später gelaufen, wenn das dann so war?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ich musste einfach hinter der Gruppe laufen.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Also die anderen sind vorweg gelaufen und Sie sind quasi hinterher?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Zum Thema Masken: Die anderen Mitschüler haben ja die Masken scheinbar den ganzen Schultag getragen. Ist das so? Also fünf, sechs, sieben Stunden teilweise. Können Sie jetzt auch bestätigen, wie lange das ungefähr war? Haben die die ganze Zeit getragen? Und haben Sie eventuell gesehen, ob die gewechselt worden sind zwischendurch oder irgendwie einmal in der Woche? Wie können Sie sich daran an irgendwas noch erinnern, wie das war?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Zu diesem Zeitpunkt hatten wir nur sechs Stunden Schule pro Tag und ich kann mich jetzt nicht daran wirklich erinnern, ob die gewechselt wurden oder nicht. Also ich gehe mal davon aus, dass die bei einigen gewechselt wurden. Aber den ganzen Tag, den ganzen Schultag lang durchgetragen – das wurden die wenigsten tatsächlich. Also viele Schüler haben einfach, während mal die Lehrkraft nicht anwesend war oder auf dem Pausenhof, die Maske irgendwie heimlich abgezogen und sie dann danach unter Aufsicht wieder angezogen.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Aber der Wunsch der Lehrer bestand darin, dass sie die den ganzen Tag tragen. Das war quasi die Regel, die galt oder nicht?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja, genau.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Und wie war das in den Pausen? Es gibt ja kleine und große Pausen. Wie war das für Sie in den Pausen? In kleinen und großen Pausen – durften Sie was essen, durften die anderen was essen oder hatten Sie da bewusst mehr Abstand als üblich?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Also ich durfte die gleichen Sachen machen, wie die anderen Schüler da machen durften. Da gab es jetzt nicht so strenge Regeln, aber ich habe natürlich trotzdem komische Blicke bekommen, weil ich keine Maske trug.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Mal rückblickend, hat sich jemand aus dieser Schulzeit von den Schülern oder den Lehrern später vielleicht nochmal Ihnen gegenüber geäußert, sich vielleicht entschuldigt und gesagt: „Mensch, das waren schwierige Zeiten“? Gab es irgendwie so ein Gespräch, an das Sie sich erinnern können?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ich habe, seitdem ich damals die Schule gewechselt habe, keinen Kontakt mehr zu irgendjemandem gehabt.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Okay, und gab es und - - Ich kann mich an meine eigene Schulzeit noch erinnern, es gibt ja unterschiedliche Lehrer. Gab es eventuell einen Lehrer von vielleicht sechs, sieben oder acht, mit denen man zu tun hat, der gesagt hat oder Ihnen Signale gegeben hat, dass er das, was mit Ihnen passiert, vielleicht nicht ganz so richtig findet. Gab es so einen Lehrer?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Bei mir im Fall jetzt nicht, aber ich habe bei meinen Geschwistern mitbekommen, dass es einige Lehrer gab. Bei mir aber tatsächlich nicht.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Okay, unser Sachverständiger in der letzten Enquete-Kommission hatte uns erklärt, dass er alleine, wenn er auf die Toilette gehen wollte, dass vorher jemand reinging, um zu gucken, ob jemand drin ist, um irgendwelche Infektionen zu vermeiden. War das bei Ihnen auch ein Problem oder ist das bei Ihnen ganz normal gelaufen?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Bei mir war das so ähnlich, halt nur, dass geguckt wurde, ob jemand auf den Fluren ist und wenn der Flur leer war, dann durfte ich auf die Toilette gehen.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Sie mussten also vorher fragen, ob Sie auf Toilette gehen können und dann wurde geguckt, ob der Flur leer ist?

Yukiko-Mathilda Siber (Schülerin): Ja.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Okay, vielen Dank. Eine Frage noch an den Herrn Düll. Die erste vielleicht ganz kurz beantworten, die kann man mit Ja oder Nein beantworten. Ich weiß, es stöhnen wieder alle, aber trotzdem. Dass FFP2-Masken, die die Schüler tragen mussten, wir haben ja gehört, bis zu sechs Stunden am Tag - - Das sind ja Arbeitsschutzmasken und eigentlich dürfen die nur 45 Minuten getragen werden und dann muss zwei Stunden Pause eingehalten werden. Ist Ihnen das bekannt?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Haben wir umgesetzt.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Sie haben also nach einer FFP2-Maske zwei Stunden Pause-

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Das haben wir nicht. Wir haben Pause gemacht. Wir haben gar nicht so lang getragen.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Na ja, so eine Schulstunde dauert ja 45 Minuten.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Man kann ja nach 40 Minuten zum Beispiel rausgehen.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Ja, aber Sie müssen zwei Stunden Pause machen, bevor Sie die nächste FFP2-Maske aufsetzen. Ist Ihnen das bekannt? Das ist im Arbeitsschutz so und das sind Arbeitsschutzmasken. Ich will es nur noch mal sagen.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Haben wir alles diskutiert. Es ist nicht neu für mich. Kenne ich alles rauf und runter.

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Aber Sie haben es nicht geändert.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Die Arbeitsschutzmaßnahmen oder die Umsetzung?

Abg. **Kay-Uwe Ziegler** (AfD): Ich habe nachgeguckt, Sie sind Beamter. Sie hätten ja auch sagen können, Sie sehen diese Maßnahmen als falsch an. Sie hätten remonstrieren können. Das nur mal so am Rande. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Für die SPD noch mal Professorin Kießling.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Vielen Dank. Ich würde gerne noch mal Frau Walper das Wort geben. Sie hatten sich ja vorhin einmal gemeldet, als Sie dann nicht mehr dazu kamen, das ausführen zu dürfen. Deswegen würde ich Ihnen jetzt gerne Gelegenheit dazu geben, wenn Sie sich noch daran erinnern, was das für ein Thema war.

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ja vielen herzlichen Dank. Da ist eigentlich immer wieder auch mal angeklungen und ist dann doch ein kleinerer Punkt in dem Gesamtgebinde dessen, was wir hier diskutieren. Wir haben diese Sparzwänge und natürlich ist Personal teuer, aber mein dringender Appell wäre wirklich im Bildungsbereich dafür zu sorgen, dass wir auch ein personelles Polster haben. Es ist schon angesprochen worden, aber nur mal eine Zahl. Wir haben inzwischen aus dem Kita-Bereich – wissen wir, was die Statistik ist - - 40 Prozent der Kinder erleben unvorhergesehene Kitaschließungen. Das ist eine sehr hohe Zahl und ich mag mir gar nicht ausmalen, wie es im schulischen Bereich ist, weil natürlich werden Lehrkräfte auch krank und fehlen. Deshalb will ich auf jeden Fall einfach nur dafür plädieren, dass wir an der Stelle keine Kürzungen vornehmen, sondern eher noch aufstocken. Denn genau das, was diskutiert worden ist: Wie begleitet man selbstgesteuertes, selbstständiges Lernen auch wirklich passend? Wie können wir kompensatorische Förderung leisten bei Kindern, die nicht gut mitgekommen sind und die auch heute noch wirklich strugglen – psychisch, aber auch von ihren Leistungen her, von den Kompetenzentwicklungen her? Wir brauchen dafür einfach ein gut aufgestelltes Personal. Frau Siebernik hat, glaube ich, gesprochen von der Reservebank, auf der Leute sitzen müssen. Und das war mein Plädoyer.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Vielen Dank. Dann würde ich gerne da ganz am Ende noch einmal einhaken, was Sie meinten, was wir eben für Nachfolgen sehen. Können Sie auch da was zu sagen, zu Lernrückständen oder anderen Folgen und was man dagegen tun könnte? Vielleicht außer, dass wir mehr Geld im System natürlich brauchen. Aber gibt es noch konkrete andere Dinge, die Sie uns noch mitgeben können an der Stelle?

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Also wir haben in den IQB-Daten [Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen] schon gesehen, dass es über längere Zeit weg den Sinkflug gibt in verschiedenen Kompetenzbereichen, dass der sich aber im Verlauf der Corona-Pandemie stellenweise noch mal beschleunigt hat. Und insofern, da ist schon was passiert, wirklich auch mit den Lernmöglichkeiten der Kinder. Und die Frage ist: Wie können wir es auffangen? Guter Unterricht ist immer eine wunderbare Sache. Also wenn er anregend ist, wenn er klar strukturiert ist und den Kindern von daher gut hilft, auch wirklich das aufzunehmen, was rübergebracht werden soll. Aber die Leopoldina hat ja auch noch mal den Finger gelegt auf Voraussetzungen für gutes Lernen mit dem Stichwort Selbstregulationskompetenz. Und vielleicht ist das - - also ich glaube, das ist ein guter Weg, da noch mal drüber nachzudenken. Einige Schulen haben das ja auch von sich aus schon angefangen, Achtsamkeitskurse einzubringen, Übungen. Da hilft vieles. Übrigens auch Musik ist, gemeinsames Singen ist eine wunderbare Sache, um gemeinsam runterzukommen. Atemübungen, vieles, was auch die psychische Gesundheit von Kindern stärken kann. Und was dann auch auf der Zielgerade liegt, sozusagen zu einer stärkeren Organisiertheit in dem, was man auch als Kind wirklich zielgerichtet tut, um zu seinen Zielen zu kommen. Es geht nicht darum, irgendwie nur – weiß ich nicht – disziplinarische Kontrolle auszuüben, sondern wirklich Kinder zu befähigen, dass sie das, was ihnen wichtig ist, auch wirklich gut umsetzen können. Und dieses Anliegen, das die Leopoldina verfolgt, wirklich diesen Gedanken, Stärkung von Selbstregulationskompetenzen im Bildungssystem,

im Kita-Bereich, im Schulbereich zu verankern – den halte ich wirklich für sehr, sehr erfolgversprechend, weil wir wissen, das zahlt ein auf die Gesundheit, zahlt ein auf die Bildung, auf das soziale Miteinander und hat sich auch wirklich so im Lebensverlauf als sehr hilfreich erwiesen, wenn man in der Kindheit an der Stelle gut aufgestellt ist. Also das wäre noch mal ein Punkt, in den man investieren kann. Und da übrigens brauchen wir auch dringend die Kinder- und Jugendhilfe. Das sind Dinge, die vermittelt werden. Da können wir im Ganztag ansetzen. Da brauchen wir wirklich viele Akteure, die mithelfen, an der Stelle die Kinder zu unterstützen.

SV **Prof. Dr. Andrea Kießling**: Vielen Dank.

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Gerne.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. - Frau Kubbe, bitte.

SV **Carolin Kubbe**: Frau Professorin Walper, ich würde gleich bei Ihnen bleiben wollen. Sie hatten ja bereits 2021 davor gewarnt, Schul- und Kitaschließungen als erste Maßnahme einzusetzen. Welche Erkenntnisse lagen Ihnen aus der Forschung vor, beziehungsweise was hätte die Entscheidungsträger damals stärker berücksichtigen müssen aus Ihrer Perspektive?

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ich habe damals mit dem RKI telefoniert und habe geguckt: Was gibt es denn an Studien? Das war natürlich extrem mager zum damaligen Zeitpunkt. Studien aus Island, wo man auch nicht weiß – viel disparatere Bevölkerung, andere Infektionswege - - aber trotzdem waren diese Daten zumindest so ein Punkt, wo man dachte, wir müssen wirklich genau hingucken. Und insofern war es auch wirklich gut, dass diese Corona-KiTa-Studie auf den Weg gebracht worden ist, die uns ja einen reichen Schatz an Erkenntnissen geliefert hat über Infektionswege. Wo wir auch gesehen haben: Anfangs waren Kinder und Jugendliche sozusagen fein, wenig betroffen. Im Verlauf waren es dann die Jugendlichen doch. Wir haben gelernt, welche Maßnahmen geholfen haben. Gerade auch die Gruppen, die festen Gruppen in der Kita waren wirklich hilfreich und vieles andere mehr. Elternarbeit als ein schwieriges, aber auch absolut essentielles Geschäft. Von daher habe ich es eher bedauert, dass wir nichts Vergleichbares auch im schulischen Bereich haben aufgleisen können. Das wäre eigentlich auch für mich noch mal so eine Empfehlung für die Zukunft. Wenn wir es wirklich wieder mit einer vergleichbaren Bedrohungslage, Pandemie, was auch immer, zu tun haben, wäre es wirklich gut, in der Begleitforschung immer genau hinzugucken: Was hilft denn wirklich und worauf können wir auch verzichten? Wir haben ja die Daten dann auch aus Corona-KiTa gehabt, wie gesagt, dass die Kinder gar nicht so die Infektionsüberträger sind, aber ich glaube, es wäre damals in der Bevölkerung schwer vermittelbar gewesen, den Schutz zurückzufahren. Das ist dann die Frage: Haben wir an der Stelle eine Gesellschaft, die sich das auch zutraut – die Schweiz hat das eher gemacht – oder sind wir doch sehr auf der vorsichtigen Seite? Ich denke mal, wir hatten ein anderes Klima auch im Land.

SV **Carolin Kubbe**: Herzlichen Dank für die Ausführung. Familien kamen ja sehr unterschiedlich durch die Pandemie. Andere vergleichsweise sehr gut, andere weniger. Was sind denn genau die Risikofaktoren, die uns bekannt sein müssen für den Abschlussbericht, um darauf noch mal auf diese vulnerablen Gruppen zu schauen?

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Die sozioökonomischen Bedingungen haben wir ausführlich diskutiert. Und man muss sagen, es ist natürlich auch nicht das Geld alleine, sondern häufig sind in Armutslagen auch viele andere Probleme noch mit im Schlepptau, die es dann den Familien schwer machen, wirklich die vielen Klippen, die da sind und die vielen Anforderungen in der Förderung der Kinder, in der Vereinbarkeit von Homeoffice oder – Homeoffice haben viele dann auch in den Berufen gar nicht – von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung, wie man das irgendwie hinkriegt, das gut zu wuppen. Was ein Faktor ist, der jetzt noch mal stark in die Diskussion gekommen ist: Wir haben viele Familien, in denen auch ein Elternteil – mindestens einer – psychisch stark belastet ist. Schätzung ist – auch da sind hohe Prävalenzen, die alle so ein bisschen wackelig sind - - aber wir

müssen wirklich damit rechnen, dass ungefähr in einem Fünftel der Familien auch zumindest hohe Belastungen da sind, wenn nicht sogar psychische Erkrankungen. Und diese Problemlagen sind, glaube ich, die noch krasseren, die noch schwierigeren zu wuppen. Einfach weil die Eltern ohnehin schon mit sich genug zu tun haben und dann noch für die Kinder eine Unterstützung zu organisieren – das wissen wir, das geht oft nicht gut. Deshalb braucht es an der Stelle auch zum Beispiel in unserem Gesundheitssystem eine sehr viel stärkere Familienorientierung, so wie wir sie in der Kinder- und Jugendhilfe ja angelegt haben und auch leben. Wir müssen auch im Gesundheitswesen wissen, ob unsere erwachsenen Patienten, Klienten Kinder zu versorgen haben und müssen mal gucken, funktioniert das überhaupt in der jeweiligen Lebenslage? Wo braucht es Unterstützung? Wen kann ich mit einbinden, der dann auch wirklich hilfreich ist? Und da sind die frühen Hilfen mit den Hilfenetzen, die da gebaut worden sind, ein guter Anfang. Aber das Problem ist halt nicht mit Alter drei der Kinder gelöst und die Netze tragen nicht immer alle über diese frühe Familienphase hinweg. Deshalb tun wir gut daran, wenn wir diesen Gedanken der Kooperation, verbindliche Kooperation, wenn wir den auch noch in höhere Altersgruppen – also über diese frühe Entwicklungsphase der Kinder – hinausziehen -

SV **Carolin Kubbe**: Entschuldigung, ich wollte Sie nicht unterbrechen.

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): - Ich wollte nur sagen, also wie gesagt: Die ökonomischen Faktoren, psychische Gesundheit, aber auch Migration ist natürlich oft ein Hindernis, weil die Leute nicht so vertraut sind mit dem, was es bei uns auch an Unterstützungsangeboten gibt, sprachliche Barrieren und vieles andere mehr. So in aller Kürze.

SV **Carolin Kubbe**: Das bedeutet, resiliente Eltern ist gleichermaßen resiliente Kinder in der Regel, was die COPSY-Studie unterstrichen hat. Bei der mentalen Gesundheit würde ich noch mal bleiben wollen. Können Sie aus Ihrer Forschung heraus sagen, welche langfristigen psychischen Belastungen wir heute mit der Pandemie in Verbindung bringen können oder vielleicht wo andere Krisenfaktoren mit den Daten, die wir haben, der Belastung einhergehen?

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Ja, also man sieht ja im Verlauf der COPSY-Daten, dass wir schon so eine leichte Erholung hatten, Rückgang von Depressionen sowieso. Das hat sich eigentlich schon wieder ganz gut eingepegelt. Aber Ängste sind auch deutlich zurückgegangen, bis der Ukraine-Krieg losgegangen ist. Und dieses Kriegsgeschehen, das wir jetzt an vielen Herden in der Welt haben, ist schon etwas, was junge Leute sehr belastet und ihnen Ängste bereitet. Dazu kamen dann natürlich auch noch die wirtschaftlichen Probleme, die durch den Ukraine-Krieg ausgelöst worden sind. Also auch das ist für die Familien und dann auch für die Kinder wirklich ein Belastungsfaktor. Das dürfen wir nicht unterschätzen. Und von daher sind Ängste vor allen Dingen wieder hochgegangen als etwas – und das spiegelt sich auch in dem, was inhaltlich die jungen Leute berichten – was sie beschäftigt. Also Infektionsrisiken sind jetzt kein Angstmacher mehr, aber das, was Krieg und Terrorismus und diese Faktoren angeht und die wirtschaftlichen Sorgen, das sind für sie auch Probleme.

SV **Carolin Kubbe**: Ganz herzlichen Dank Frau Professorin Walper. Herr Düll, ich hätte noch ein, zwei Fragen an Sie, und zwar konkret als Schulleiter. Sie haben ja schon von Verantwortung gesprochen, in der Sie ja täglich sind. Welche konkreten Entscheidungskompetenzen brauchen Sie oder brauchen Schulleitungen in Krisen? Und welche Entscheidungen sollten tatsächlich beim Land, beim Träger liegen?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Also die grundsätzlichen Vorgaben sollten sicherlich vom Land kommen – Nebenhinweis – und auch parlamentarisch abgesichert sein. Denn die Allgemeinverfügungen kamen ja von den Landesregierungen, und dann wurden sie an die Schulen runtergebracht. Die Landkreise haben dann noch ihren Teil dazu gegeben, und dann haben wir Hygienepläne erstellen müssen, schulspezifisch, und das dann auch wiederum weitergeben müssen. Also ich würde mir schon wünschen, dass wir hier mehr Freiheit bekommen, auch zum Beispiel in Vorbereitung auf Situationen wie den

Distanzunterricht, dass wir selber festlegen können, wann sogenannte Probentage stattfinden, und nicht etwa, dass von der jeweiligen Landesregierung dann landesweit festgelegt wird, in welchen Zeitfenstern das ist. Auch wenn es vielleicht mal sinnvoll wäre, es an einem Tag zu machen, um in Volllast zu gehen. Das ist natürlich auch mal wieder ganz interessant, was dann mit den jeweiligen Plattformen passiert. Ja, also ein bisschen was sollten wir auf jeden Fall selber machen dürfen und entscheiden dürfen. Dafür haben wir die eigenverantwortliche Schule. Aber es macht durchaus Sinn, dass auf Landesebene was festgelegt wird, weil wir ja auch die Bevölkerung betrachten müssen und die Schulen vergleichen. Also die Lehrkräfte und die Schüler vergleichen natürlich auch, was ist an der Nachbarschule, was gilt im Nachbarlandkreis und so weiter. Erinnern wir uns kurz, der Müller-Drogeriemarkt dürfte in Bayern nicht geöffnet haben, in Baden-Württemberg schon. Jetzt gehen Sie mal nach Neu-Ulm. Dann wissen Sie, wo die sich zum Einkaufen getroffen haben. Ja, das war bei vielen Dingen so. Aber man konnte auch mal nach Österreich gehen als Bayer, wenn man im Süden war. Das war auch eine Möglichkeit. Da galten wieder andere Regeln. Also wir werden es nicht hinbringen, dass wir überall die gleichen Regeln haben. Das ist auch nicht sinnvoll. Aber man müsste ein bisschen was nach unten abgeben. Das ist auf jeden Fall richtig. Und ein Teil eben auf jeden Fall auf Landesebene.

SV **Carolin Kubbe**: Danke schön. Aus Ihrer Sicht und auch rückblickend, wenn wir nochmal den Präsenzunterricht einschränken müssten, welche Kriterien sollten erfüllt sein – auch in politischer Hinsicht –, dass es dazu kommen kann bzw. dass es gut funktioniert?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Also jetzt nehme ich wieder meine Schule. Achte Jahrgangsstufe aufwärts haben sie alle den Zuschuss für ein Gerät und sie haben auch alle ein Gerät. Aber in fünf, sechs und sieben haben Sie das nicht. Und in den Grundschulen ja eigentlich auch nicht. Wie sollen die jetzt zum Beispiel in den Distanzunterricht gehen? Können sie nicht. Also hier muss man überlegen, wie man diesen Kindern ein Gerät geben kann. Dann müssen sie aber mit dem Gerät auch umgehen können. Und das ist ja genau die Krux, vor der wir als Gesellschaft im Moment stehen. Wir wollen die Bildschirmzeiten verringern, deswegen wollen wir den Kindern eigentlich kein Gerät staatlicherseits, also von der Schule ausgeben. Wenn wir ihnen aber keins geben, haben sie ein Problem. Wie sollen sie dann den Distanzunterricht machen? Dann sind wir genau da, wo wir zu Beginn von Corona auch schon gewesen sind. Da müssen wir uns wirklich echt zusammenhocken und uns was einfallen lassen, wie wir damit umgehen. Leihgeräte allein werden es nicht sein. Die muss ich dann auch entsprechend bedienen können. Also wir müssen da ran, ganz definitiv. Denn das gibt es auch. Ich habe den Distanzunterricht mal machen müssen wegen Eisregen. Meine Fünftklässler waren super drauf, weil die paar, die es nicht mitbekommen hatten – waren nur sehr wenige –, die waren im Haus. Die haben das dann halt vom Handy aus gemacht. Wenn wir natürlich auch nur sagen: „Handys lasst ihr auch am besten zu Hause“, dann sieht die Welt an so einem Tag auch nicht mehr sonderlich gut und fröhlich für die aus.

SV **Carolin Kubbe**: Eine letzte Frage noch mal aus der Erfahrung heraus als Schulleiter. Welche schulischen und außerschulischen Angebote sollten dann in einer Krise – egal welche – durchgehend für Sie erhalten bleiben, aus Ihrer Expertise heraus?

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Möglichst lang natürlich am Präsenzunterricht festhalten, möglichst lang Vereinsangebote offenhalten. Das ist ein wesentlicher Punkt. Ich bin immer der Anhänger gewesen: Wir brauchen die formale Bildung, ja, aber es gibt wahnsinnig viele Optionen für informelle Bildung und es gibt wahnsinnig viele Bereiche, auch mit Ehrenamt für junge Menschen. Das ist unheimlich wichtig. Das sind zwei Pfeiler letztendlich, die unsere Gesellschaft zusammenhalten – wo übrigens auch der Kitt unserer Gesellschaft geschaffen wird. Also immer irgendwie überlegen: Wie kann ich das aufrechterhalten? Wie kann ich das offen halten?

SV **Carolin Kubbe**: Ganz herzlichen Dank. Wir kommen so nah zum Ende der Sitzung und auch der Befragungszeit. Deswegen ist es eine Frage, die vielleicht noch mal in alle geht. Vielleicht beginnen wir bei Frau Siebernik vorn. Welche drei konkreten Empfehlungen würden Sie uns mitgeben für den Abschlussbericht in der Enquete? Was sollen wir unbedingt aufnehmen? Was wäre das? Wer müsste

es umsetzen und woran können wir vielleicht auch die Wirksamkeit dessen prüfen? Vielen Dank.

Doreen Siebernik (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Ganz entscheidend ist tatsächlich: Hören Sie auf die Beschäftigten. Also beziehen Sie Beschäftigtenvertretungen ein, beziehen Sie Verbände und Interessenvertretungen ein, Gewerkschaften. Nehmen wir die Kinder und Jugendlichen ernst. An der Stelle wirklich von Anfang an in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen, weil Kinder und Jugendliche können sehr deutlich formulieren, welche Bedürfnisse sie haben. Sie sind auch durchaus kreativ, um an Lösungen mitzudenken. Wichtig ist – und das habe ich schon gesagt –: Bildung ist präventive Sozialpolitik. Also es braucht wirklich eine umfängliche Ausfinanzierung an der Stelle. Und wir sollten jeden Taler investieren in junge Menschen, weil das die Zukunft der Gesellschaft ist.

SV **Carolin Kubbe**: Ganz herzlichen Dank, Frau Siebernik. Frau Kirchhoff.

Amy Kirchhoff (Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz): Ich habe mir ganz kurz Gedanken machen können. Ich glaube, ich würde mich diesem Partizipationspunkt anschließen. Egal, was kommt und egal, ob die nächste Krise eine Pandemie ist oder ob es da um Hitzewellen geht oder ob es gegebenenfalls auch um eine Flut geht oder so – hatten wir jetzt auch erst kürzlich in Deutschland. Ich glaube, Partizipation ist da ein ziemlich großer Schlüssel. Ich glaube, zeitgleich müssen wir verstehen, dass Krisenprävention tatsächlich Primärprävention heißt und nicht Sekundär- oder Tertiärprävention. Wir befinden uns gerade in der Tertiärprävention, um Primärprävention vorzubereiten. Deswegen würde ich ganz eindeutig sagen: Wir müssen langfristige Finanzierung fürs Bildungssystem schaffen. Und das, wie gesagt, in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern, Kommunen und auch der autonomen Schule. Ich glaube, was wir aktuell auf alle Fälle noch stärker nutzen müssen, sind die Gesetzgebungsverfahren, die gerade laufen, wo nochmal nachgesteuert werden kann und muss. Thema Qualitätsentwicklungsgesetz. Ich glaube, hier ist von vielen Seiten noch großer Nachholbedarf, wo nochmal viele Anmerkungen zu geäußert werden, wo ja auch die Länder noch nicht ganz d'accord mit sind. Aber auch beim Thema Kinder- und Jugendhilfegesetz und Reform. Auch da müssen wir, glaube ich, ganz stark darauf achten, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure, die in der Praxis arbeiten, gehört werden und das umgesetzt wird, was tatsächlich gerade in der Praxis benötigt wird.

Wendelin Haag (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings): Das Schöne ist ja, dass wir Sachverständige uns zu ganz vielen Themen einig sind. Das können Sie vielleicht auch mitnehmen. Insofern wirksame und krisenfeste Kinder- und Jugendbeteiligung teilen wir alle. Und es gibt schon gute Grundlagen: Die Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung, die wir als Bundesjugendring mit dem Bundesjugendministerium zusammen entwickelt haben, die Fach- und Koordinierungsstelle für Jugendbeteiligung auf Bundesebene ist ein guter Ansatz. Sonst Jugendringe vor Ort nutzen für die Arbeit vor Ort. Zweitens, auch da eine gute Nachricht: Sie als Koalition haben ja im Koalitionsvertrag stehen, dass freie Träger wie Jugendverbände auch im Kinder- und Jugendplan des Bundes erhöht und dynamisiert werden. Insofern – genau das umsetzen, was Sie im Koalitionsvertrag geschrieben haben. Und drittens, die psychische Gesundheit und insbesondere die psychische Gesundheit junger Menschen als gleichwertig und als gleich relevant ansehen von Anfang an in einer Krise wie andere gesundheitliche Faktoren.

SV **Carolin Kubbe**: Herr Düll.

Stefan Düll (Präsident des Deutschen Lehrerverbandes): Junge Menschen brauchen Zuwendung. Sie brauchen Beziehungsarbeit. Beziehungsarbeit wird von Profis durchaus gerne geleistet. Wenn wir Personalmangel haben, wird es schwieriger. Wenn wir überlastet sind wegen bürokratischen Klimbim oder auch Datenschutz-Klimbim, dann sind wir überlastet. Eine 140-prozentige Lehrerversorgung könnte uns da dramatisch helfen. 140 Prozent kommt jedem wahnsinnig hoch vor, aber im Normalbetrieb habe ich nie die 100 Prozent gleichzeitig da. Da kommt nämlich dieser berühmte Anruf: „Ich bin so vom Radl gestürzt und habe mir den Schädel eingeschlagen“ – das meine ich wirklich ernst, weil das genau so am Ende der Sommerferien passiert ist – „dass ich jetzt mit meinen 23 Wochenstunden

komplett ausfalle“. Also es hilft schon, wenn man mehr Leute hat, auch für dann die Extremlage. Und es ist gerade die Chance dann – nicht gleich, aber in ein paar Jahren und in Hamburg wäre die Chance jetzt schon da: Die haben beschlossen, dass sie ihre Referendare nicht mehr alle einstellen, weil sie machen lieber größere Klassen etc., weil das für sie dann die billigere Variante wird. Die schicken ihre Referendare, wenn sie fertig sind, ins Umland. Na gut. Aber zurück. Besonders Krisen- und Stufenpläne brauchen die Schulen. Wir brauchen eine digitale Infrastruktur, die für uns so selbstverständlich wird, dass wir eine richtige digitale Kultur haben. Einen abgestuften Ablauf von Präsenzunterricht auf Hybrid-Unterricht, auf Digital-Unterricht, hin und her letztendlich. Das ist weit gedacht, aber das wird die Zukunft meines Erachtens sein. Schulen in sozial herausfordernden Lagen brauchen natürlich sofort eigentlich die 140 Prozent, aber zumindest brauchen sie ein gut ausgebautes Startchancen-Programm. Dieses Startchancen-Programm würde ich mir auch vorstellen, dass es im Bereich der Jugendarbeit mit hineingenommen wird, dass das die zweite Säule wird. Den Sicherheitsbeauftragten habe ich schon angesprochen und den Allgefahren-Resilienz-Pakt, den habe ich noch nicht angesprochen. Aber den müssten wir auch eigentlich fahren, damit wir die Schulen krisenfest machen. Und ich bin immer noch der Meinung, Schulen gehören zu KRITIS mit dazu.

Der **Vorsitzende**: Fragen wir noch mal ins Internet. Da sind ja noch zwei Expertinnen. Fangen wir mit Ihnen an, Frau Professorin Walper.

Prof. Dr. Sabine Walper (Professorin für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München): Vielen Dank. Das ist eine schwere Frage. Qual der Wahl. Aber ich bin auf jeden Fall bei der Partizipation der Kinder und Jugendlichen dabei. Ich bleibe natürlich bei den Investitionen ins Personal und packe das gerne zusammen mit dem Qualitätsentwicklungsgesetz. Ich glaube, das geht in vielen Bereichen gut Hand in Hand, dass wir auch natürlich diejenigen, die dann die Arbeit machen, gut qualifizieren und fit gemacht auf den Weg schicken. Und ich würde sonst auch gerne noch mal eine Lanze für die umfassende und selbstverständliche Digitalisierung brechen, aber ich entscheide mich als Drittes für die Elternarbeit. Über die haben wir gar nicht so viel gesprochen, aber ich glaube, die Zusammenarbeit mit Familien ist essenziell, um ganz viele Kinder auch gut mitzunehmen und dafür zu sorgen, dass das, was wir ihnen in den Bildungseinrichtungen und in der Kinder- und Jugendhilfe mitgeben wollen, dass das auch in den Familien ankommt. Und insofern wäre es schön, wenn wir wirklich im Bereich Schul- und Kita-Sozialarbeit mal größere Schritte nach vorne kämen. Ich war völlig geflasht, als ich gehört habe, Slowenien hat in jeder Kita eine Kita-Sozialarbeit. Also davon können wir nur träumen, aber es wäre mal ein Ziel.

Der **Vorsitzende**: Und Professor Wößmann, bitte.

Prof. Dr. Ludger Wößmann (Professor für Volkswirtschaftslehre und Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik): Ja, ich würde als erstes sagen – glaube, da sind wir uns auch alle einig –: Präsenzunterricht, wo immer es möglich ist, das aufrechtzuerhalten. Das ist natürlich schwammig, weil wo es immer möglich ist, das ist die große infektiologische Frage. Aber ich glaube, da müssen wir auch gesamtgesellschaftlich die Prioritäten anders justieren. Und das kann man so sagen. Andere europäische Länder haben durch striktere Einschränkungen für Erwachsene alles daran gesetzt, Schulen offen zu halten. Und das kann man machen. Zweitens, ich finde es total wichtig, dass wir sagen, dass es verbindlich so ist, dass wenn Schulen zu sind, Online-Unterricht stattfindet. Und das haben wir nicht ansatzweise gemacht. Und ich sehe gerade noch nicht, dass wir die Maßgabe für die Zukunft haben. Und drittens – und das hat dann damit auch zu tun – ich glaube, dass es für Rahmenbedingungen wichtig ist, dass eben möglichst politische Führung auch Verantwortung übernimmt. Natürlich den Schulen überlassen, wie man das genau macht, aber ich glaube, vieles kann man nicht auf die Schulen abtreten. Und das hat man gemacht. Dinge wie die Frage: Welche Anforderungen stellt man, wann und wo und wie oft müssen Lehrkräfte Kinder kontaktieren, dass es Online-Unterricht geben muss oder zum Beispiel, was sind rechtssichere, datenschutzkonforme Kommunikationsplattformen? Das kann nicht die einzelne Schule regeln, sondern da brauchen wir mehr Verantwortung von der zuständigen Politik.

Der **Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Ich danke an dieser Stelle allen unseren

Sachverständigen für ihre Ausführungen. Sie haben unsere Arbeit deutlich bereichert. Ich danke Ihnen ganz herzlich. Und auch die Erkenntnisse der heutigen Anhörung werden in die Kommissionsarbeit einfließen. Jetzt habe ich wie immer noch eine Bitte an die Zuschauerinnen und Zuschauer, dass sie bitte zügig den Saal und gegebenenfalls das Gebäude verlassen. Und damit ist die Sitzung geschlossen. Einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 17:08 Uhr

gez.
Michael Hose, MdB
Vorsitzender

Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Stefan **Düll**
Kom-Drs. 21(27)50

Wendelin **Haag**
Kom-Drs. 21(27)51

Yukiko-Mathilda **Siber**
Kom-Drs. 21(27)52

Prof. Dr. Dr. h. c. Sabine **Andresen**
Kom-Drs. 21(27)54

Prof. Dr. Ludger **Wößmann**
Kom-Drs. 21(27)55

Prof Dr. Sabine **Walper**
Kom-Drs. 21(27)57